



Parlamentssitzung vom 16.09.2019

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 23:30 Uhr

Vorsitz

Mathias Rickli (Grüne), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Cathrine Liechti (SP), 1. Vizepräsidentin
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), 2. Vizepräsidentin
Katharina Gilgen-Studer (SVP), Stimmzählerin
Lucas Brönnimann (GLP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Tanja Bauer (SP)
Beat Biedermann (BDP)
Dominique Bühler (Grüne)
Adrian Burkhalter (SVP)
Adrian Burren (SVP)
David Burren (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (CVP)
Lydia Feller (SP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)

Andreas Lanz (BDP)
Michael Lauper (SVP)
Ruedi Lüthi (SP)
David Müller (Junge Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Heinz Nacht (SVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Christian Roth (SP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Markus Willi (SP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Gemeinderat

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Gemeindeschreiber

Pascal Arnold

Entschuldigt

Arlette Mürger-Stauffer (SP)
Ronald Sonderegger (FDP)

PAR 2019/78

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 19. August 2019**
Beschluss
3. **Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2020**
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Budget 2020**
Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **Schliern, Sanierung altes Schulhaus Gaselstrasse**
Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
6. **Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland**
Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
7. **V1706 Postulat (SP, Ruedi Lüthi) "Verbesserung der Nachtbus-Angebote - mehr Freiheit für Nachteulen auch in Köniz"**
Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr
8. **V1910 Richtlinienmotion (U30 Parlamentarier*innen) "Klimanotstand in der Gemeinde Köniz"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
9. **V1911 Motion (Grüne, SP) "Fussgänger/innenstreifen in Tempo-30-Zonen"**
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr
10. **V1913 Interpellation (Grüne) "Umweltverschmutzung und Gesundheitsgefährdung durch Mikroplastik aus Kunstrasenfelder"**
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
11. **V1917 Interpellation (Grüne) "Wie sieht der neue Gemeinderat die Zukunft des Schlossareals?"**
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
12. **V1918 Interpellation (Mitte Fraktion BDP, CVP, EVP, glp) "Die Gemeinde Köniz und das Notariatswesen"**
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
13. **Verschiedenes**

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ihr seid heute Abend lautstark von den Klimademonstrierenden begrüsst worden. Ganz ein toller Empfang für unsere Parlamentarier. Stellt euch vor, wir hätten bei jeder Parlamentssitzung eine politische Demonstration vor dem Haus, an welcher sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu politischen Themen äussern würden. Wie würde sich wohl die politische Kultur in unserer Gemeinde verändern? Mit diesen Worten begrüsse ich euch heute zur Sitzung. Ich begrüsse das Parlament, den Gemeinderat und auch die vielen Gäste heute Abend auf der Empore. Dies freut das Parlament, wenn hier so viele Interessierte dabei sind. Herzlich Willkommen.

Auf drei Tischen liegen Süssigkeiten. Es sind dies Matthias Müller, Christina Aebischer und Simon Stocker, welche Geburtstag hatten. Im Namen des Parlaments gratuliere ich diesen Jubilaren und wünsche beste Gesundheit und alles Gute.

Heute Abend möchte ich Herrn Benjamin Marti, Gemeindepräsident von Belp besonders begrüssen. So wie er mir vor der Sitzung mitgeteilt hat, will er schauen, wie eine Gemeinde mit Parlament funktioniert, da Belp ja auch eine grosse Gemeinde ist, jedoch noch kein Parlament hat, sondern noch mit Gemeindeversammlung entscheidet.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Arlette Münger und Ronald Sonderegger. Im Moment sind 38 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend, das heisst, wir sind damit vollzählig und beschlussfähig.

Ich möchte euch etwas vorlesen: *„Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich dazu entschieden, per 30. September 2019 von meinem Mandat als Parlamentarierin zurückzutreten. Ich freue mich darauf, mich wieder vermehrt und intensiver meiner beruflichen Weiterbildung zu widmen. Euch allen wünsche ich weiterhin konstruktive Debatten, die zu tragfähigen und zukunftsgerichteten Lösungen führen. Mit freundlichen Grüssen Astrid Nusch“*

Markus Willi, SP: Astrid Nusch hat am 25. April 2016 ihre erste Parlamentssitzung bestritten und war in den vergangenen 3 ½ Jahren, so habe ich überschlagsmässig gezählt, an rund 40 Parlamentssitzungen und an 20 Kommissionssitzungen dabei gewesen. Sie ist für die damals zurückgetretene Stefanie Staub nachgerutscht. Ihr Nachname hat, was die Aussprache anbelangt, insbesondere bei den vier verschiedenen Parlamentspräsidenten, welche sie erlebt hat - und da nehme ich mich nicht aus - doch für einen bestimmten Variantenreichtum gesorgt. Vom ganz kurzen „Nusch“ über das langgezogene „Nuuusch“ zum „Nuosch“ oder „Nuschle“ hat man fast alles gehört. Richtig wäre „Nusch“ und der Name bezeichnet wie ich herausgefunden habe offenbar den Beruf eines Spangenschmieds. Damit ist nicht die moderne Spange im Mund der Teenager gemeint, hier wäre sonst die Ableitung ziemlich nahe zum nuscheln, sondern jene Spangen, welche um Holzfässer herum zu finden sind, also Kesselringe.

Astrid ist hier weder mit polternden Voten noch mit schmissigen Zoten oder moralischen Appellen aufgefallen. Das hätte ihrem Naturell schlicht nicht entsprochen. Ihre Wortmeldungen waren kurz, prägnant und nahezu frei von unnötigem Ballast. Sie hat sich auf das Wesentliche beschränkt, das dann aber wohlüberlegt und auf den Punkt gebracht. Astrid war eine fleissige Schafferin im Hintergrund und hat sich vor allem vor und nach den Parlamentssitzungen aktiv in die Meinungsbildung bzw. Verarbeitung eingebracht. Beispielsweise als Mitglied der Kommission OPR oder als Mitglied der doch immer wieder ziemlich unterschätzten Redaktionskommission. Astrid, deine ausgleichende und ruhige Art wird der Fraktion fehlen. Wobei ich hier ehrlicherweise auch sagen muss, dass es schon auch emotionale Themen wie zum Beispiel in der Bildung, wenn es um Spez.Sek. oder um Integration ging, gab. Dann konnte auch sie etwas impulsiv sein. Du hast dich entschieden, deine rare Zeit, wieder mehr für Beruf, Kinder und für den Garten zu nutzen, welcher riesig ist. Und darum sagt dir die SP-Fraktion ganz herzlich danke für alles, was du hier für die Gemeinde Köniz geleistet hast und wir würden dir gerne einen Gutschein der Heilsarmee Gärtnerei überreichen, welchen du sicherlich gut für deinen Garten gebrauchen kannst. Herzlichen Dank.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Auch von meiner Seite her herzlichen Dank und alles Gute. Ich lese euch einen weiteren Brief vor: *„Geschätzter Parlamentspräsident, lieber Matthias, liebe Parlamentskolleginnen und Kollegen. Bei mir steht eine berufliche Neuausrichtung bevor: Ab Februar 2020*

werde ich an der Schule Spiegel als Schulleiter arbeiten dürfen. Diese Anstellung ist mit meinem Mandat als Könizer Parlamentarier nicht vereinbar. Ich trete deshalb per 30. September 2019 aus dem Parlament zurück.

Seit Mai 2011 habe ich in diesem Saal an knapp 100 Sitzungen teilgenommen. Dazu sind in den vergangenen 9 Jahren rund 50 Sitzungen als Mitglied diverser Kommissionen gekommen: Bildungsreglement, Ortplanungsrevision, Finanzen. 2016 durfte ich zudem diesem Parlament vorsitzen, eine enorm lehrreiche und spannende Erfahrung.

Für diese und alle anderen wertvollen Erlebnisse, die gegenseitige Wertschätzung und den stets freundschaftlichen Kontakt über die Parteigrenzen hinweg, danke ich Euch allen bestens. Ein besonderer Dank gilt meinem persönlichen Umfeld und meiner Familie. Ich wünsche euch allen hier in diesem Saal weiterhin spannende Debatten und möchte euch ermutigen, bei der Lösungsfindung unbedingt über die Parteigrenzen hinaus zu denken: offen, ehrlich und transparent. Beste Grüsse Markus Willi“

Vanda Descombes, SP: Dieser Abschied fällt uns nicht leicht. Aber er geschieht mit einem weinenden und mit einem lachenden Auge. Denn einerseits verlieren wir mit dir einen engagierten, aktiven und kompetenten Parlamentarier, andererseits gewinnen wir mit dir einen guten Schulleiter in der Schule Spiegel. Dort warst du einfach zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Das ergibt sich manchmal im Leben und dann muss man zugreifen.

Aber blättern wir etwas zurück: Ende Mai 2011 bist du als Parlamentarier nachgerückt und warst damit über 8 Jahre im Parlament. Du hast in dieser Zeit eine beachtliche Karriere gemacht. Du warst 2016 Parlamentspräsident, du hast mit gutem Erfolg für den Gemeinderat kandidiert - leider war die Konkurrenz etwas stärker - du warst in den vergangenen Jahren Mitglied der Finanzkommission, du hast dich in der Spezialkommission mit der OPR auseinandergesetzt, du hast im Co-Präsidium die SP Köniz geführt und schliesslich hast du als Präsident die Fraktion umsichtig geleitet und uns alle digitalisiert. Wobei diese Digitalisierungsgeschichte für manchen von uns nicht immer ganz so leicht war. Aber du hast uns mit sanfter Beharrlichkeit in diese Richtung geführt und ich glaube, wir haben den Sprung einigermaßen geschafft. In all diesen Stationen hast du dich voll und ganz eingesetzt und die Interessen von Wabern wie auch von der ganzen Gemeinde vertreten und das Beste geleistet. Und das neben deiner Arbeit, neben deiner Familie und neben deinen zwei Hunden, welche ja auch noch trainiert werden wollen. Ich bin überzeugt, dass du auch der Schule Spiegel deinen Stempel aufdrücken wirst, etwas anderes würde überhaupt nicht zu dir passen. Die SP-Fraktion wünscht dir für deinen Einsatz und dein Engagement, deinen politischen Spürsinn alles Gute und wünscht dir bei deinem nächsten Karriereschritt gutes Gelingen und viel Geduld, angesichts der bevorstehenden Herausforderungen. Und dies sind nicht Wenige.

Und nun zum Geschenk: Da du eine Zeit lang neben einer Grossbaustelle arbeiten wirst, dachten wir uns, der Kluge schützt seinen Kopf. Du erhältst deshalb einen Bauhelm, natürlich einen roten, welchen dich vor den Gefahren der Baustelle, aber auch von vielen herumfliegenden Gegenständen, beispielsweise von übermütigen Schülerinnen und Schüler schützt. Denn ich habe mir bei der letzten Baukommissionssitzung der Schule Spiegel sagen lassen, dass man die Lampen testen und auf Festigkeit prüfen müsse, damit sie den herumfliegenden Turnschuhen, Handschuhen und ähnlichem standhalten. Es könnte daher sein, dass es auch mal deinen Kopf trifft. Dann braucht es an der Schule auch ganz viel Energie. Damit du dich vor einem Hungerrast schützen kannst, erhältst du zudem einen Gutschein, mit welchem du im „i-lade“ im Spiegel biologische und regionale Produkte kaufen kannst. Wobei du daran denken musst, dass du eigenes Verpackungsmaterial mitnimmst. Ich habe dir einige Sachen schon mal bereit gemacht, damit du diese füllen kannst. Im Übrigen nützen diese Produkte vielleicht auch ein bisschen gegen das Heimweh nach dem Parlament. Darum vielen Dank und eine gute Zeit im Schulhaus Spiegel..

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Auch von meiner Seite her vielen Dank und alles Gute an der neuen Anstellung in der Gemeinde Köniz. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, weise ich darauf hin, dass der Aktenversand am 22. August stattgefunden hat. Das Protokoll vom 19. August wurde am 27. August auf der Website publiziert, das Protokoll vom 26. August wird erst nach der heutigen Sitzung zur Genehmigung vorliegen und dieses wird an der nächsten Sitzung zur Genehmigung unterbreitet.

Dann kommen wir zur Traktandenliste. Ihr habt anfangs Woche eine Mail erhalten, in welchem festgehalten war, wie ich heute vorgehen möchte. Ich denke angesichts dieser wichtigen Debatte, welche wir zum Budget haben, werden wir heute wohl nicht über das Traktandum 9 hinaus kommen. Nach

Möglichkeit gehen wir bis dahin. Ich schlage euch vor, dass ich je nach Verlauf so um 23.00h anfragen werde, wie die Befindlichkeit bei euch ist und ob wir weiterfahren wollen oder nicht. Dann können wir über diese Frage abstimmen. Gibt es Anträge oder Voten zur Traktandenliste?

Simon Stocker, junge Grüne: Ich stelle den Antrag, dass das Traktandum 8, „Klimanotstand in der Gemeinde Köniz“ an dritter Stelle, also nach dem Protokoll und vor dem IAFP zur Diskussion kommt.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Nachdem keine weiteren Anträge vorliegen, wird über den Antrag von Simon Stocker abgestimmt. Der Antrag braucht eine Mehrheit.

Ich habe noch vergessen zu erwähnen, dass neben mir nicht Verena Remund, sondern Markus Heinzer sitzt, welcher Verena Remund während ihres Urlaubs vertritt. Ich begrüsse an dieser Stelle auch Markus Heinzer, welcher sich angesichts der Budget-Debatte schon ziemlich ins Zeug legen musste, mit all den Anträgen, welche eingegangen sind.

Beschluss

Dem Antrag, dass das Traktandum 8 „Klimanotstand in der Gemeinde Köniz“ auf die Stelle des Traktandums 3 vorverschoben wird, wird zugestimmt.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Die Traktandenliste wird mit obgenannter Änderung stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/79

Protokoll der Parlamentssitzung vom 19. August 2019 Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 19. August 2019 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/80

V1910 Richtlinienmotion (U30 Parlamentarier*innen) „Klimanotstand in der Gemeinde Köniz“ Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten folgende Punkte zur Bekämpfung des Klimawandels umzusetzen:

1. Der Gemeinderat erklärt öffentlich den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität¹.

¹ Der Begriff «Notstand» ist nicht als juristischer Begriff mit vordefinierten Konsequenzen zu verstehen sondern als Anerkennung des Klimawandels als globale Katastrophe mit drastischen Auswirkungen auch auf die Schweiz und damit dringendem Handlungsbedarf.

2. Der Gemeinderat setzt sich zum Ziel, bis 2030 auf Gemeindegebiet klimaneutral zu werden. Die Klimaneutralität bezieht sich auf direkte Treibhausgasemissionen aus u.a. den Bereichen Strom, Mobilität und Wärme, welche durch Aktivitäten auf dem Könizer Gemeindegebiet entstehen.
3. Der Gemeinderat berücksichtigt die Auswirkungen auf das Klima bei seinen Geschäften und behandelt, wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Begründung

Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber der vorindustriellen Zeit global um 1 Grad Celsius gestiegen. Damit kommen wir sogenannten klimatischen Kipppunkten immer näher. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Denn bereits 1,5 °C Erderwärmung, das heisst noch 0.5°C gegenüber heute, führen zu drastischen Auswirkungen. Auch in der Schweiz ist der Klimawandel immer mehr zu spüren, Hitzesommer und Bergstürze sind nur zwei Beispiele, auch die Landwirtschaft und der Wintertourismus werden von den Folgen direkt betroffen sein. Die Erwärmung in der Schweiz ist doppelt so hoch wie im globalen Mittel und die Veränderungen hier damit besonders stark². Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts- und Sicherheitsproblem. Es braucht deshalb auch auf lokaler Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln. Der Kanton Basel und die Gemeinde Liestal haben den Klimanotstand bereits ausgerufen und in diversen weiteren Kantonen und Gemeinden sind entsprechende Vorstösse hängig. Die Gemeinde Köniz soll als 13. grösste Gemeinde der Schweiz ihren Beitrag dazu leisten, genau wie dies letzten Freitag über 65'000 Menschen in der ganzen Schweiz am Klimastreik gefordert haben.

Der Gemeinderat wird beauftragt,

Eingereicht

18. März 2019

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

David Müller, Elena Ackermann, Cathrine Liechti, Arlette Münger, Dominique Bühler, Christina Aebischer, Iris Widmer, Lucas Brönnimann, Sandra Röthlisberger, Ruedi Lüthi, Tanja Bauer, Lydia Feller, Markus Willi, Vanda Descombes, Christian Roth, Franziska Adam, Astrid Nusch, Casimir von Arx, Roland Akeret, Matthias Müller, Bernhard Zaugg, Mathias Rickli (22)

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren bereits zu spüren bekommen: Die Gletscher sind weiter zurückgegangen und die Extremereignisse (Hitzeperioden, Trockenheit, Starkniederschläge) haben zugenommen. Die letzten 4 Jahre waren die wärmsten seit Messbeginn im 19. Jahrhundert. Das Schweizer Mittelland ist von der Klimaerwärmung besonders stark betroffen. Werden die Treibhausgasemissionen weltweit nicht drastisch reduziert, so ist damit zu rechnen, dass im Schweizer Mittelland der wärmste Tag im Jahr gegen Mitte des 21. Jahrhunderts zwischen 2 bis 6 Grad heisser ausfallen wird, gegen Ende des Jahrhunderts sogar zwischen 4 bis 9.5 Grad. 25 Hitze-

² Meteo Schweiz (2019). Klimawandel Schweiz. Online: <https://www.meteoschweiz.admin.ch/home/klima/klimawandel-schweiz.html>

tage (Tage mit Temperaturen über 30°C) wie im Sommer 2018 pro Jahr werden zur Regel. Der Sommerniederschlag könnte um bis zu 45% abnehmen, während die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen weiter ansteigt.³ Die Folgen davon werden nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Landwirtschaft und die Infrastruktur in Köniz spürbar. Das hat auch finanzielle Folgen: Schweizweit werden die Kosten der Klimaerwärmung auf jährlich 8 bis 10 Milliarden Franken geschätzt⁴.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass die Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1.5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit nötig ist, um unumkehrbare Schäden – z.B. der Verlust ganzer Ökosysteme - zu verhindern. Mit einer umgehend eingeleiteten Senkung der Treibhausgasemissionen auf weltweit praktisch null Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts kann das 1.5-Grad Ziel von Paris erreicht werden⁵.

3. Die Treibhausgasemissionen der Gemeinde Köniz

Mit der Energiestrategie 2010-2035 hat sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen auf dem Gemeindegebiet bis 2035 um 35% zu senken. Würde der Absenkpfad eingehalten und linear weitergeführt (Reduktion um durchschnittlich 1.4% pro Jahr), so würde Köniz die Klimaneutralität im Jahr 2080 erreichen.

Die letzte Klimagasbilanz für das Jahr 2015 zeigt zudem auf, dass der Absenkpfad zwischen 2010 und 2015 nicht eingehalten werden konnte: Die Klimagasemissionen für Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und andere Emittenten (ohne Flugverkehr) sind um lediglich 2.8% anstatt 5.6% gesunken⁶. Für das Bilanzjahr 2020 ist davon auszugehen, dass die Emissionen zwar weiter sinken werden, aber nicht im nötigen Ausmass. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die in Köniz geplanten Massnahmen zur Verminderung der Treibhausgasemissionen dringend umgesetzt und ausgebaut werden müssen.

4. Energie- und klimapolitische Aktivitäten der Gemeinde Köniz

Unter dem Begriff „Klimaschutz“ wird sowohl die Verminderung der Treibhausgasemissionen als auch die Anpassung an den Klimawandel verstanden. In beiden Bereichen ist die Gemeinde Köniz seit vielen Jahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv, was seit 1999 mit dem Energiestadt- und seit 2011 mit dem Energiestadt Gold Label honoriert wird.

4.1 Verminderung der Treibhausgasemissionen

Die Verminderungsziele sind in der Energiestrategie 2010-2035 und im Richtplan Energie festgehalten und quantifiziert. Das Massnahmenprogramm ist entsprechend dieser Instrumente ausgerichtet. Es stützt sich auf zwei Pfeiler der Energiepolitik: Die Verbesserung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien. Die Massnahmen können grob in die sechs Bereiche Entwicklung und Raumordnung, Kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und Kommunikation/Kooperation unterteilt werden. So wird z.B. der Gebäudestandard 2015 von Energiestadt bei gemeindeeigenen Gebäuden umgesetzt, es werden Wärmeverbände initiiert, erhöhte Anforderungen an die Energie in ZPPs vorgeschrieben oder der Velo- und Fussverkehr gefördert. Mit dem Pilotprojekt „Wärmeversorgungsplanung Niederwangen“ wird ein Instrument getestet, um die Transformation des Wärmesystems richtplankonform voranzubringen. Sollte sich das Instrument bewähren, wird der Gemeinderat entscheiden, ob es auch auf Köniz-Liebefeld und auf Wabern angewendet werden soll.

Im Legislaturplan des Gemeinderates 2018-2021 sind mehrere Massnahmen vorhanden, welche explizit der Verminderung von Treibhausgasemissionen dienen: So soll mindestens ein weiterer Wärmeverbund initiiert werden (7.4.4), das 2'000-Watt-Areal Liebefeld Mitte aufgegleist werden (3.1.2), der CO₂-Ausstoss der Gemeindeflotte und der Energieverbrauch von gemeindeeigenen Gebäuden sinken

³ National Centre for Climate Services NCCS (Hrsg.), 2018 : CH2018 – Klimaszenarien für die Schweiz. Zürich

⁴ École Polytechnique Fédérale de Lausanne EPFL im Auftrag des Bundesamt für Umwelt BAFU: Assessing the impacts of climate change for Switzerland – Final report, 2017. Lausanne

⁵ Intergovernmental Panel for Climate Change IPCC, 2018: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Genf

⁶ Fachstelle Energie, Gemeinde Köniz 2017, Reporting Energiestrategie 2010-2035, Stand 2015. Köniz. Im Internet verfügbar unter URL: <https://www.koeniz.ch/wohnen/umwelt/energie/publikationen.page/323>

(7.4.1 bzw. 7.4.3), und Fuss-Velo-Köniz (1.1.3) starten. Mit diesen Massnahmen leistet der Gemeinderat in der laufenden Legislatur bereits einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

4.2 Anpassung an den Klimawandel

Auch wenn die Treibhausgase drastisch gesenkt würden, wird sich die Klimaerwärmung fortsetzen, wenn auch in einem geringeren Ausmass. Anpassungen an den Klimawandel sind in jedem Fall notwendig.

Um Hitzeinseln im zunehmend verdichteten Siedlungsgebiet zu vermindern, gilt es, Grünräume zu schaffen. Messungen im Hitzesommer 2018 und Modellierungen haben gezeigt, dass der Liebefeldpark mit seiner Wasserfläche und andere grössere Grünflächen eine kühlende Wirkung auf das Klima in Köniz haben⁷. Im neuen Baureglement ist deshalb eine Grünflächenziffer einzuhalten und Flachdächer sind zu begrünen. Mit der Revitalisierung von Fliessgewässern kann ein zusätzlicher Kühleffekt erreicht werden. Letzteres ist zugleich ein Legislaturziel (3.3.2). Im Rahmen des Projekts "Wärmeversorgungsplanung Niederwangen" wird ein besonderes Augenmerk auch auf das Kühlen gelegt, man spricht dann von einem „thermischen Netz“.

5. Zu den einzelnen Punkten der Motion

5.1 Punkt 1: Erklärung Klimanotstand

Der Gemeinderat ist sich der Problematik des Klimawandels und der Dringlichkeit, diesen zu minimieren, bewusst. Deshalb sind Massnahmen zum Klimaschutz in den Planungsinstrumenten (inkl. Legislaturplan) festgehalten. Er ist aber der Ansicht, dass in Köniz kein akuter Notstand im Sinne der Verordnung über Katastrophen und Notlagen (Art. 1, Abs. 2)⁸ herrscht und ein solcher folglich auch nicht ausgerufen werden kann.

Stattdessen schliesst sich der Gemeinderat der „Erklärung zur Klimapolitik“ des bernischen Grossen Rates in allen Punkten an. Die „Erklärung zur Klimapolitik“ wurde in der Sesssion 2019 von einer grossen Mehrheit der Ratsmitglieder verabschiedet (siehe Beilage). Analog dieser Erklärung ist der Gemeinderat bestrebt, das in seinem Einflussbereich Mögliche zu tun, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Er orientiert sich dabei an den Berichten des IPCC.

5.2 Punkt 2: Netto-0 bis 2030

Die Motionäre fordern die Reduktion der direkten Treibhausgase auf netto null bis 2030. Mit dieser Forderung wird der Aspekt der „Klimagerechtigkeit“ berücksichtigt: Nationen, welche bereits viel Treibhausgase emittiert haben, müssen aufgrund des global limitierten Emissionsbudgets zur Erreichung des 1.5-Grad Zieles schneller bei Netto-0 angelangt sein. Gemäss dieser Überlegung hat die Schweiz ihr Emissionsbudget um das Jahr 2038 aufgebraucht⁹.

Die Energiestrategie 2010-2035 der Gemeinde Köniz ihrerseits strebt eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 35% bis 2035 an. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dies nicht kompatibel ist mit der Energiestrategie 2050 des Bundes und dem Pariser Klimaabkommen. Ein Alleingang der Gemeinde Köniz mit den Zielsetzungen der Motionäre wäre jedoch weder zielführend noch umsetzbar. Die Kompetenzen von klimarelevanten Regulierungen sind auf Bund, Kantone und Gemeinden verteilt. Der Handlungsspielraum der Gemeinde Köniz ist deshalb beschränkt. So hat sie aus regulatorischer Sicht z.B. relativ wenig Einfluss auf die Gebäude im Bestand und praktisch keinen auf die privaten Fahrzeuge. Es sind übergeordnete gesetzliche Grundlagen nötig, damit die Emissionen in Köniz rascher als vorgesehen gesenkt werden können.

Die aktuelle Revision des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene soll diese Grundlagen schaffen. Der Gemeinderat ist gewillt, sich an den Zielsetzungen dieses Gesetzes und weiterer übergeordneter Gesetzgebungen und Förderprogramme zu orientieren und darauf basierend ein zielkompatibles Massnahmenprogramm zu erarbeiten. Das Programm wird dem Parlament inkl. Angaben zu Kosten und Finanzierung vorgelegt.

⁷ Meteotest (unveröffentlicht). Bern

⁸ "Katastrophen und Notlagen sind überraschend eintretende Ereignisse beziehungsweise unmittelbar drohende Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit oder soziale Notstände, die mit den für den Normalfall bestimmten Mitteln und Befugnissen allein nicht mehr bewältigt werden können."

⁹ Ernst Balsler + Partner im Auftrag des WWF Schweiz, 2018: CO₂-Budget der Schweiz. Zollikon

Die Gemeinde Köniz steht kurz vor der Re-Zertifizierung als Energiestadt Gold. Im Rahmen der Umsetzung des Richtplans Energie engagiert sich der Gemeinderat auch weiterhin für den Klimaschutz. Die Gemeinde Köniz - und insbesondere die Gemeindeverwaltung - soll weiterhin als Vorbild in Sachen Klimaschutz gelten.

6. Punkt 3: Prioritäre Behandlung

Klimarelevante Geschäfte haben im Gemeinderat bereits heute eine hohe Priorität. So wurde z.B. im April ein Kredit für die Umsetzung der Wärmeversorgungsplanung in Niederwangen genehmigt. Im aktuellen Legislaturplan 2018-2021 sind mehrere Massnahmen für den Klimaschutz vorhanden. Diese und weitere Massnahmen zum Klimaschutz werden vom Gemeinderat wenn möglich prioritär behandelt. Bei der Priorisierung der Massnahmen berücksichtigt der Gemeinderat jedoch neben dem Klimaziel ebenso die anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Im Bericht wird der Gemeinderat seine bereits getroffenen und die geplanten Massnahmen darlegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1: Die Motion wird erheblich erklärt

Punkt 2: Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt

Punkt 3: Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt

Köniz, 3. Juli 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 2. April 2019
- 2) Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik, 3. Juni 2019

Diskussion

Erstunterzeichner David Müller, Junge Grüne: Zuerst vielen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung der Motion. Die Grüne-Fraktion war sehr erfreut über die äusserst gute Zusammenfassung der generellen heutigen Ausgangslage und der aktuellen Situation in Köniz, was das Klima angeht.

Kurz zusammengefasst ist die Situation wie folgt: Es gibt ein Problem. Die Klimakrise ist enorm. Die bisherigen Ziele in Köniz reichen nicht aus, um massive Schäden an Mensch und Natur zu verhindern. Und die bisherigen Massnahmen reichen nicht einmal, um die bescheidenen Ziele, welche wir heute haben, zu erreichen. Das heisst, wenn wir die Zerstörung unserer Lebensgrundlage stoppen wollen, dann müssen wir sofort handeln. Mit der Überweisung dieser Motion anerkennen wir diesen Handlungsbedarf und nehmen als Gemeinde unsere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und auch gegenüber den zukünftigen Generationen wahr. Dies ganz allgemein zum Vorstoss.

Jetzt noch zu den einzelnen Punkten der Antwort des Gemeinderats: Zum Begriff zur Ausrufung des Klimanotstands. Dass der Gemeinderat diesen nicht als juristischen vordefinierten Begriff verstanden haben will, kann ich nachvollziehen und das haben wir in der Motion ja auch schon so geschrieben. Es freut uns aber sehr, dass der Gemeinderat ein klares Bekenntnis abgibt und die Problematik und Dringlichkeit dieser Klimakrise anerkennt.

Zur zweiten Forderung, dem „Netto-0-Ziel bis 2030“: Wir Grünen können nicht verstehen, wie der Gemeinderat so deutlich die Problematik anerkennen kann, doch wenn es dann aber um konkrete Ziele und Massnahmen geht, dann schreibt er, dass man besser noch etwas warten soll, bis irgendwann

einmal das nationale Parlament ein CO₂-Gesetz, welches hoffentlich wesentlich griffiger ist, verabschiedet. Und wenn das dann hoffentlich irgendwann einmal über den Kanton zur Gemeinde herunter gesickert ist, dann werde sich auch hier langsam etwas ändern. Wir haben schlichtweg keine Zeit, so lange zu warten und auch die Richtung, in welche sich der Bund bewegt, ist klar. Die Frage ist nur, mit wie grossen Schritten und wie schnell. Darum beginnen wir doch in Köniz jetzt schon zu laufen. Wir laufen übrigens auch nicht alleine, wie dies der Gemeinderat in seiner Antwort suggeriert. Unzählige andere Gemeinden haben schon den Klimanotstand ausgerufen. Basel und Thun sind hierfür nur zwei Beispiele und auch in Bern ist ein ganzer Massnahmenkatalog, also ein Klimamassnahmenkatalog, präsentiert worden.

Darum: Bericht schreiben alleine, reicht nicht aus. Aus diesen Gründen werde ich bei allen drei Forderungen daran festhalten, dass die drei Punkte als Motion überwiesen werden und nicht zu einem Postulat abgeschwächt werden. Denn wenn wir so weiter machen wie heute, dann zerstören wir nicht nur die Natur, sondern generell unsere Lebensgrundlage. Mit der Überweisung dieser Motion anerkennen wir den grossen Handlungsbedarf und nehmen unsere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und künftiger Generationen wahr. Ich bitte euch, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Fraktionssprecher Cathrine Liechti, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat vielmals für die gut beschriebene Ausgangslage dieser Motion. Der Gemeinderat beschreibt selber, dass Gletscherrückgänge und vor allem auch Extremereignisse, wie lange Hitzeperioden, Starkniederschläge und sehr starke Trockenheit ein grosses Problem sind. Der Klimawandel stellt eine grosse Problematik dar. Dies besonders in der Gemeinde Köniz, welche stark betroffen ist. Er beschreibt auch die klar höheren Kosten, welche der Klimawandel bzw. der Klimanotstand verursacht. Er geht davon aus, dass dies schweizweit geschätzte CHF 8 bis CHF 10 Mrd. verursacht. Natürlich ist klar, dass der Klimanotstand nicht mittels einer Verordnung als Katastrophen- oder Notlage ausgerufen werden kann. Die SP-Fraktion begrüsst aber, dass sich der Gemeinderat der Erklärung der Klimapolitik des Grossen Rates anschliesst und damit auch den Klimanotstand anerkennt.

Auch Punkt 2 unterstützt die SP als Motion. Die Reduktion von Treibhausgasen auf netto 0 bis 2030 hat eine sehr hohe Priorität und muss nicht immer weiter hinausgeschoben werden. Wie wir vom Gemeinderat lesen konnten, sind die momentanen Ziele unrealistisch und reichen so oder so nicht aus. Der Klimawandel hat bereits jetzt massive Folgen angenommen und muss dringend eingedämmt werden. Ohne solche bewussten und radikalen Eindämmungen, können die Treibhausgasemissionen nicht minimiert werden und die Situation wird immer dramatischer und spitzt sich schneller zu.

Ebenso wird die SP-Fraktion Punkt 3 als Motion zustimmen, denn aus unserer Sicht nützt es nichts, wenn der Gemeinderat lediglich einen Bericht darüber verfasst. Sondern es muss bei jedem Geschäft dringend immer geschaut werden, was für Auswirkungen dieses auf den Klimawandel hat und solche Geschäfte, welche den Klimawandel reduzieren, müssen prioritär sein. Zusammengefasst ruft die SP-Fraktion den Klimanotstand aus resp. anerkennt diesen an. Sie stimmt in allen drei Punkten der Motion zu.

Fraktionssprecher Lucas Brönnimann, glp: Als Mitunterzeichner bin ich froh zu verkünden, dass die Mitte-Fraktion auch voll und ganz hinter dieser Motion steht. Wenn Punkt 2 und 3 lediglich als Postulat überwiesen wird, wird der griffige Klimaschutz übermässig, beinahe schon unverantwortlich stark zurückgebunden. Uns ist allen bewusst, dass die Klimakrise mittel- und kurzfristig die grösste Bedrohung der Menschheit ist. An all jene, welche behaupten, dass dieser Antrag nur Symbolpolitik ist, kann ich heute sagen, ihr dürft nicht verzagen. Auch jene, welche heute den Klimaschutz mit Füßen treten, werden in näherer Zukunft umdenken müssen. Um das Problem zu entschärfen, braucht es die Hilfe aller und ein möglichst rasches Umdenken. Die Zeit schmilzt uns davon und spielt gegen uns. Daher braucht es griffige Massnahmen und eine zielgerichtete Priorisierung der klimarelevanten Geschäfte. Der Klimaschutz muss auf allen Ebenen des Lebens berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere für die Politik und auch für den Gemeinderat. Wenn die Punkte 2 und 3 als Postulat überwiesen werden, wird aus dem klaren Auftrag lediglich eine mehr oder weniger unverbindliche Frage. Das eh schon schwache Instrument der Richtlinienmotion wird weiter abgeschwächt.

Dem Gemeinderat fehlt es wohl etwas an Mut, sich klar zu positionieren. Es bleibt darum einmal mehr die Aufgabe des Parlaments, Rückgrat zu beweisen und klare Ziele zu setzen. Es ist darum einmal mehr die Aufgabe des Parlaments zu beweisen, dass auch einer Gemeinde Köniz die Zukunft ihrer Kinder wichtig ist. Es bleibt die Aufgabe des Parlaments, alle drei Punkte als Motion erheblich zu erklären. Ich fühle mich hier beinahe wie Präsident Kennedy: Nur wollen wir in den nächsten 10 Jahren nicht auf den Mond, sondern unsere Erde hier unten retten. Wir wollen uns dieser Klimakrise stellen.

Nicht weil es eine einfache, sondern gerade weil es eine schwere Aufgabe ist. Das ist ein Ziel, wofür es sich zu kämpfen lohnt und dafür lasst uns alle zusammen kämpfen.

Fraktionssprecher Adrian Burren, SVP: Klimanotstand mit Fussnote. In der Fussnote steht, ich zitiere: „Der Begriff Notstand ist nicht als juristischer Begriff mit vordefinierten Konsequenzen zu verstehen“. Dann drehen wir es mal um und schauen, was denn ein Notstand wäre, wenn es juristisch korrekt geschrieben wäre. Ich zitiere aus Wikipedia: „Kommt es in einem bestimmten Gebiet aufgrund von Naturkatastrophen, Krieg, Aufruhr oder ähnlichem zu einer unüberschaubaren Lage, so kann der Notstand, auch Ausnahmezustand, ausgerufen werden. In der Regel hat dies dann zur Folge, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Gesetz und Recht insoweit verzichten kann, wie sie es zur Bekämpfung des Notstandes für erforderlich hält. In den demokratischen Ländern bedeutet der Notstand in der Regel die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Maßnahmen sowie Zurückdrängung von längere Zeit in Anspruch nehmenden behördlichen oder legislativen Verfahren.“ Salopp ausgedrückt: Unsere Versammlung hier wäre überflüssig und wäre abgeschafft. Wir hier im Parlament hätten auch nichts mehr zu melden.

Warum „Klimanotstand mit Fussnote“? Gibt es kein passenderes Wort, welches man ohne Fussnote schreiben kann? Oder auch anders ausgedrückt: Die SVP ruft den Schuldennotstand aus in Köniz. Mit seinen schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität. Natürlich auch hier „Notstand mit Fussnote“, sonst könnte ja das Volk nicht mehr an der Urne abstimmen. Und wenn wir es finanziell betrachten wollen: CHF 8 Mrd. für die Schweiz, ergeben CHF 1'000 pro Person. Wenn ich hier im Büchlein nachlese, dann erhöhen wir hier in Köniz die Schulden für die nächsten sechs Jahre pro Bürgerin und Bürger um CHF 3'000. Ich glaube, auch die Ausrufung des Schuldennotstands wäre angebracht.

Die SVP dankt dem Gemeinderat, dass er nicht auf die Ausdrücke in der Motion aufspringt und dankt, dass er sich der Präambel des Grossen Rates anschliesst. Schlussendlich heisst es aber trotzdem, dass die Gemeinde Köniz den Klimanotstand ausgerufen hat und nicht, sie hat sich der Erklärung zur Klimapolitik des bernischen Grossen Rates angeschlossen. Darum ein Nein zu Punkt 1. Die SVP Köniz will damit den Klimawandel nicht in Frage stellen. Nein, sie stellt die Vorgehensweise in Frage. Es braucht nämlich Daten und nicht Forderungen. Kauft mal alle das Gemüse bei Hänni Fritz auf dem Markt. Oder das Fleisch bei Burren David auf dem Hof. Nicht Rindfleisch aus Uruguay oder Stangenbohnen aus China. Aber dazu braucht es Geld. Wer nämlich dem Klimawandel begegnen will, der braucht Geld für diese Veränderung. Zum Beispiel für den Umbau des Stromnetzes, um für die vielen Elektrofahrzeuge, welche es geben wird, genügend Strom zu haben. Oder das alle neuen schönen Wärmepumpen im Winter denn auch funktionieren. Dazu braucht es Unternehmer, welche bereit sind, Risiken einzugehen und welche sich auf diese Veränderungen einlassen. Und es braucht Innovation. Innovation heisst Erneuerung, Ideen und Erfindungen.

Zu Punkt 2 und 3: Mein Betrieb, welchen ich führe, erreicht die angestrebten Ziele vermutlich bereits per 2030 oder ich habe sie vielleicht auch heute schon erreicht. Aber das spielt hier ja keine Rolle. Ich weiss daher aber aus persönlicher Erfahrung, welche Anstrengungen, welche Kosten, welches Unternehmertum, welche Innovationen und welche Ideen und Risiken es gebraucht hat, um dieses Ziel zu erreichen. So wie ich diese Gemeinde in den letzten Jahren kennen gelernt habe, ist dies eine sehr vollmundige Ansage, bis 2030 klimaneutral zu sein. Denn sie hat weder Geld, noch hat sie das nötige Unternehmertum für Innovation, noch geht sie gerne proaktiv Risiken ein. Aus der Sicht der SVP müssen wir zuerst einmal lernen, mit Geld umzugehen, Innovation zu fördern und unsere innovativen Unternehmen zu fördern und zu unterstützen. Fordern kann man, liefern müsst ihr. Darum lieber ein ehrliches nein, als vollmundige Versprechen, welche am Schluss nicht eingehalten werden können und welche dann am Schluss noch schön geredet werden müssen.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Umwelt und Klimaschutz ist definitiv ein wichtiges und emotionales Thema. Ich habe mich beim Verfassen dieses Votums entsprechend schwer getan. Den Begriff „Notstand“ steht schon sehr quer in der Landschaft und es ist auch etwas irritierend. Wir haben den Inhalt und die Antwort des Gemeinderats in der FDP-Fraktion ausführlich diskutiert. Grundsätzlich teilen wir die Stellungnahme des Gemeinderats und wir nehmen zur Kenntnis, dass die Gemeinde Köniz schon viel in der Klimapolitik unternimmt.

Allerdings haben uns die Beantragungen des Gemeinderats zu den drei Punkten äusserst überrascht oder gar irritiert: Der Gemeinderat hat quasi rechts geblinkt und ist links abgebogen. Wir können folglich die Anträge des Gemeinderats nicht nachvollziehen. Machen wir zuerst eine nüchterne Auslegung: Die Gemeinde Köniz hat oder nimmt sich das Privileg, eine eigene Direktion für Umwelt zu haben. Das können sich viele andere Gemeinden, darunter auch Agglomerationsgemeinden, nicht

leisten. In der Gemeinde Köniz sind folglich Experten angestellt, welche sich in der Materie bestens auskennen. Diese machen ihre Arbeit auch ohne die Ausrufung des Klimanotstandes. Dann muss man sehen, dass wir das Label Energiestadt Gold haben. Das ist sicherlich sehr vorbildlich und das seit 20 Jahren. Die Rezertifizierung steht noch vor der Türe. Warum muss man hier jetzt diesen Vorstoss einreichen? Kann die Gemeinde Köniz die Forderungen aus dem Vorstoss überhaupt eigenständig erfüllen? Stimmt hier die Flughöhe? Trauen die Motionäre der Direktion DUB nicht zu, dass der eingeschlagene Weg konsequent weiterverfolgt wird? Schlussendlich wird diese Direktion seit Jahren von einem grünen Gemeinderat geführt.

Zum Inhalt des Vorstosses nehmen wir wie folgt Stellung: Beim Punkt 1 stützen wir die Ansicht des Gemeinderats, dass in Köniz kein akuter Notstand herrscht und folglich auch nicht ausgerufen werden kann. Die Erklärung des Klimanotstandes wäre höchstens eben Symbolpolitik. Wie der Gemeinderat schliessen wir uns vielmehr der Erklärung zum Klimaschutz des Grossen Rates an. Diese Beantragung ist dann auch unter anderem von einem FDP-Grossrat eingereicht worden. Ich hoffe, die Leute lesen dies auch. Diese Erklärung gilt für den gesamten Kanton Bern und Köniz gehört unbestritten dazu. Warum der Gemeinderat trotz dieser Auslegeordnung die Motion für erheblich erklärt, ist uns ein Rätsel.

Bei Punkt 2 kann man den Gemeinderat zusammengefasst wie folgt zitieren: Ein Alleingang der Gemeinde Köniz mit den Zielsetzungen der Motion wäre weder zielführend noch umsetzbar. Und der Handlungsspielraum innerhalb der Gemeinde ist beschränkt. Da diese Forderungen der Motion offensichtlich nicht zu erreichen sind, kann man hier die Motion im Grunde nur ablehnen. Oder warum will der Gemeinderat unrealistische Ziele weiter verfolgen? Vielmehr müsste er hier die eigene Energiestrategie umsetzen.

Beim Punkt 3 bestätigt der Gemeinderat, dass die Forderungen bereits erfüllt sind. Der Gemeinderat wird auch ohne diese Motion nicht von der eingeschlagenen Linie wegkommen. Setzen wir uns besser dahinter, den Klimaschutz aktiv weiter zu verfolgen, statt uns hinter einem Papiertiger zu verstecken. Die FDP wird dem Antrag des Gemeinderats aus den genannten Punkten nicht folgen.

Dominic Amacher, FDP: Ergänzend möchte ich euch einige Gedanken aus meiner Arbeit als Geschäftsführer einer Baufirma mitteilen: Ökologische Themen waren mir immer wichtig. In der Industrie ist das Thema Ökologie auch oft an den Gesundheitsschutz und Ökonomie geknüpft. Es ist unsere tägliche Pflicht, all diese Punkte ernst zu nehmen oder unsere Mitarbeiter in die richtigen Bahnen zu lenken. Ein Vorstoss, wie er hier vorliegt, hilft uns nicht weiter. Warum muss ich mit schwerem Herzen den Entscheid fällen, eine elektrische Unterlagsbodenpumpe durch eine Dieselpumpe zu ersetzen? Wir setzen wieder zusätzlich diese Pumpe ein, weil die Stromanschlüsse nicht so vorhanden sind, wie sie sein sollten. Warum spielt es einem öffentlichen Bauherrn plötzlich keine Rolle mehr, wenn 170 m3 Sand statt aus Bern, aus Basel kommen? Nur weil der Boden mit den Materialien aus Bern etwas zu grau ist? Denn das Aarekies ist grau und jenes aus Basel ist eher beige. Plötzlich ist die Ästhetik wichtiger als die Ökologie. Und ein Label alleine genügt hier nicht. Warum müssen wir Materialien nach Minergie-P Eco-Kriterien bereits nach zwei Jahren wieder austauschen, weil die Lebensdauer deutlich tiefer ist? Ist dies ökologisch? Wir sind gefordert, Technologien zu verbessern und Innovationen sind gefragt. Das ist der Weg zum Ziel.

Was will ich damit sagen? Bei all diesen Beispielen existieren Papier, Richtlinien, Bestimmungen von der Bauherrenseite, aber eben auf Stufe Kanton. Und bei all diesen Beispielen wird der Klimaschutz nur auf dem Papier gelebt. Niemand fühlt sich verpflichtet, das Papier wurde ja von anderen unterzeichnet. Umwelt und Klimaschutz ist Knochenarbeit. Klimaschutz braucht manchmal auch Zivilcourage. Mit Verboten, Verordnungen und Plakaten ist es definitiv nicht getan und ich kann euch garantieren, ich werde mich weiterhin jeden Tag – und ich gehe davon aus, auch der Gemeinderat – für die ökologischen Punkte einsetzen, auch wenn wir diesen Vorstoss jetzt ablehnen.

David Müller, Junge Grüne: Es gab hier doch einige Punkte, weshalb ich nochmals nach vorne kommen muss. Einerseits zum Begriff des Klimanotstandes: Ich glaube es ist einfach: „Das Klima ist in Not“.

Dann: Es braucht Daten, da bin ich völlig einverstanden, ich glaube, da sind wir alle gefordert. Lokal einkaufen ist gut, aber zusätzlich zu uns als Individuen, braucht es eben auch Rahmenbedingungen, welche ein ökologisches Verhalten fördern und dort ist die Politik gefragt. Wer hier innen kann darüber entscheiden, was mit unseren Pensionskassengeldern genau passiert? Niemand, ausser, wir ändern dies auf dem politischen Weg. Darum müssen wir hier die Rahmenbedingungen verändern.

Zum Vergleich mit den Schulden: Ja, wieso gibt es mehr Schulden? Unter anderem, weil wir es in der Vergangenheit verpasst haben, die Investitionen beispielsweise in Schulhäusern zu tätigen. Das glei-

che ist mit dem Klima: Je länger wir warten mit Massnahmen ergreifen, desto teurer wird es. Es ist also genau kontraproduktiv, wenn wir heute nichts machen.

Und dann noch zur Frage, warum es überhaupt einen Vorstoss in der Gemeinde braucht. Das Kapitel wurde sogar selber zitiert: Es heisst, mit der Könizer Energiestrategie 2010-2035 würde Köniz die Klimaneutralität im Jahr 2080 erreichen. Das ist nicht einmal mit den nationalen Zielen und dem Pariser Klimaabkommen kompatibel. Ich glaube, dies ist Antwort genug. Es braucht definitiv einen Vorstoss, von alleine passiert nichts.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich weiss, es ist schwierig, doch ich bitte die Zuschauer auf der Tribüne keine Bekundungen zu machen. Leider muss ich das sagen. Danke für das Verständnis.

Lucas Brönnimann, glp: Ich erlaube mir auch noch eine kurze Replik. Zur FDP: Mit dem Finger auf andere zeigen, der Grosse Rat soll es erledigen. Das reicht nicht. Das wäre das Problem mit der Ursache zu bekämpfen. Kennedy hat schliesslich auch nicht gesagt, komm, wir lassen die Russen auf den Mond fliegen, das ist nicht unsere Flughöhe.

Zur Flughöhe: Sogar Bern war mit seinen Gerätschaften auf dem Mond. Der Schutz unserer Welt muss also sehr wohl auf unserer Flughöhe sein und jeder muss seinen Teil dazu beitragen. Aber schliesslich wollen wir ja auch weniger fliegen, von daher ist „Flughöhe“ das falsche Wort.

Zur SVP: Ich anerkenne eure Anstrengungen auf dem Land. Ich sehe diese tagtäglich. Kurze Arbeitswege bzw. gar keine Arbeitswege und ihr lebt mit und nicht gegen die Natur. Das erachte ich als erstrebenswert und finde dies super. Ich verstehe daher nicht, warum ihr dann aber nicht auch wollt, dass der Gemeinderat denselben Weg einschlägt und den gleichen Weg in der Politik verfolgt. Nämlich Natur- und Klimaschutz.

Christina Aebischer, Grüne: Ich muss doch noch auf die FDP reagieren. Denn in einem Punkt sind wir uns einig: Wenn wir dies hier überweisen und das wirklich machen wollen, dann wird es schwierig. Und wenn wir wollen, dass dies nicht einfach ein Papiertiger wird, dann ist es auch an uns hier, dies weiter zu entscheiden. Ich finde es etwas infam zu sagen, die Grünen stellen einfach Plakate auf und haben schon ewig einen Gemeinderat gehabt, welcher hätte schauen können, dass es gemacht ist. Und gleichzeitig wird hier von einer Mehrheit des Parlaments das Budget gekürzt, welches benötigt wird, damit man überhaupt im Bereich Energie und Umwelt etwas umsetzen kann. Dies erachte ich als etwas schwierig.

Das Zweite ist, dass wenn wir bis 2030 klimaneutral werden wollen, dann heisst dies auch investieren. Dann heisst es auch Massnahmen ergreifen und da zähle ich dann doch auch sehr auf all jene, welche hier helfen, diese Motion zu überweisen. Damit dies nicht einfach leere Worte sind, sondern damit man die Beschlüsse auch fassen und die Budgets sprechen kann.

Adrian Burren, SVP: Noch eine Replik zu uns in der Landwirtschaft: Wir leben seit Jahrhunderten in Kreisläufen. Das dürft ihr nicht vergessen. Ich bin auf meinem Betrieb die siebte Generation, die achte ist am Heranwachsen. Seit Jahrhunderten leben wir diese Systeme und wir brauchen keine Papiertiger und wir glauben auch nicht daran, dass dies so umsetzbar ist, wie ihr euch das vorstellt. Ich kann dies aus eigener Handlung sagen: Es ist nicht so einfach, wie man sich dies vorstellt. Man muss es leben und man muss in dem auch aufgewachsen sein, dass man dies auch mitbekommt. Geht ihr Junge alle mit dem Fahrrad zur Schule? Nehmt nicht den Zug? Das ist vielleicht schon gut. Lauft, geht mit dem Fahrrad. Ich bin einmal mit dem Velo um die Welt gefahren. Das steht in keinem Reglement. Lebt es, das ist das Wichtigste – nicht Reglemente zu machen, sondern das zu leben.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich danke vielmals für die vielen engagierten Voten. Das Klima bewegt tatsächlich. Ich beginne auf nationaler Ebene an: Die Schweiz hat das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet. Dieses verlangt die Beschränkung der weltweiten Erwärmung auf 1.5 Grad und Klimamodelle sagen, für das brauchen wir netto 0 bis 2050. Der Bundesrat hat vor ein paar Wochen dieses Ziel für unser Land bestätigt. Es wurde erwähnt: Die Lage ist dramatisch. 9 der 10 wärmsten je gemessenen Jahre in der Schweiz, wurden in den letzten 20 Jahren verzeichnet. Die Jahresmitteltemperatur in der Schweiz ist seit Messbeginn um zwei Grad angestiegen, die Null-Grad-Grenze seit 1961 um 350m. Die Aussichten sind nicht besser. Je nachdem, wie der weltweite CO₂-Ausstoss aussehen wird, werden wir in der Schweiz bis 2060 einen weiteren Temperaturanstieg von 1 bis 3 Grad haben. Es wird eine Zunahme von Extremereignissen wie Starkniederschläge und Hitzeperioden, trockene Sommer und auftauen des Permafrosts geben. Letzteres trifft Köniz weniger, jedoch

den Alpenraum sehr wohl. Hier ist besonders die Landwirtschaft sehr betroffen und wird sich entsprechend anpassen müssen.

Wie stark sind wir in der Schweiz Verursacher? Der CO₂-Ausstoss im Inland ist pro Kopf knapp 6 Tonnen pro Jahr pro Schweizerin und Schweizer. Nehmen wir den Konsum der importierten Güter noch hinzu, dann liegt der Konsum pro Kopf und Jahr bei 14 Tonnen. Verträglich wären 60kg pro Jahr und Person. Das versteht man unter Netto 0.

Das heisst, wir müssen den CO₂-Ausstoss, um das zu erreichen, was der Bundesrat gesagt hat – netto 0 bis 2050 – um den Faktor 10 reduzieren. Wenn man die importierten Güter mitrechnet, dann ist dies der Faktor 20 bis 25. Das ist tatsächlich eine Herkulesaufgabe. Adrian Burren hat es schon gesagt, da sind wir alle gefordert. Der CO₂-Ausstoss um 90 bis 95% zu reduzieren, heisst konkret, einen weitgehenden Verzicht auf Erdölprodukte wie Öl, Gas, Benzin und Diesel. Das ist vergleichbar, Lucas Brönnimann hat es erwähnt, wie mit der Mondlandung. Ich brauche einen anderen Vergleich: In der Schweiz sind wir ein Land von Pionieren und vor über 100 Jahren hatte man die kühne Idee, eine Bahn auf das Jungfrauoch zu bauen. Von der Idee bis zur Umsetzung ging es, wenn ich das richtig im Kopf habe, auch etwa 10 Jahre. Wir haben diese Pioniere und auf diese sind wir tatsächlich angewiesen. Und hier meine ich explizit die Wirtschaft. Wir sind auf die Wirtschaft angewiesen, nur mit der Wirtschaft gemeinsam können wir dies erreichen. Da brauchen wir wieder diesen Pioniergeist. Wie wurde es so schön gesagt? Umwelt- und Klimaschutz ist Knochenarbeit. Ja, das ist so, wir brauchen Innovationen und wir brauchen wieder diesen Pioniergeist. Doch wir brauchen natürlich auch die Rahmenbedingungen von Bund, den Kantonen und auch von den Gemeinden. Jetzt reden wir hier, wie wir hier in der Gemeinde Rahmenbedingungen setzen können. Die Gesellschaft ist gefordert, das wurde auch schon gesagt, jeder einzelne muss seinen Beitrag dazu leisten. Alle müssen hier mithelfen, um diese Herkulesaufgabe meistern zu können. Und es ist zudem noch eine doppelte Aufgabe: Denn einerseits müssen wir den Treibhausgasausstoss vermindern und andererseits müssen wir uns auch an den Klimawandel, welcher im Gange ist, anpassen. Auf beiden Ebenen müssen wir dran sein. Ich komme zur Motion zu Punkt 1: Der Klimanotstand wurde ziemlich lange diskutiert. Der Gemeinderat hat sich dazu entschlossen, sich der Erklärung zur Klimapolitik des Grossen Rates anzuschliessen. Das heisst, er ist bereit, alles in seinem Einflussbereich möglich zu machen, um dem Klimawandel entgegen zu treten. Ich zitiere aus der Erklärung der Klimapolitik: „Er orientiert sich an den Berichten des Weltklimarates“, also an den wissenschaftlichen Ergebnissen, „mögliche Massnahmen werden prioritär behandelt und er informiert die Bevölkerung wiederholend über Ursache und Auswirkung und über Massnahmen, welche gegen den Klimawandel getroffen werden können“.

Wir haben bewusst gesagt, es ist nicht eine Notlage im Sinne der Verordnung über Katastrophen und Notlagen. Ich führe dies noch kurz aus: Erstens der Klimawandel kommt nicht unerwartet. Zweitens es braucht nicht kurzfristige, sondern es braucht langfristig wirksame Massnahmen. Und Drittens, wir können und vor allem ich will mich nicht über Gesetze hinwegsetzen. Das ist nicht nachhaltig, sondern wir müssen Gesetze so anpassen, dass wir dies alles im Rahmen der Gesetze bewältigen können. Doch dies alles ist den Motionären bekannt, darum definieren sie den Notstand auch anders, David Müller hat es gesagt: „Das Klima ist in Not“. Und wie ihr auch gesehen habt, ist der Gemeinderat bereit, diesen Punkt 1 als Motion anzunehmen.

Ich komme zu Punkt 2, netto 0 bis 2030: Es ist klar, die Umsetzung dieser Klimaziele die erfolgt bei uns in der Gemeinde. Wir sind am nahesten bei den Leuten. Und ich habe auch gesagt, wir brauchen die Rahmenbedingungen von Bund und Kanton, damit wir auf Gemeindeebene handeln können. Im Verkehrsbereich haben wir wenig Einfluss. Auf den Gebäudebestand haben wir in der Gemeinde auch wenig Einfluss und auf den Flugverkehr haben wir überhaupt keinen Einfluss. Darum muss dies Hand in Hand gehen und wir sind darauf angewiesen, dass Bund und Kanton die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Es braucht riesige Investitionen, welche meistens auf Gemeindegebiet erfolgen und welche wir als Gemeinde managen müssen. Wir müssen auch die Fördergelder abholen, welche gesprochen werden. Wir machen dies heute schon. Einen gewissen Teil an die Planung von Wärmeverbunde finanziert der Kanton, aber wir müssen diese Planungen auch an die Hand nehmen. Man muss vorausschauend handeln, was nicht viel kostet. Zum Beispiel wenn Strassen saniert werden, dann schaut man dazu, dass ein Trassee für das Wärmenetz bereits reserviert wird. Wenn man das schon so plant, dann kann man viel Geld sparen. Es braucht Sensibilisierung und Information der Bevölkerung und darum wollen wir vom Gemeinderat einen Massnahmenplan vorlegen, wie wir netto 0 erreichen können. Ich zweifle etwas daran, dass dies bis 2030 möglich sein wird, ich glaube wenn wir es schaffen bis 2050 in Übereinstimmung mit dem Bundesrat, dann sind wir wirklich gut und darum ist der Gemeinderat bereit, den zweiten Punkt als Postulat entgegen zu nehmen. Ebenso werden wir in diesem Bericht zeigen, welche Massnahmen wir prioritär behandeln werden und da ist auch noch wichtig, dass diese Priorisierung auch die anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit nicht vernachlässigt.

sigen darf. Darum bitte ich euch, auch Punkt 2 als Postulat anzunehmen. Zuerst muss man den Bericht machen, man muss sich genau überlegen, welche Massnahmenplanung man macht, bevor man darauf losschiesst. Das schliesst aber nicht aus und da danke ich auch Dominic Amacher für das Vertrauen in meine Direktion, dass wir fortlaufend schon bevor dieser Bericht vorliegt, Massnahmen umsetzen werden. Aber das braucht Geld und es braucht Investitionen und da sind wir limitiert. Wir haben anschliessend ja die Budgetdebatte.

Beschluss

Punkt 1: Die Motion wird erheblich erklärt
(Abstimmungsergebnis: 25 für erheblich Erklärung, 12 für Ablehnung, 0 Enthaltungen)

Punkt 2: Die Motion wird erheblich erklärt
(Abstimmungsergebnis: 24 für erheblich Erklärung, 13 für Ablehnung, 0 Enthaltungen)

Punkt 3: Die Motion wird erheblich erklärt
(Abstimmungsergebnis: 24 für erheblich Erklärung, 13 für Ablehnung, 0 Enthaltungen)

PAR 2019/81

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2020

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Der IAFP 2020 wird wieder in bewährter Darstellungsform präsentiert. Die Aktualisierung und Vereinfachung wurde beibehalten. Basis bilden der Vorjahresplan und das aktualisierte Budget 2020.

2. IAFP 2020

Der Finanz- und Investitionsplan werden im Kapitel 4 des IAFP, nach einer generellen Übersicht sowie den lang- und mittelfristigen Zielen dargestellt und kommentiert. Der IAFP enthält weiter die flächendeckende Darstellung der Produktegruppenbudgets, das detaillierte Investitionsprogramm und das Controlling der Legislaturplanung. Im IAFP werden alle notwendigen Erläuterungen direkt bei den entsprechenden Inhalten gemacht, deshalb wird hier nicht auf die Details eingegangen. Um das Dokument im Umfang einzuschränken wurden ergänzende Informationen (Finanzkennzahlen, Bestände der Spezialfinanzierungen sowie die Detailzahlen zu den einzelnen Produktegruppen) in den Anhang ausgelagert.

3. Finanzhaushalt

Die Gemeinde Köniz befindet sich zurzeit finanziell in einer angespannten Lage. Die Gemeinde hat in den vergangenen Jahren in der Erfolgsrechnung Defizite geschrieben. Gleichzeitig besteht in der Gemeinde Köniz ein grosser Investitionsbedarf, insbesondere für die Erweiterung und Sanierung von Schulanlagen. Diese Investitionen müssen grösstenteils mit neuen Schulden finanziert werden.

4. Finanzplan

Der IAFP 2020 wurde im Frühjahr 2019 zusammen mit den Abteilungen erstellt. Die Berechnungsgrundlagen wurden soweit nötig aktualisiert. Dieser Finanzplan ist im IAFP in Kapitel 4.1 dargestellt. Wesentliche Einflüsse auf das Ergebnis des Finanzplanes haben neben den konjunkturellen Parametern folgende Faktoren:

a) Finanzstrategie 2018 – 2021

Im Juni 2018 verabschiedete der Gemeinderat die neue Finanzstrategie 2018 – 2021 mit folgenden strategischen Zielen:

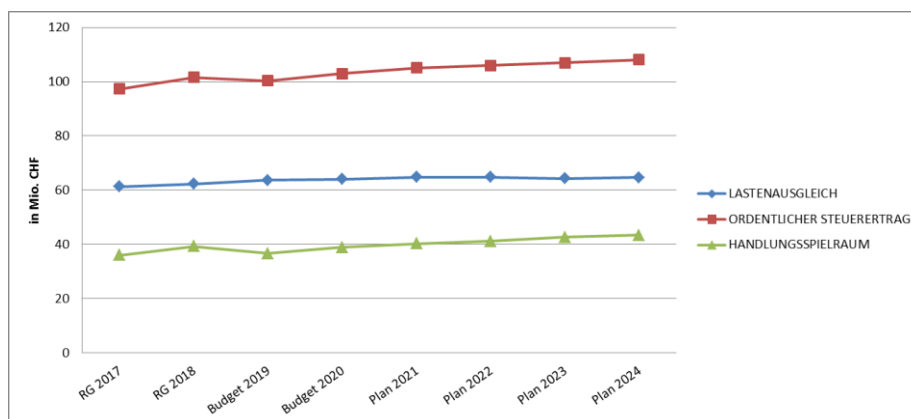
- 2.1. Köniz weist jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung aus
- 2.2 Die anstehenden Investitionen werden realisiert
- 2.3 Die Steuerertragskraft wird erhöht

Zur Erreichung dieser Ziele hat der Gemeinderat diverse Massnahmen wie die Kostenreduktion im Budgetprozess, die Aufgabenüberprüfung, die Kostenbremse sowie die den Antrag auf Steuererhöhung 2020, beschlossen. Diese sind im IAFP 2020 auf Seite 6 sowie auf Seite 19 aufgeführt.

b) Finanzieller Handlungsspielraum

Die hohe Investitionstätigkeit und die tiefe Selbstfinanzierung liegen primär im Einflussbereich der Gemeinde. Sämtliche Lastenausgleichs-Systeme steigen ungleich stark an. Gesamthaft beträgt der Anstieg von 2019 – 2024 rund CHF 6 Mio. Einzig der Finanzausgleich (Disparitätenabbau) ist rückläufig (2019 – 2024 rund CHF 5 Mio.), da sich der harmonisierte Steuerertrags-Index (HEI) der Gemeinde Köniz im Verhältnis zum mittleren HEI des gesamten Kantons stetig reduziert. Dies bedeutet, dass die Steuerkraft der Gemeinde Köniz in den kommenden Jahren (bis 2023) sinken wird, aufgrund des FILAG Berechnungsmoduls „Finanzplanhilfe“. Die Gesamtbelastung aller FILAG-Systeme verändert sich somit in der Zeitspanne von 2019 – 2024 um lediglich rund CHF 1 Mio. oder 1,6 %. Dennoch erwartet die Gemeinde in den kommenden Jahren (nebst der Steuererhöhung) ein Wachstum bei den Steuererträgen.

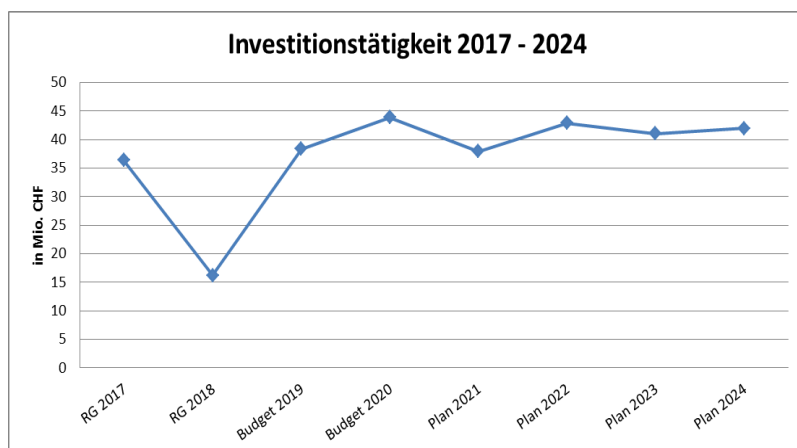
Somit verändert sich der Handlungsspielraum von 2017 – 2024 in der Gemeinde Köniz (Steuerertrag abzüglich Lastenausgleich / FILAG) positiv von CHF 36 Mio. auf CHF 43 Mio.



Grafik: Entwicklung Handlungsspielraum 2017 – 2024

c) Hoher Investitionsbedarf

Die gesamten Nettoinvestitionen (allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt) und Spezialfinanzierungen) bewegen sich im Zeitraum von 2017 – 2024 zwischen CHF 16,2 Mio. und CHF 43,9 Mio. und können grafisch wie folgt dargestellt werden:



Grafik: Entwicklung Nettoinvestitionen 2017 – 2024

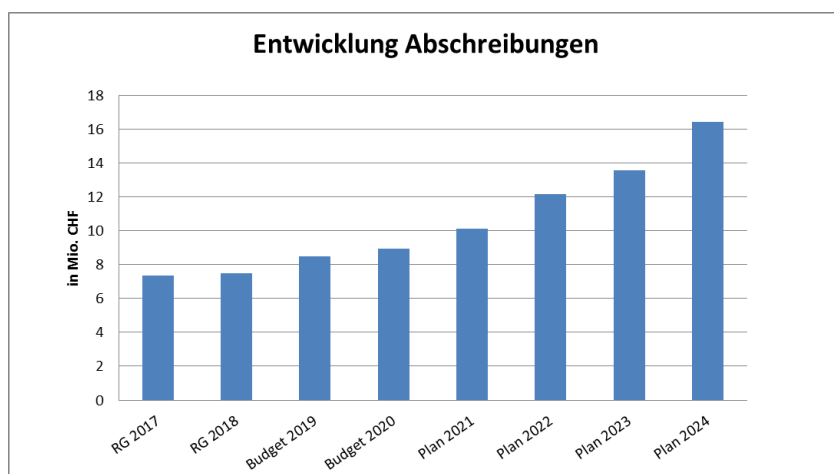
Insbesondere folgende grosse Investitionen sind im Investitionsprogramm (siehe Kapitel 6 im IAFP) enthalten:

- Neue Schul- und Sportanlage Ried ab 2019 für rund CHF 21,3 Mio.
- Gesamtanierung Schulhaus Spiegel ab 2019 für rund CHF 19 Mio.
- Schloss Köniz, weitere Etappen ab 2019 für rund CHF 17 Mio.
- Wabern Schulanlage Morillon, diverse Sanierungen ab 2020 für rund CHF 16 Mio.
- Neue Schulanlage Kleinwabern ab 2024 für rund CHF 12,9 Mio.
- Wabern, L9 Tramlinienerlängerung ab 2020 für rund CHF 7,5 Mio.
- Schliern Blimo, Aula-/Klassentrakte, Gesamtan. ab 2020 für rund CHF 7,3 Mio.

Der ausgewiesene Bedarf an zusätzlichem Schulraum führt zur Häufung der anstehenden Grossprojekte in den vorliegenden Planjahren resp. zu einem hohen Investitionsbedarf. Abschreibungen und Zinskosten sind auf den geplanten Investitionen berechnet.

Die Aktivierungsgrenze wurde zudem vom Gemeinderat ab 2019 von CHF 50'000 auf CHF 100'000 angehoben. Somit werden ab dem Rechnungsjahr 2019 nur noch Investitionen, die mehr als CHF 100'000 betragen, der Investitionsrechnung belastet. Kleinere Investitionssummen gehen zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Aufgrund des weiterhin hohen Investitionsbedarfs steigen auch die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen gemäss HRM2 über die Jahre 2017-2024 wie folgt an:



Grafik: Entwicklung Abschreibungen 2017 – 2024

d) Zusammenfassung Finanzplan

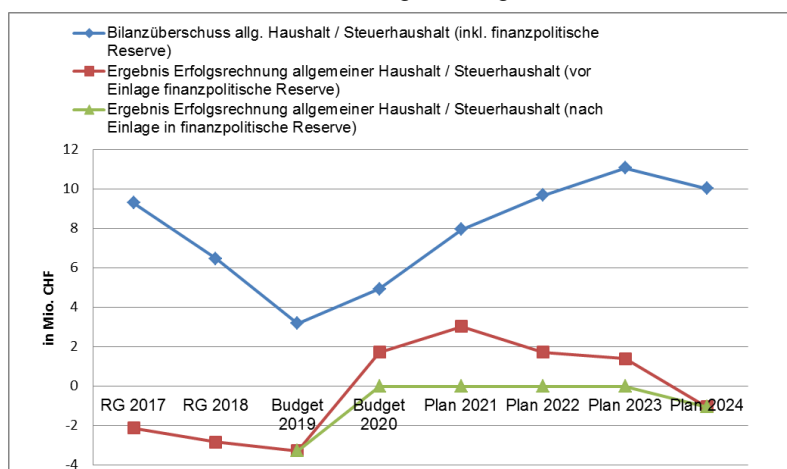
Mit der Steueranlage von 1.54 ab 2020 entwickelt sich das jährliche Gesamtergebnis allgemeiner Haushalt (Steuerhaushalt) der Erfolgsrechnung und der Bilanzüberschuss (Eigenkapital) wie folgt:

Zusammenfassung gestufter Erfolgsausweis in CHF	RG 2017	RG 2018	Budget 2019	Budget 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-3'445'234	-2'446'925	-5'302'914	57'428	-755'325	-1'820'492	-1'958'550	-4'749'193
Ergebnis aus Finanzierung	1'743'832	3'200'864	2'751'050	3'071'090	2'798'000	2'806'546	2'661'143	2'424'864
Ausserordentliches Ergebnis	-177'703	-3'018'875	-2'563'238	-3'289'578	1'604'333	1'196'222	968'126	1'200'046
Gesamtergebnis	-1'879'106	-2'264'937	-5'115'102	-161'060	3'647'008	2'182'276	1'670'719	-1'124'283
Ergebnis Spezialfinanzierungen (./.)	248'578	562'391	-1'840'752	-161'060	623'975	449'485	279'861	-81'506
Gesamtergebnis allgemeiner Haushalt / Steuerhaushalt	-2'127'684	-2'827'327	-3'274'350	0	3'023'033	1'732'791	1'390'858	-1'042'777
Total Aufwand	214'166'961	219'268'866	228'122'500	226'823'032	230'182'248	234'076'741	236'843'954	241'717'365
Total Ertrag	212'287'855	217'003'929	223'007'398	226'661'972	233'829'256	236'259'017	238'514'673	240'593'082
Gesamtergebnis	-1'879'106	-2'264'937	-5'115'102	-161'060	3'647'008	2'182'276	1'670'719	-1'124'283
Finanzierung Gesamthaushalt	RG 2017	RG 2018	Budget 2019	Budget 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Selbstfinanzierung	8'651'188	11'755'333	10'730'744	15'250'318	15'436'275	16'406'954	17'542'893	17'359'971
Nettoinvestitionen	38'368'341	16'186'480	38'339'000	43'912'000	37'940'000	42'875'000	41'060'000	41'980'000
Finanz.überschuss (+) / -fehlbetrag (-) nach HRM2	-27'715'153	-4'431'147	-27'608'256	-28'661'682	-22'503'725	-26'468'346	-23'517'307	-24'620'029
Wichtige Kennzahlen	RG 2017	RG 2018	Budget 2019	Budget 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Kurz- und langfristige Verbindlichkeiten	274'000'000	299'000'000	326'608'256	355'649'938	377'773'663	404'242'010	427'759'316	452'379'345
Fremdkapital	300'734'494	325'434'573	352'702'829	381'214'511	403'648'237	430'046'584	453'493'890	478'043'919
Nettoschuld (Fremdkapital - Finanzvermögen)	82'372'946	86'565'872	113'834'128	142'345'810	164'779'536	191'177'883	214'625'189	239'175'218
Verwaltungsvermögen	156'712'339	165'409'351	195'261'251	230'240'251	258'055'451	288'778'651	316'267'351	341'831'851
Bilanzüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	9'288'618	6'461'290	3'186'940	4'918'978	7'942'010	9'674'799	11'065'657	10'022'881
Gemeindesteueranlage	1.49	1.49	1.49	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54

Tabelle: Zusammenzug gestufter Erfolgsausweis 2017 – 2024

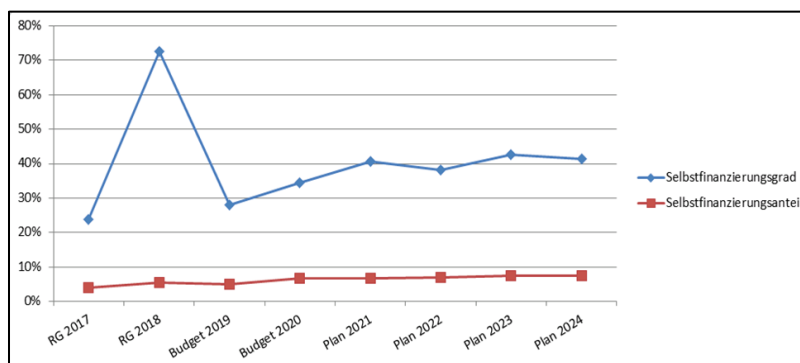
Aufgrund der Umsetzung der Aufgabenüberprüfung, der Kostenbremse im Personal- und Sachaufwand und der Steuererhöhung kann in den kommenden Jahren 2021 – 2023 wieder ein Ertragsüberschuss erzielt werden. Diese Überschüsse müssen aufgrund der tiefen Selbstfinanzierung in die finanzpolitische Reserve eingelegt werden. Der Rückgang des Bilanzüberschusses kann somit für den Moment gestoppt werden. Das Defizit im Jahr 2024 entspricht 0,4 % des Budget-Umsatzes und kann infolge der langfristigen Prognose-Unsicherheiten relativiert werden. Die Finanzierungsfehlbeträge führen zu einem weiteren Anwachsen der kurz-, mittel- und langfristigen Schulden auf rund CHF 453 Mio.

Grafisch lässt sich die Entwicklung wie folgt darstellen:



Grafik: Entwicklung Erfolgsrechnung, Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserve 2017 – 2024

5. Selbstfinanzierung



Grafik: Selbstfinanzierungsgrad und Selbstfinanzierungsanteil 2017 – 2024

Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt, in welchem Ausmass die Nettoinvestitionen durch selbsterwirtschaftete Mittel finanziert werden können. Der Selbstfinanzierungsanteil spiegelt die Finanzkraft der Gemeinde wieder, d. h. welcher Anteil des Ertrages zur Finanzierung der Investitionen aufgewendet werden kann.

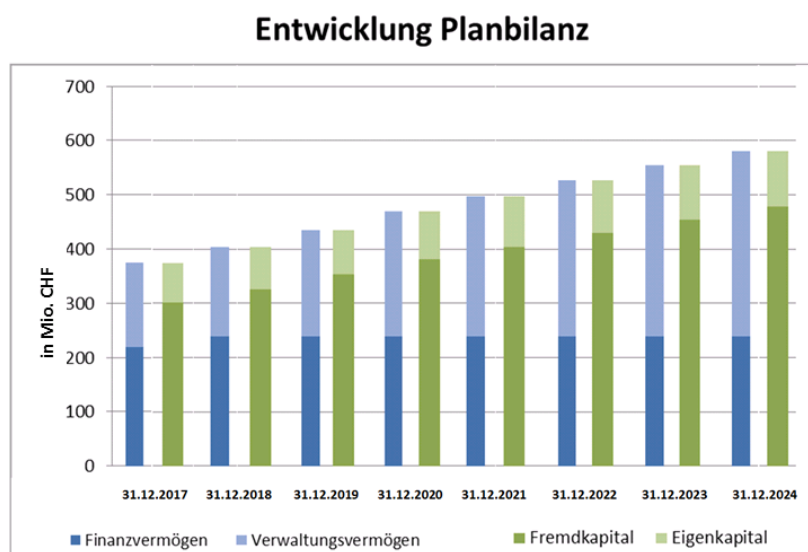
Beide Kennzahlen weisen aufgrund der hohen Investitionen sehr tiefe Werte aus und zeigen, dass die Investitionen mehrheitlich durch die Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden müssen.

6. Planbilanz

Die Entwicklung der Planbilanz zeigt auf, dass das Finanzvermögen konstant bleibt. Das Verwaltungsvermögen steigt infolge der grossen Investitionstätigkeit sowie der Abschreibungspraxis nach HRM2 (Abschreibungen der Anlagentypen wie Hochbau, Tiefbau, Mobilien etc. nach Nutzungsdauer) um rund CHF 185 Mio. an.

Über die Jahre 2017 – 2024 sollen CHF 298 Mio. investiert werden. Dies ergibt ein Jahresdurchschnitt von rund CHF 37,3 Mio. Die durchschnittliche Selbstfinanzierung beläuft sich auf rund CHF 14,1 Mio. Dies ergibt eine Erhöhung des Fremdkapitals / Schuldzunahme von CHF 300 Mio. auf neu CHF 478 Mio. Das Eigenkapital Gesamttotal entwickelt sich von CHF 74 Mio. auf neu CHF 102 Mio. Dabei ist ersichtlich, dass sich die Spezialfinanzierungen positiv entwickeln. Der Bilanzüberschuss (inkl. finanzpolitische Reserve) verändert sich zwischen dem Jahr 2017 von CHF 9,29 Mio. und dem Jahr 2024 auf CHF 10,02 Mio.

Die Planbilanz lässt sich grafisch wie folgt darstellen:



Der Verschuldung (Fremdkapital) stehen entsprechende Vermögenswerte (Finanz + Verwaltungsvermögen, vorwiegend Immobilien) gegenüber.

7. Controlling Legislaturplan 2018 – 2021

7.1 Controlling-System

Das Controlling des Legislaturplans wird vom Gemeinderat jährlich durchgeführt und als integraler Teil des IAFP dem Parlament vorgelegt. Im 2018 wurde auf das Controlling verzichtet, da der aktuelle Legislaturplan 2018-2021 erst im Juli 2018 verabschiedet wurde. Im 2019 wurde das Controlling auf das erste Halbjahr vorverschoben, da der IAFP gemäss Reglement dem Parlament zusammen mit dem Budget (2019 an der September-Parlamentssitzung) zur Kenntnis gebracht wird.

Das angewandte „Ampelsystem“ erlaubt eine Gesamtübersicht zum Stand der Umsetzung des Legislaturplans. Neu erfolgt das Controlling ausschliesslich auf Ebene der zur Messung der Legislaturziele festgelegten Indikatoren:

- **Grün:** auf Kurs/erreicht
- **Orange:** Abweichungen mit Aussicht auf Korrektur/teilweise erreicht
- **Rot:** Grosse Abweichungen/nicht erreicht

Das Controlling wurde auf zwei Ebenen durchgeführt:

- a) Operatives Controlling in den Abteilungen: Die jeweils federführende Abteilung hat anhand der definierten Indikatoren den Zielerreichungsgrad jedes Legislaturziels geprüft und ergänzende Kommentare mit Details zu den einzelnen Massnahmen/Indikatoren in der beigelegten Controlling-Tabelle eingefügt.
- b) Strategisches Controlling im Gemeinderat: An einer Klausur vom 22. Mai 2019 hat der Gemeinderat für jedes Ziel den Zielerreichungsgrad (grün/orange/rot) festgelegt sowie die ergänzenden Kommentare angepasst und bereinigt. Dabei hat er insbesondere die Ziele mit orangen oder roten Indikatoren diskutiert und wo nötig zusätzliche Massnahmen beschlossen bzw. Aufträge an die hierfür zuständigen Abteilungen erteilt.

7.2 Die Resultate, Stand 1. Juni 2019

Das Controlling des Legislaturplans 2018-2021 weist (Stand 1. Juni 2019) folgende Resultate aus:

- Von den total 99 Indikatoren sind 64 auf Kurs oder bereits erreicht
- Bei 27 Indikatoren gibt es Abweichungen mit Aussicht auf Korrektur. Der Gemeinderat geht davon aus, dass diese Ziele - trotz Abweichungen oder Verzögerungen - bis zum Ende der Legislaturperiode 2018-2021 erreicht werden.
- 8 Indikatoren können nach Einschätzung des Gemeinderats nicht erreicht werden.

	Anzahl	Prozentsatz
auf Kurs/erreicht	64	65%
Abweichungen mit Aussicht auf Korrektur/teilweise erreicht	27	27%
grosse Abweichungen/nicht erreicht	8	8%

Tabelle Überblick Indikatoren LP 2018-21: Stand 1. Juni 2019

7.3 Auswertung und Kommentar des Gemeinderats

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Gemeinderat mit seinen Legislaturzielen mehrheitlich auf Kurs ist.

Grössere Abweichungen gibt es insbesondere beim Schwerpunkt 2 „Gemeindefinanzen sind im Lot“ bei den Legislaturzielen 2.1 (Budget und Rechnung sind jährlich ausgeglichen) und 2.3 (Erhöhung der Steuerertragskraft). Mit der Durchführung der Aufgabenüberprüfung mit jährlichen Einsparungen in der Höhe von ca. CHF 2.5 Mio. und dem Antrag zur Erhöhung des Steuersatzes um 0.5 Prozentpunkte für das Budget 2020 hat der Gemeinderat reagiert und Massnahmen beschlossen, um den Gemeindehaushalt mittelfristig wieder ins Lot zu bringen. Damit hat der Gemeinderat auch die Grundlagen geschaffen, die notwendigen Investitionen insbesondere zur Erneuerung und zum Ausbau der Schulanlagen zu realisieren.

Bei einigen Arealentwicklungen (Legislaturziel 3.1) war die Zeitplanung zu optimistisch: Beim Rappentöri, dem 2000 Watt Areal Liebefeld Mitte und dem Papillon (Weiler und Baufeld F) gibt es Verzögerungen, da sich die Verfahren aus diversen Gründen komplizierter gestalten als ursprünglich angenommen. Trotz diesen zeitlichen Verzögerungen ist die Realisierung grundsätzlich bei keinem dieser Projekte in Frage gestellt.

Gewisse Verzögerungen gibt es auch bei der Realisierung von Massnahmen aus dem Alterskonzept (Legislaturziele 3.2, 6.1 und 6.2) sowie Massnahmen zur Aufwertung von Freiräumen (Legislaturziel 3.3.). Dies hängt u.a. mit personellen Engpässen bzw. der nicht-Besetzung von Stellen aufgrund der laufenden Aufgabenüberprüfung zusammen.

Der Grossteil der vom Gemeinderat im Legislaturplan festgelegten Massnahmen wurde initiiert bzw. ist auf Kurs. Auf Kurs und damit auf „grün“ sind z.B. die Einführung der 10 Jahres- Investitionsplanung, die weitere Äufnung der Zinsschwankungsreserve, die Einweihung der Allmend Papillon in Niederwangen, die Planung der Ganztageschule Wabern, die Erneuerung des Spielplatzes Villa Bernau, die Erarbeitung des Biodiversitätskonzepts, der Abschluss der Leistungsverträge mit dem Verein Kulturhof Schloss Köniz, die Weiterentwicklung des Areals Juch-Hallmatt, der Austausch mit Könizer Unternehmen am jährlichen Wirtschaftsapéro, die Aktualisierung des Integrationskonzepts für die Könizer Schulen, die Angebote für Migrantinnen und Migranten, der Ausbau des Langsamverkehrs mit dem genehmigten Konzept und Kredit „Fuss-Velo Köniz“ durch das Parlament sowie der Umsetzung erster Massnahmen, die Digitalisierung der Verwaltung mit neuen digitalen Dienstleistungen sowie der Ausbau der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit mit konkreten Projekten zur Verbesserung der Dienstleistungen für die Könizer Unternehmen und BürgerInnen. All diese Massnahmen tragen dazu bei, dass sich die Gemeinde Köniz - trotz des schwierigen finanziellen Umfeldes - als attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde weiterentwickelt und auch für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Die Details zu den einzelnen Legislaturzweilen, Massnahmen und Indikatoren können der Controlling-Tabelle im IAFP (Kapitel 7) entnommen werden:

8. Genehmigungsprozess

Gemäss IAFP-Reglement (Art. 1) beschliesst der Gemeinderat den IAFP und legt ihn dem Parlament zur Kenntnisnahme vor. In Anwendung von Art. 64 des Geschäftsreglements des Parlaments kann das Parlament vom IAFP zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2020.

Köniz, 3. Juli 2019

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) IAFP 2020 mit Anhang

Diskussion

Finanzkommission Casimir von Arx, GLP: Die Finanzkommission begleitet die Erarbeitung des IAFP und des Budgets. Zudem war sie bei der Zusammenstellung der Aufgabenüberprüfung und bei der Definition der Kostenbremse beteiligt. Dieses Jahr fanden bisher acht Sitzungen statt.

Der IAFP liegt heute zusammen mit dem Budget vor. Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat, dass das dieses Jahr so umgesetzt wurde, wie es im IAFP-Reglement festgelegt ist. Der Finanzkom-

mission ist bewusst, dass in einem Jahr, in dem eine Steuererhöhung beantragt wird, die Termine eng sind. Ein anderer Termin konnte jedoch nicht eingehalten werden: Gemäss IAFP-Reglement Artikel 10 berichtet der Gemeinderat zusammen mit dem IAFP und dem Budget, wie die im laufenden Jahr eingereichten Planungsbeschlüsse umgesetzt werden. Dieses Jahr, am 24. Juni, hat das Parlament den Planungsbeschluss «Umverteilung in der beruflichen Vorsorge stoppen» überwiesen. Über die Umsetzung des Planungsbeschlusses wird der Gemeinderat im Herbst entscheiden. Der Planungsbeschluss verlangt erst Änderungen ab dem Jahr 2021. Es ist somit möglich, dass er auf das Rechnungsjahr 2020 keine Auswirkung hat. Für die Folgejahre könnte er jedoch sehr wohl Auswirkungen haben, je nachdem, wie der Gemeinderat ihn umsetzt. Die Kenntnisnahme des IAFP und den Beschluss über das Budget muss das Parlament heute ohne diese Information fällen.

Für eine andere Information hat es aber noch gereicht: Jeweils im Juli aktualisiert der Kanton seine Finanzplanungshilfe für die Gemeinden. Mit dieser können die Planwerte für den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) auf den neusten Stand gebracht werden. Aus terminlichen Gründen konnten diese neuen Zahlen nicht mehr in die Budget- und IAFP-Dokumentation übernommen werden. Ihr findet sie stattdessen auf Seite 13 und 14 im Parlamentsantrag zum Budget. Es handelt sich hierbei um Planwerte, die sich noch ändern können – zum Besseren wie zum Schlechteren.

Leider verschlechtern die neuen Zahlen die Perspektive, und zwar um ca. CHF 0.5 Mio. im Jahr 2020 und um ca. CHF 1 bis 2.5 Mio. in den Jahren 2021 bis 2024. Gemäss den aktualisierten Zahlen resultieren, auch mit Steuererhöhung, ab dem Jahr 2022 Defizite in der Erfolgsrechnung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im IAFP in jedem Jahr die Einlage in die Zinsschwankungsreserve eingerechnet ist. Diese beläuft sich auf ca. CHF 1 Mio. Das Geld ist nicht weg und die Einlage ist letztlich freiwillig. Das Parlament hat also bei der Verabschiedung der Budgets in den nächsten Jahren einen gewissen Spielraum, um – falls die Zahlen dann immer noch so aussehen – ein Defizit in der Erfolgsrechnung zu reduzieren, indem es auf die Einlage in die Zinsschwankungsreserve verzichtet. Gemäss den aktualisierten Zahlen dürfte diese Massnahme allein im Jahr 2024 aber nicht mehr reichen, um ein Defizit zu verhindern.

Das Jahr 2024 ist kein Ausreisser. Es werden in dieser Zeit mehrere Schulhausprojekte fertig. Danach beginnt die Abschreibung. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen steigen von 2023 auf 2024 um knapp CHF 3 Mio. Die Abschreibung von Schulhäusern dauert 25 Jahre. Hier wird es also zusätzliche Massnahmen brauchen, falls sich die Planzahlen bewahrheiten.

Prognosen sind bekanntlich schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. So ist es auch bei der Entwicklung der Liegenschaftssteuer. Der Grosse Rat hat angeordnet, dass die amtlichen Werte Neubewertet werden. Als Folge dieser Neubewertung rechnet die Gemeinde Köniz mit Mehreinnahmen von CHF 3 Mio. bei der Liegenschaftssteuer ab 2020 und von CHF 1 Mio. bei der Vermögenssteuer ab 2021. Diese Beträge sind im IAFP und im Budget eingerechnet. Das Bundesgericht hat nun in Folge einer Beschwerde festgestellt, dass der Beschluss des Grossen Rates wegen Verletzung der Gewaltenteilung bundesrechtswidrig ist. Für Köniz heisst das: Es ist nicht damit zu rechnen, dass erwähnten Mehreinnahmen nächstes Jahr eingehen.

In einer anderen Angelegenheit hat auch die Gemeinde Köniz mehrmals Beschwerde geführt, und zwar gegen die Abgeltung des Kantons für die KESB-Aufwendungen der Gemeinde. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat die jüngste Beschwerde grösstenteils gutgeheissen. Es darf damit gerechnet werden, dass die Gemeinde in nächster Zeit eine einmalige Nachzahlung für ihre KESB-Aufwendungen rückwirkend bis 2013 erhält und dann wiederkehrend höhere Abgeltungen für die Zukunft. Diese Mittel sind im IAFP noch nicht eingerechnet. Das heisst, der IAFP ist in diesem Punkt konservativ. Der Gemeinderat rechnet nicht damit, dass das Geld bereits nächstes Jahr eintrifft. Die Finanzkommission hat sich auch mit dem sogenannten Controlling des Legislaturplans, Schwerpunkt 2, «Gemeindefinanzen im Lot», befasst. Der Gemeinderat hat sich darin drei Ziele gesetzt:

1. Köniz weist jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung aus.
2. Die anstehenden Investitionen werden realisiert.
3. Die Steuerertragskraft wird erhöht.

Bei den Investitionen ist der Gemeinderat auf Kurs. Hingegen konnte für das Jahr 2019 kein ausgeglichenes Budget verabschiedet werden. Dieser Entscheid lag jedoch in der Kompetenz des Parlaments. Bei der Erhöhung der Steuerertragskraft sieht es bisher nicht gut aus. Die vom Gemeinderat letztes Jahr gewünschte Steuererhöhung konnte nicht umgesetzt werden. Wie wir alle wissen, beantragt, der Gemeinderat diese Massnahme im nächsten Traktandum erneut. Um die Erhöhung der Steuerertragskraft zu messen, verwendet der Gemeinderat das Steuersubstrat der natürlichen und der juristischen Personen als Indikator. Er möchte, dass das Steuersubstrat ansteigt. Ihr findet das auf Seite 81

in der IAFP-Beilage. Die Kommentare zu den Indikatoren 2.3.1 b) und c) sind etwas verwirrt: Die dort erwähnte Steuererhöhung führt zwar zu mehr Steuerertrag, aber nicht zu mehr Steuersubstrat. Das Steuersubstrat ist das, was man steuerlich abschöpfen kann. Der Steuerertrag ist das, was man tatsächlich abschöpft. Mit einer Erhöhung des Steuersubstrats sollte demnach gemeint sein, dass zusätzliche Steuerzahler akquiriert werden oder dass bestehende Steuerzahler bleiben und ihr Steuersubstrat steigt. Der Gemeinderat hat die Finanzkommission informiert, dass er sich vor allem für die Bestandespflege engagiert. Für Massnahmen zur direkten Akquisition neuer Steuerzahler würden die Ressourcen nicht ausreichen.

Die Finanzkommission hat den IAFP wie folgt zur Kenntnis genommen: 3 zustimmend, 3 teilweise zustimmend, 1 ablehnend. Die Finanzkommission drückt damit eine Gesamtwürdigung des IAFP und der darin aufgezeigten finanziellen Perspektive für die Gemeinde Köniz aus. Die Finanzkommission hat also nicht nur eine formale Bewertung vorgenommen. Formal ist der IAFP aus Sicht der Finanzkommission in Ordnung.

GPK-Referentin Vanda Descombes, SP: Die Stellungnahme zu Kapitel 7 des IAFP 2020, Controlling der Legislaturplanung, obliegt der GPK. Bevor wir in einige Details hineingehen, möchte ich dem Gemeinderat unseren Dank für das Gespräch und für das gute und übersichtliche Instrument aussprechen, welches aufzeigt, wie der Stand der Zielerreichung nach knapp zwei Jahren ist.

Vor einem Jahr haben wir anlässlich der Diskussion um den Legislaturplan 2018-2021 festgehalten, dass einige Massnahmen recht bescheiden und wenig ambitioniert sind. Auch waren wir der Meinung, dass die Flughöhe der Indikatoren und Massnahmen recht unterschiedlich sind. Das gilt nach wie vor. Vor diesem Hintergrund erscheint uns der Zielerreichungsgrad grün von 65% als bescheiden. Wenn man beispielsweise im IAFP 2017 schaut, war der Wert bei 85%. Wir hoffen sehr, dass die heute orange eingefärbten Ziele, nämlich 27%, bis Ende Legislatur noch erreicht werden können.

Die GPK hat dem Gemeinderat im Rahmen der Prüfung des Controllings einige Fragen zu einzelnen Massnahmen gestellt, welche mehrheitlich gut beantwortet worden sind. Ich kann hier nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, sondern greife einfach einige Punkte heraus: Ein wichtiger Grund dafür, dass ein Ziel noch nicht erreicht worden ist, sind Verzögerungen in Projekten aufgrund von Einsprachen und Vorbehalten. Das betrifft zum Beispiel das Rappentöri und zwar den Sulgenbach, welcher wegen des Rappentöris vorerst noch blockiert ist. Ein weiteres Beispiel ist die Überbauungsordnung Weiler im Ried, wo die Volksabstimmung wegen Genehmigungsvorbehalten vorwiegend von Seitens der Denkmalpflege noch nicht im Jahr 2019 durchgeführt werden kann. Dann das 2000-Watt-Areal im Papillon: Hier liegt eine Einsprache der Grundeigentümerschaft vor, mit dem Ziel, die Etappierung aufzuheben. Diese Einsprache soll aber zurückgezogen werden, sobald das Baufeld B baubewilligt ist.

Ein zweiter wichtiger Grund, warum die Ziele nicht erreicht werden können, sind personelle Ressourcen: Es gibt gewisse Projekte, welche erst in der zweiten Legislaturhälfte angepackt werden, wie zum Beispiel das Freiraumkonzept, Umfeldanalyse und Mitarbeiterbefragungen. Ich gehe nun nicht weiter in die Details, ihr könnt bei euren GPK-Referenten nachfragen, wenn ihr noch etwas mehr wissen wollt. Die GPK nimmt vom IAFP 2020 einstimmig teilweise zustimmend Kenntnis.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Reto Zbinden, SVP: Auch die SVP-Fraktion dankt für den ausführlichen, gut lesbaren und interessanten IAFP. Es ist ein gutes und informatives Dokument, welches dem Parlament den Einblick in die finanzielle Lage der Gemeinde ermöglicht. Wie auch schon in den vergangenen Jahren, sind wir mit dem Dokument formell zufrieden und haben hier auch nichts einzuwenden. Etwas anders sieht es inhaltlich aus: Wir sind nicht in allen Punkten mit dem Gemeinderat einverstanden. Positiv zu werten sind die Anstrengungen zur Kostensenkung, welche der Gemeinderat in vielen, aber leider nicht in allen Bereichen unternommen hat. Endlich haben wir eine Aufgabenüberprüfung durchgeführt, welche diesen Namen auch verdient und die Finanzkommission sowie das Parlament wurden einbezogen. Für diese gute Arbeit danken wir dem Gemeinderat.

Dass dies aber noch nicht ausreicht, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, zeigt auch der IAFP 2020. Eindrücklich ist beispielsweise auf Seite 7 die Entwicklung der Investitionstätigkeit und daraus folgend die Entwicklung der Abschreibungen. Die Investitionskosten sind nur eine Seite, die daraus folgenden Abschreibungen belasten langanhaltend. Casimir von Arx hat dies in seinem Votum vollumfänglich erläutert. Das zeigt sich beispielsweise auch in der Schuldenzunahme. Man sieht dies auf Seite 8 oder auf Seite 16 des IAFP. Investitionen sind notwendig, die Frage, wie hoch diese sein sollen, wird viel diskutiert. Man könnte die Frage aber auch anders herum stellen: Was bekommen wir

denn für das investierte Geld? Bekommen wird denselben oder einen ähnlichen Nutzen auch preiswerter? Diese Frage stellt sich der Gemeinderat und auch die Verwaltung unserer Meinung nach noch etwas zu wenig. Die Aufgabenüberprüfung, welche sich in der Umsetzung befindet, die geplante Steuererhöhung und die installierte Kostenbremse sind einige Schritte in die richtige Richtung. Wir sind aber erst am Anfang einer steilen Bergtour. Es müssen wirklich alle Könizer Politiker und alle Mitarbeiter in der Verwaltung erwachen und es muss ihnen klar werden, dass die Kosten nicht weiter ansteigen dürfen. Insbesondere bei den Bauprojekten sind unsere Apelle in den vergangenen Jahren schlicht ignoriert worden. Wir kommen dann beim Traktandum Schulhaus Schliern noch einmal darauf zurück. Genau solche Projekte, bei welchen es den Gemeinderat und die Verwaltung scheinbar nicht interessiert, welche Beträge im IAFP eingestellt worden waren, lassen uns etwas zweifeln, dass alle den Ernst der Lage verstanden haben. Wie gesagt, wir sind erst am Anfang einer steilen Tour und wir müssen Wanderschuhe anziehen und diese dann auch binden, damit wir diesen Aufstieg schaffen. So, dass wir dann vielleicht irgendwann einmal auch einen gemütlicheren Abstieg in Angriff nehmen können.

Uns ist klar, dass es sich beim IAFP um ein Planungsinstrument handelt, welches in die Zukunft schaut und mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Und klar ist auch, dass dieser je weiter er in die Zukunft schaut, umso ungenauer wird. Es können sich gesetzliche Bestimmungen ändern, bei den Ausgleichszahlungen kann sich immer viel ändern, die Teuerung ist nicht alle Jahre gleich und darum können wir den IAFP nicht als verbindlich betrachten. Trotzdem erwarten wir gerade bei Investitionen in Bauprojekte, dass die Genauigkeit von Jahr zu Jahr besser wird und dass zum Beispiel Projekte, welche im IAFP 2020 eingestellt sind, nicht ohne nachvollziehbare Begründung Mehrkosten verursachen. Das sind wir unseren Steuerzahlern schuldig. Eventuell im nächsten Jahr noch mehr, als heute schon.

Ich verweise noch auf einige Zahlen und Angaben, welche mein kritisches Votum unterstreichen: Die Schule Schliern, habe ich bereits erwähnt, das ist wieder einmal ein Projekt, bei welchem der Kostenvoranschlag im Antrag deutlich höher ist, als im IAFP eingestellt war. Ich habe bereits im letztjährigen Votum auf diverse solche Projekte hingewiesen. Weiter fiel mir der Anstieg der Personalkosten auf, ihr findet dies auf Seite 11 unter Punkt 4.2. Dieser Anstieg muss ja nicht per se schlecht sein, denn wenn man vermehrt Aufgaben intern erledigen kann, anstatt auswärts Kosten zu verursachen, dann ist dies für uns in Ordnung. Wenn man aber einfach mehr Bürokratie schafft und vermehrt nicht zwingende Aufgaben übernimmt, dann wäre dies nicht in unserem Sinn. Wie schon im letzten Jahr festgestellt, ist auch in diesem Jahr der Anstieg im Lastenausgleich Sozialhilfe imposant. Die Sozialhilfe macht über 40% des ganzen FILAG aus - ihr seht dies auf Seite 15. Dann sorgen solche Fälle, wie jener, welcher am vergangenen Freitag in der BZ erwähnt worden war, bei uns schon etwas für Stirnrunzeln. Darum bitten wir den Gemeinderat, hier genau hinzuschauen und bei allen Aufgaben, Projekten und Tätigkeiten, seine Führungsverantwortung vollumfänglich zu übernehmen.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Budgetdebatte haben wir zwei Forderungen, welche man unbedingt erfüllen sollte: Wir wollen mehr Effektivität und Effektivität heisst, die richtigen Dinge zu tun. Wir brauchen Schulraum, wir brauchen Sportstätten für unsere Jugendlichen, Sportplätze, Turnhallen, Fussballplätze, Eisfelder, wir brauchen einen funktionierenden ÖV, Verkehrsflächen für Fussgänger, Velo, Autos und auch für den Schwerverkehr, eine vorbildliche Abfallentsorgung, sauberes Trinkwasser und auch gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Was wir nicht brauchen sind Doppelspurigkeiten, zum Beispiel mit dem Kanton. Was wir auch nicht brauchen, sind luxuriöse Bauprojekte. Weiter wollen wir mehr Effizienz: Effizienz heisst, die Dinge richtig zu tun. Richtig heisst in unserer Situation auch: Kostengünstig.

Die Verantwortung, dass der IAFP nicht besser aussieht, liegt nicht nur beim aktuellen Gemeinderat. Wir haben es schon vielfach gehört, der frühere Gemeinderat hat einen grossen Anteil daran. Jahrelang wurden Investitionen nicht gemacht und nach hinten verschoben und dafür konnte immer ein schön positiver Rechnungsabschluss präsentiert werden. Dafür büssen wir nun heute. Doch leider können wir heute Abend lediglich Kenntnis nehmen und nichts mehr daran verändern.

Aufgrund all meiner Voten, wir die SVP-Fraktion teilweise zustimmend vom IAFP 2020 Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecher Iris Widmer, Grüne: Auch die Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Vorlage. Es wird als übersichtlich und gut dargestellt gelobt. Wir finden trotz allem, dass es kein leichtes und einfach lesbares Dokument ist. Wir haben uns auch gefragt, warum der IAFP eigentlich immer separat kommt und nicht ein Teil des Budgets ist, wie dies beim Bund der Fall ist. Wir würden den Vorschlag machen, dass man dies in Zukunft einmal überdenkt.

Der IAFP gilt als Steuerungsinstrument. Er beinhaltet grob gesagt zwei Teile. Es ist eine Beschreibung der politischen Grosswetterlage und der Entwicklung innerhalb der Gemeinde, sowie ein Controlling. Man schaut also einerseits in die Zukunft und andererseits schaut man rückwärts. Die Steuerung durch die Planung ist allerdings ein stetiger Prozess, welcher jeden Tag Veränderungen ausgesetzt ist. Der Finanzkommissionssprecher hat es schon gesagt, wir haben hier lediglich eine Momentaufnahme und gewisse Punkte sind bereits wieder anders, als noch bei der Drucklegung. Mit anderen Worten: Sicherheit gibt der IAFP nicht. Wir erinnern hier an die Seite 13, an die CHF 3 Mio. zusätzlicher Ertrag aus den Liegenschaftssteuern, welche 2020 nicht erreicht werden können. Auch die FL-AG-Planzahlen sehen schlechter aus, als erhofft. Es kann aber auch sein, dass sich diese dann mal wieder bessern und die KESB-Rückzahlung lässt auch auf sich warten. Das alles wirkt sich nicht positiv auf das Budget 2020 aus und auch nicht positiv auf den Handlungsspielraum der Gemeinde. Eine umfassende und systematische Diskussion des Dokuments ist schlicht nicht möglich.

Die Grüne-Fraktion möchte lediglich einzelne Punkte herauspicken: Zu den Finanzkennzahlen auf Seite 20: Der Selbstfinanzierungsgrad ist tief, das ist nicht gut. Beim Selbstfinanzierungsgrad wird aber der allgemeine Steuerhaushalt mit der Spezialfinanzierung vermischt, das führt unseres Erachtens nicht zu einem korrekten Ergebnis. Wir finden, dies müsste man mal trennen und hätten für nächstes Jahr gerne die separaten Zahlen.

Dann die Entwicklung pro Produktgruppe, Seite 22, Ziffer 124, „Umweltschutz und Energie“ sowie Ziffer 126, „Ver- und Entsorgung“: Es ist ja schon interessant, wenn man die Zahlen auf dieser Tabelle studiert. Fast überall steigen die Planzahlen, doch ausgerechnet bei den Kernthemen der Zukunft sinken diese. Politisch ist dies unhaltbar, wir haben dies zuvor gehört.

Zu den Investitionen: Der Investitionsstau ist nach wie vor da. Im Jahr 2018 gab es beim Abbau des Investitionsstaus sogar einen Einbruch, das seht ihr in der Parlamentsvorlage auf Seite 12 in der Grafik. Grundsätzlich begrüßen wir das Investitionsprogramm und die Langsichtperspektive, wünschen uns aber auch, je näher ein Projekt kommt, etwas mehr Kostengenauigkeit. Und was uns wirklich fehlt, das ist eine Priorisierung nach Härtekriterien. Es kann nicht einfach sein, das wenn ein Projekt einmal im Investitionsprogramm ist, es dann einfach immer wieder jedes Jahr nach vorne rückt. Bei diesen engen finanziellen Verhältnissen braucht es klare Kriterien, welche Investitionen wir priorisieren. Investieren heisst, dass die Abschreibungen steigen. Die Grüne-Fraktion möchte hier betonen, dass die Abschreibungen nicht nur wegen der Schulhäuser und anderer Grossprojekte steigen, welche wir hier bauen, sondern auch wegen kleineren Sachen, welche der Gemeinderat selber entscheidet und welche wir hier gar nie zu sehen bekommen. Wir erinnern an die Diskussion an der letzten Sitzung, nämlich an die Goldrandsanierung des Stegenwegs. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er in dieser angespannten finanziellen Situation noch sorgsamer mit den Finanzen umgeht und keine weiteren Sanierungen à la Stegenweg mehr bewilligt.

Zum Controlling: Wir haben es von der GPK-Sprecherin bereits gehört, die gesteckten Ziele lassen sich relativ leicht erreichen. Sie sind nicht ambitiös und teilweise sind sie auch etwas schwammig. Das sehen wir zum Beispiel beim Schwerpunkt 1, bei den Massnahme „Ressourcenschonende Umsetzung von Mobilitätsbedarf“: Da sind lediglich zwei Massnahmen aus Fuss-Velo-Köniz, welche umgesetzt werden, das ist nicht wirklich ambitiös. Unseres Erachtens braucht es da mehr. Schwerpunkt 7.4 „Die Gemeinde handelt vorbildlich in den Bereichen Beschaffung“: Die „nachhaltige Beschaffung“ unter Ziffer 7.4.2 ist für uns Grüne ein zentrales Anliegen. Nach neuem Recht dürfen soziale und nachhaltige Kriterien in die Beurteilung hineinfließen und um dies effizient und sinnvoll umsetzen zu können, braucht es Wissen und Erfahrung. Unseres Erachtens wäre es hier sinnvoll und effizient, gemeindeübergreifend eine Stelle mit dieser Aufgabe zu betrauen. Damit könnte man dann auch gleich die lokale Wirtschaft fördern und unterstützen, wie dies auch der Schwerpunkt 4 vorsieht. Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts ist ja ein Thema, mit welchem wir uns heute Abend auch noch befassen werden. Punkte 4.1.2 und 4.1.3 sind auf orange, es besteht hier also klar ein Handlungsbedarf. Wir gehen davon aus, dass der Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft hier nicht zu einer Verbesserung führt, die Zufriedenheit der Könizer Firmen dadurch nicht gefördert wird und die Anzahl der Firmen in Köniz nicht zunehmen wird. Zum Schwerpunkt 5, Ziffer 5.1.2 b) möchten wir präzisieren: Die Spez. Sek. Lerbermatt hat keine Leistungsvereinbarung mit der Schulkommission. Dies möchten wir der Korrektheit halber hier festhalten. Dann Schwerpunkt 7.3 „Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit“: Hier wird in Ziffer 7.3.1 gelobt, wie gut wir zusammen arbeiten. Wir möchten hierzu festhalten, dass es vielleicht nicht ein so gutes Indiz ist, was hier aufgeführt wird. Es geht hier nämlich um die Zusammenarbeit bei Strassen, Velo-Raum und Buslinien. Das man hier nicht alleine vorgehen kann, ist allen klar - man muss zwangsläufig zusammenarbeiten. Unter Zusammenarbeit verstehen wir etwas anderes. Insgesamt nimmt die Grüne-Fraktion den IAFP darum teilweise zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionssprecher Casimir von Arx, glp: Das IAFP-Traktandum hat seinen besonderen Reiz darin, dass es so etwas ist, wie die Vorgruppe bei einem Konzert. Es herrscht noch gewisse Zurückhaltung, der Lautsprecher ist noch nicht voll aufgedreht, sondern dies geschieht dann erst bei der Hauptgruppe, also dem Budget.

Die Mitte-Fraktion nimmt den IAFP 2020 teilweise zustimmend zur Kenntnis. Bedingt durch das Wachstum und den Investitionsstau hat es die Gemeinde im Moment finanzpolitisch nicht so einfach. Das sieht man auch dem IAFP an: Trotz verschiedenen Massnahmen sind die Perspektiven nicht rosig. Auch wenn das Parlament und später die Stimmberechtigten diese Steuererhöhung annehmen, ist es finanzpolitisch nicht viel anders, als heute. Es ist nicht Zurücklehnen angesagt, im Gegenteil, wir werden weiter diszipliniert arbeiten müssen. Die neuesten FILAG-Zahlen, vom Finanzkommissionspräsidenten erwähnt, führen uns dies deutlich vor Augen. Wenn es so kommt, wie es im IAFP steht, wird es relativ rasch weitere Massnahmen brauchen. Es wird schon schwierig, um nur schon eine Erfolgsrechnung ausgeglichen zu halten. Schulden werden wir auch mit einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung nicht reduzieren können. Diese werden ansteigen. Vom Gemeinderat würden wir gerne wissen, ob er sich zu diesen raschen weiteren Massnahmen schon Gedanken gemacht hat.

Die letzte Aufgabenüberprüfung ist ja top-down gelaufen. Es gibt aber auch noch Verbesserungsmassnahmen, welche wir nur bottom-up finden, da die Gemeinderatsmitglieder diese nicht auf dem Gemeinderadar haben. Mit einem guten Ideenmanagement und eventuell einem Anreizsystem könnten solche Bottom-up-Vorschläge gefördert werden.

Im Weiteren beschäftigt die Mitte-Fraktion natürlich die Umsetzung unseres Planungsbeschlusses „Umverteilung in der beruflichen Vorsorge stoppen“, welche wir zusammen mit den Grünen und der FDP überwiesen haben. Natürlich verlangt dieser Planungsbeschluss erst ab dem Jahr 2021 Änderungen. Für das Budget 2020 hat er keinen direkten Einfluss, jedoch einen indirekten. Wenn man über das Budget entscheidet, dann geschieht dies unter Berücksichtigung des IAFP und von den Perspektiven ausgehend, welche hier drinnen aufgezeigt sind. Darum müssen Budget und IAFP gleichzeitig vorliegen. Wie sich der Planungsbeschluss auf die Planjahre ab 2021 auswirkt, wissen wir jetzt nicht. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er das Parlament über die Umsetzung dieses Planungsbeschlusses schnell informiert. Der Gemeinderat wird im Herbst entscheiden. Der astronomische Herbst beginnt in einer Woche, der meteorologische Herbst hat schon begonnen. Nach dem Entscheid muss es schnell weiter gehen. Der Planungsbeschluss wirkt zwar erst ab 2021, seine Umsetzung braucht aber eine Vorlaufzeit. Gerne hätte die Mitte-Fraktion heute Abend schon gewusst, wie es mit der Umverteilung in der Pensionskasse Köniz weiter geht. Vielleicht reicht es ja noch bis zur Volksabstimmung, das Parlament hat bis dahin noch zwei Sitzungstermine.

Fraktionssprecher Dominic Amacher, FDP: Bevor wir uns zum Inhalt des IAFP äussern, möchten wir uns bei der Verwaltung für die umfangreichen Unterlagen bedanken. Zudem sind Fragen immer sofort und kompetent beantwortet worden. In diesem Sinne ein Dankeschön an Thomas Pfyl und seinem Team.

Als strategisches Finanzinstrument erfüllt der IAFP seinen Zweck sehr gut. Es ist sehr wichtig, wenn man einen Blick über den Tellerrand machen kann, besonders, wenn eine Steuererhöhung beantragt wird. Es ist nicht neu, dass sich die FDP Köniz gegen diese Steuererhöhung ausspricht. Wie der Gemeinderat in den Parlamentsakten aufzeigt, hat er für die Erreichung dieser strategischen Finanzziele folgende vier Massnahmen beschlossen:

1. Eine Kostenreduktion im Budgetprozess - ja, das soll sich der Gemeinderat zu 100% auf seine Fahne schreiben,
2. Eine erneute Aufgabenüberprüfung - sicherlich aufgrund eines Vorstosses der SVP, FDP und der Mitte
3. Eine Kostenbremse
4. Eine Steuererhöhung - für welche wir immer noch kein Gehör haben.

Bei dieser Betrachtung kann man sich schon die Frage stellen, was die SP und die Grünen auf der Kostenseite bewirkt haben? Wo würden wir heute stehen, wenn es nach den Rezepten dieser beiden Parteien gehen würde? Die Vorstösse, die Aufgabenprüfung und Kostenbremse sind von beiden Parteien bekämpft und einstimmig abgelehnt worden. Das Bild der Kostenseite würde sich schlechter präsentieren und spätestens ab 2022 wären wir trotz Steuererhöhung wieder in den roten Zahlen. Wir hoffen, die Minderausgaben werden jetzt von diesen beiden Parteien beim nächsten Traktandum auch getragen. Trotz den Einsparungen ab 2020 sind wir noch nicht am Ziel angekommen. Beim Studium

des IAFP fallen verschiedene Kostenelemente auf, welche die finanzielle Situation unnötig verschlechtern und denen teilweise auch die Transparenz fehlt. Das sind die folgenden Punkte:

- Wie wir bereits im letzten Dezember bei der IAFP 2019-Debatte verlangt haben, muss die Aktivierungsgrenze nochmals hinterfragt werden. Manchmal muss man den Mut haben, Entscheidungen rückgängig zu machen. Insbesondere, wenn es der Sache dient. Eine Reduktion der Aktivierungsgrenze auf CHF 50'000 würde niemandem wehtun, es handelt sich um eine buchhalterische Angelegenheit. Der Gemeinderat verschliesst sich hier komplett und das bedauern wir sehr. Es handelt sich um eine jährliche Zusatzbelastung der Erfolgsrechnung von mehreren CHF 100'000 - 2019 waren es um CHF 600'000. Der Steuerzahler würde sich freuen, wenn dies sofort geändert würde.
- Wir haben es von der Finanzkommission gehört, vom Präsidenten und von der Mitte: Gemäss IAFP wird ab 2021 jährlich ein Betrag von CHF 2 Mio. als Zusatzbeitrag an die Pensionskasse zum Tafelwechsel rückgestellt. Diese Rückstellung muss zum heutigen Zeitpunkt in Frage gestellt werden, da das Parlament in der Juni-Sitzung einen Planungsbeschluss angenommen hat. In wie weit diese Rückstellung ab 2021 effektiv notwendig ist, wissen wir nicht. Es ist extrem komplex. Ein Zusammenhang kann jedoch nicht wegdiskutiert werden. In diesem Zusammenhang muss die Kostenfolge der Pensionskasse gesamtheitlich angeschaut werden. Die Erfolgsrechnung wird schon mit dem Primatwechsel jährlich arg und zusätzlich strapaziert. Und die ordentlichen Sparbeiträge werden heute nicht paritätisch finanziert. Der Arbeitgeber zahlt 55%, der Arbeitnehmer 45%. Können wir uns diesen Schlüssel effektiv leisten? Eine paritätische Finanzierung würde die Erfolgsrechnung nochmals geschätzt um CHF 400'000 entlasten. Ja, diese unangenehme und unpopuläre Frage müssen wir uns Politikerinnen und Politiker auch stellen.
- Die Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes ist am 14. Juni 2019 im Nationalrat und letzte Woche im Ständerat angenommen worden. Das Gesetz wird voraussichtlich 2021 in Kraft treten. Der Bestand an Schutzdienstpflichtigen wird sich deutlich reduzieren, da die Dienstjahre von 19 auf 11 Jahre reduziert werden. Eine Budgetentlastung müsste die Folge davon sein. Und hier sprechen wir nicht von der EO, sondern von den infrastrukturellen Punkten.
- Wir haben es vom Finanzkommissionspräsidenten auch schon gehört, die Nachzahlungen der KESB von CHF 5 Mio. stehen auch noch zur Debatte: Diese darf man ganz sicher nicht aus den Augen verlieren.
- Und ebenfalls auf dem Radar müssen wir allfällige Buchgewinne haben, wie beispielsweise beim Bläuacker 2.

Mit diesen Fakten und Überlegungen kann die Erfolgsrechnung jährlich bis 2024 weiter positiv beeinflusst werden. Mit den aufgeführten Punkten kann darum eine Steuererhöhung wettgeschlagen werden. Weiter sind wir mit den Möglichkeiten noch nicht am Ende. Diese Punkte sind uns in der Finanzstrategie zu wenig oder noch gar nicht berücksichtigt worden.

Ich komme zurück auf die Massnahmen des Gemeinderats: Bis jetzt ist hart an diesen Zielerreichungen gearbeitet worden, insbesondere auf der Aufwandseite. Es wäre schade, wenn man den Weg hier und heute abbricht. Der IAFP liefert viele und wichtige Informationen. Der Gemeinderat arbeitet an der Erfüllung der gesteckten Ziele. Darum nimmt die FDP trotz der verfehlten Überlegungen teilweise zustimmend vom IAFP Kenntnis.

Fraktionssprecher Markus Willi, SP: Bevor ich mit meinem Votum beginne, würde ich euch gerne eine Entscheidungshilfe für die Abstimmung um 23.00 Uhr des Parlamentspräsidenten geben: Astrid Nusch und ich laden euch gerne zu einem Apéro ein. Wenn ihr also noch lange macht, dann geht es nach 23.00 Uhr einfach nochmals länger, wenn ihr an diesem Apéro partizipieren wollt.

Auch ich beginne gerne mit dem Dank der SP-Fraktion, an all jene, welche dazu beigetragen haben, dass wir hier einen umfangreichen und guten IAFP in guter Qualität vor uns haben. Uns liegt ein übersichtliches, umfassendes und professionell erarbeitetes Dokument über die mittelfristige Finanz- und Aufgabenplanung der Gemeinde Köniz vor, welches grundsätzlich eine finanzpolitische Lagebeurteilung erlaubt.

Zu den kleinen Mängeln: Insbesondere was die Einhaltung der Fristen bei den Planungsbeschlüssen anbelangt, dazu hat sich der Finanzkommissionspräsident bereits geäussert. Dazu sagen wir nichts mehr dazu, dies trübt für uns das gute Gesamtbild dieser Vorlage nicht.

Die SP-Fraktion ist froh, dass es in diesem Jahr wieder einmal mit der gemeinsamen Vorlage des IAFP und des Budgets geklappt hat, so wie dies im entsprechenden Reglement festgelegt ist. Das hilft bei der Analyse der Finanzlage ungemein. Besten Dank auch hierfür an die Verwaltung und den Gemeinderat.

Die SP hat wie alle anderen Fraktionen die Vorlage intensiv diskutiert und wird sie mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. Dabei haben auch wir die voraussichtliche Verschlechterung der

Rechnung, sprich das Defizit ab 2022 aufgrund der neuen Planwerte für den Finanz- und Lastenausgleich trotz Steuererhöhung zur Kenntnis genommen. Aus unserer Sicht und wie das der Finanzkommissionspräsident auch schon richtig gesagt hat, handelt es sich hier aber um Planwerte, welche sich noch ändern können - sowohl zum Besseren, wie eben auch zum Schlechteren, was wir an dieser Stelle natürlich nicht hoffen.

Drei Punkte aus unserer Diskussion möchten wir hier gerne herauspicken: Das sind zum einen die anstehenden Investitionen. Sie sind vor allem von Seiten der SVP diskutiert worden. Seit Jahren betonen wir von der SP-Fraktion in jeder Finanzdebatte, dass die Gemeinde Köniz ihre Investitionen jahrelang vor sich hingeschoben haben, wie eine grosse Bugwelle. Jetzt weist man den notwendigen Investitionsbedarf endlich realistischer aus. Das ist richtig so. Köniz befindet sich, wie dies schon oft gesagt worden ist, in einem Wachstumsprozess. Dieser stützt sich auf eine selbstauferlegte Wachstumsstrategie. Wir müssen aus diesem Grund im Moment einfach vorinvestieren. Das wird sich irgendwann in Form von höheren Steuererträgen auszahlen, auch wenn dies CHF 400 Mio. Investitionen kostet. Auch wir wissen, dass dies viel Geld in den nächsten 10 Jahren ist. Diese Investitionen tätigen wir aber nicht einfach so, sondern wir wollen diese Bugwelle, welche wir vor uns herschieben, endlich verschwinden lassen und schauen, dass Köniz nicht an Attraktivität verliert.

Und dann ist da die Kostenbremse: Auch sie wurde bereits genannt. Es ist zwar ein politisch attraktives Instrument, da es ein einfaches Rezept für ein schwieriges Problem ist. Aber der Zuwachs des Aufwands an das Bevölkerungswachstum zu koppeln und sich so linear entwickeln zu lassen, zwingt die Gemeinde aus unserer Sicht in ein enges Korsett und nimmt ihr den notwendigen Handlungsspielraum. Eine solche lineare Kürzung geht vor allem zu Lasten der schlechter Gestellten.

Vor einem Jahr haben auch wir von der SP-Fraktion hier zum Legislaturplan 2018-2021 verhalten positiv eine Meinung abgegeben. In einigen Bereichen wünschten wir uns, wie viele andere auch, eine etwas stärkere Akzentuierung und etwas mehr Mut. Wir haben darauf hingewiesen, gerade weil der Legislaturplan nicht so ambitioniert ist, dass es auch ein Ziel sein muss, den Plan politisch durchzusetzen. Jetzt ist es etwas anders gekommen: Knapp ein Drittel der gesetzten Ziele sind nur teilweise oder gar nicht erreicht. Die SP hofft, dass es dem Gemeinderat noch gelingt, das Steuer herumzureissen. Was die beiden Massnahmen 2.1 „Budget und Rechnung sollen jährlich ausgeglichen sein“ und 2.3 „Erhöhung der Steuerertragskraft“ anbelangt, so können wir hier bereits im nächsten Traktandum die Weichen in eine richtige Position stellen.

Dominic Amacher, FDP: Ich habe trotzdem noch zwei, drei Fragen oder Bemerkungen zu diesem IAFP: Vor allem wegen der Kostenbremse. Was mir hier noch etwas fehlt, ist die Entwicklung der Einwohnerzahl. Dass man sehen kann, was die Gemeinde hier für Erwartungen hat. Denn wenn man es aufrechnet, dann sollten wir 2024 in etwa 50'000 Einwohner haben. Doch hier sind noch Kosten enthalten, welche die Pensionskasse etc. betreffen, weshalb es eben auch noch sehr gut wäre, wenn man eine Tabelle hätte, mit welcher man dies nachvollziehen könnte. Bis jetzt weiss man es einfach nicht. Man kann einfach die zwei, drei Zahlen zusammenzählen, das Wachstum rechnen und ob dies stimmt oder nicht, weiss ich nicht.

Weiter ist mir bei der Einhaltung der Kostenbremse noch nicht so ganz klar, wie dies funktionieren soll: Wann merkt man, dass man diese nicht einhält? Jetzt budgetiert man CHF 160'000, welche nicht eingehalten werden und damit diese Kostenbremse wirklich ihre Wirkung hat, müsste man diese ja im nächsten Jahr zusätzlich einsparen, sonst bringt es ja nicht so wahnsinnig viel.

Eine Idee, um noch weitere Kosten zu sparen wäre, die Kredite und Budgetzahlen einzuhalten. Das ist ein sehr wesentlicher Teil. Wenn wir den IAFP-Wert immer überschreiten, dann ergeben sich auch höhere Abschreibungen und etwas höhere Zinsen.

Etwas, worüber wir heute noch nicht diskutiert haben, sind die anderen Nachkredite. Diese sind auch immer wieder ein Thema. Wir sind alle auf eine saubere Budgetierung angewiesen. Und dann sind da auch noch die Prozessoptimierungen: Wir haben heute noch ein Traktandum wegen dem Schlossareal vor uns. Da sind alle fünf Abteilungen involviert und es hat sicherlich irgendwo noch Möglichkeiten.

Und noch eine letzte Frage: Ich war nie Freund von Versicherungsbrokern, ich hoffe, ich trete hier niemandem zu nahe. Doch ich weiss nicht, wie dies in der Gemeinde Köniz funktioniert, ob man hier jemanden hat, welcher die Versicherungen prüft. Denn hier gibt es sicherlich auch noch viel Potential. Da musste ich nämlich jeweils selber im Betrieb staunen, was hier manchmal heraus schaut. So könnte zum Beispiel auch für das Personal bessere Policen ausgehandelt werden, welche weniger Lohnabzüge zur Folge hätten.

Annemarie Berlinger, Gemeindepräsidentin: Ich danke zuerst dem Präsidenten der Finanzkommission und der Präsidentin der GPK für ihre Ausführungen. Es war auch von unserer Seite her eine an-

genehme Zusammenarbeit, auch wenn diese herausfordernd war und die Fragen der Kommissionen nicht immer so einfach zu beantworten waren. Diese fordern uns auch immer wieder und das ist auch gut so.

Ich möchte gerne kurz etwas Allgemeines sagen, danach zur Legislaturplanung Stellung nehmen und am Schluss noch auf die einzelnen Fragen und Bemerkungen eingehen.

Zwei Votanten haben dies sehr schön zusammengefasst: Wir sind hier am Anfang einer steilen Bergtour und es gilt die Bergschuhe zu schnüren und uns auf den Weg zu machen. Jemand anderer hat gesagt, es gebe hier kein Zurücklehnen, sondern ein Weiterarbeiten. Ich glaube, das bildet dies ab, was auch der Gemeinderat regelmässig immer wieder sagt und worüber man auch immer wieder diskutiert. Die finanzielle Lage dieser Gemeinde ist ernst, wir müssen arbeiten und da kann ich beruhigen: Es ist nicht so, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass mit dieser Aufgabenüberprüfung es für eine Weile erledigt sei. Sondern wir überlegen uns bei allen Ausgaben immer wieder, ob es notwendig ist, etwas bringt und ob man es nicht auch anders machen könnte. Der IAFP ist eine Momentaufnahme. Der Finanzkommissionspräsident hat die beiden grossen Posten, welche sich seit den Sommerferien noch verändert haben, schon erwähnt: Das eine ist der Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der Liegenschaften, welcher sich herauszögert. Der Kanton ist noch nicht so weit, um mitzuteilen, ob und wann dies stattfinden wird. Das andere ist nochmals ein Entscheid einer übergeordneten Stelle bezüglich KESB-Gelder. Hier erwarten wir zwar Geld, doch vermutlich nicht im Jahr 2020. Es zeigt auch auf, wie unterschiedlich die Abhängigkeiten sind. Wir können hier zwar schon planen, doch es kommt dann immer wieder von irgendwoher eine Änderung, welche uns die eine oder andere Zahl wieder über den Haufen wirft.

Dann zur Legislaturplanung: Hier wurde gerügt, dass ihr diese lieber in grün und nicht in orange und rot hättet. Hierzu kann ich sagen, dass auch hier immer wieder verschiedene Abhängigkeiten von aussen bestehen. Wenn uns beispielsweise eine Einsprache bei einem Bauvorhaben das Projekt über Jahre verzögert, dann können wir dies noch so lange in der Legislaturplanung haben, wir haben hier keinen Einfluss mehr darauf. Bei vielen Punkten ist es auch eine Frage der Ressourcen. Ich will aber auch sagen, dass wir nun seit einem Jahr am Arbeiten sind und es noch 2 ½ Jahre zum weiter Arbeiten gibt. Es wäre vermessen zu erwarten, dass hier alles schon auf grün steht. Mir ist auch wichtig zu sagen, dass nicht alles, was die Verwaltung und der Gemeinderat tagtäglich arbeiten, in der Legislaturplanung abgebildet ist. Wir haben ganz viele Tagesgeschäfte und Aufgaben, welche hier nicht aufgeführt sind und welche uns ebenso heftig beschäftigen.

Kurz noch zum Planungsbeschluss: Dort habe ich die Rüge der Finanzkommission und von verschiedenen Sprechern gehört. Ihr konntet die Begründung lesen, dass dies einfach sehr kurzfristig mit dem Zeitablauf war. Ende Juni wurde der Planungsbeschluss überwiesen, jetzt ist bereits die Beratung des IAFP. Wir haben euch versprochen, dass wir dies noch nachliefern, was selbstverständlich noch geschieht. Doch an gewissen Orten sind wir auch bei ganz grossem Engagement aus der Verwaltung - und hier haben ganz viele Leute sehr viel gearbeitet - nicht in der Lage, alles zu erledigen.

Dann noch zu den einzelnen Fragen: Das eine Stichwort war, dass man die Aktivierungsgrenze wieder heruntersetzen solle. Dazu kann ich sagen, dass wir vom Kanton her Vorgaben haben, dass man diese konstant auf einem gewissen Betrag hat. Man kann diese nicht nach Belieben nach oben oder nach unten setzen, zumal wir dies schlussendlich trotzdem zahlen müssen. Ob jetzt dies in der Erfolgsrechnung oder in der Investitionsrechnung abgebildet ist - es ist nicht so, dass dies am einen Ort billiger wäre, als am anderen. Der Gemeinderat hat vor einem Jahr entschieden, diese Aktivierungsgrenze auf CHF 100'000 herauf zu setzen, um dies laufend finanzieren zu können und nicht heraus zu schieben.

Dann kam das Thema Personalkosten, welche immer steigen würden: Dort ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass der Anstieg auch Kosten beinhaltet, welcher durch Dritte finanziert wird. In unserem Betrag, welcher abgebildet ist, sind auch Stellen enthalten, welche in der Tagesschule, in der heilpädagogischen Schule neu geschaffen worden sind und welche aber die Gemeinde nicht selber bezahlt, sondern welche von Dritten finanziert werden. Dass wir uns mit mehr Stellen nicht mehr Bürokratie wünschen, da kann ich nur zustimmen. Wir wollen Sachen, welche konkret der Gemeinde etwas bringen und welche nicht mehr Papier oder Dokumente generieren.

Investitionsplanung Priorisierung: Ja, der erste Schritt war, dass wir euch erstmals eine zehnjährige Planung vorgelegt haben. Hier seht ihr auch, wie schwierig dies mit der Genauigkeit wird. Hier sind wir in der Verwaltung noch am Aufarbeiten, doch ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

Dann noch zur Kostenbremse: Wir prognostizieren nicht, wie viele Einwohner die Gemeinde haben wird und leiten dann davon ab, sondern wir schauen effektiv, wie viel ist die Einwohnerzahl gewachsen und gehen dann davon aus. Eine definitive Abrechnung können wir machen, wenn wir Rechnung

zu Rechnung vergleichen können. Das ist ein kompliziertes Meccano, welches aber unser Finanzverwalter aus dem Effeff erläutern kann, falls das interessiert.

Zu den Buchgewinnen kann ich sagen, dass wir diese budgetieren, soweit diese bekannt sind.

Und zum Areal Bläuackerplatz: Dort wird es einen Baurechtszins geben, wenn es losgeht. Dies sieht ja doch schon ernster aus, als noch in den vergangenen Jahren.

Das wäre es von meiner Seite zu euren Voten. Ich danke, dass ihr euch in diese Thematik reingekniet habt. Es ist zum Teil keine einfache Materie, doch wenn man reingeht, dann zeigt es sehr viel über die Vielseitigkeit und über die unterschiedlichsten Herausforderungen, welche wir hier stemmen, auf. Jedes Mal wenn ich diesen durchgehe, ist es eine wahre Fundgrube. Es zeigt aber auch, wie gross die Herausforderungen sind und ich glaube, hierüber können wir beim nächsten Traktandum nochmals ausführlich diskutieren.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP 2020.

(Abstimmungsergebnis: 9 zustimmend, 29 teilweise zustimmend, 0 ablehnend)

PAR 2019/82

Budget 2020

Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Gemeinde Köniz befindet sich seit mehreren Jahren in einer finanziell angespannten Lage. Seit 2012 schliesst die Gemeinde Köniz die Rechnungsabschlüsse mit Aufwandüberschüssen ab. Im Rechnungsjahr 2018 wurde wiederum ein Defizit von CHF 2,8 Mio. geschrieben.

Gleichzeitig befindet sich die Gemeinde Köniz in einer positiven Entwicklungsphase. Die Gemeinde ist als Wohn- und Wirtschaftsort äusserst beliebt. So ziehen vielen Menschen und Familien nach Köniz, Areale werden entwickelt und neue Wohnungen gebaut. Damit die Gemeinde mit dieser Entwicklung mithalten kann, sind grosse Investitionen notwendig, insbesondere für die Erweiterung und die Sanierung von Schulraum, aber auch in die Verkehrsinfrastruktur. Diese Investitionen müssen grösstenteils mit fremden Mitteln finanziert werden. Eine wachsende Gemeinde bedeutet auch höhere Ausgaben, da es mehr Schulklassen braucht, die Tagesschulen ausgebaut werden und die Investitionen abgeschrieben werden müssen.

Die Rechnung 2018 schloss mit einem Defizit von CHF 2,8 Mio. (allgemeiner Steuerhaushalt) (2017: CHF 2,1 Mio.) deutlich schlechter ab als budgetiert. Der Bilanzüberschuss beläuft sich per 31.12.2018 nur noch auf CHF 6,4 Mio. Eine Neuverschuldung von weiteren CHF 25 Mio. führte neu zu mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten von Total CHF 299 Mio. Der gesamte Steuerertrag fiel gegenüber dem Budget 2018 um CHF 2,2 Mio. tiefer als erwartet aus.

> Weitere Ausführungen im Botschaftsentwurf

2. Erarbeitung Budget 2020

2.1 Aufgabenüberprüfung

Aufgrund des anhaltenden strukturellen Defizits hat der Gemeinderat eine Aufgabenüberprüfung umgesetzt. Anfang April wurden die Massnahmen von der Finanzkommission in Zusammenarbeit mit den Fraktionen diskutiert und die eingegangenen Anträge wurden vom Gemeinderat geprüft und sind in den Prozess eingeflossen. Der Gemeinderat hat mit der Aufgabenüberprüfung 2019 – 2022 eine Ergebnisverbesserung in der Erfolgsrechnung sowie im Finanzplan erreicht. Insgesamt wurden 76 Einzelmassnahmen beschlossen, welche den Finanzhaushalt um CHF 2,8 Mio. entlasten werden. Im

Budget 2020 konnten bereits CHF 1,5 Mio. Einsparungen erzielt und CHF 0,3 Mio. Mehrerträge eingestellt werden. Erläuterungen zum Prozess der Aufgabenüberprüfung und eine Liste der beschlossenen Massnahmen finden sich in der *Beilage 3*.

Das Parlament hat an der Sitzung vom 24. Juni 2019 der Massnahme „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nicht zugestimmt. Aus Zeitgründen konnte diese vom GR beschlossene Massnahme von CHF 28'000 im Budget 2020 nicht mehr korrigiert werden. Der GR wird deshalb nach Budgetgenehmigung einen Nachkredit sprechen. Sollte das Parlament jedoch weitere Budgetkorrekturen beschliessen, würde dieser Kredit dort integriert.

2.2 Kostenreduktion im Budgetprozess

Der Gemeinderat hat im Budgetprozess die Anträge der Direktionen aufgrund der restriktiven Budgetvorgaben überarbeitet und den Gesamtaufwand mit einem Defizit von rund CHF 4,3 Mio. (1. Lesung) dank intensiven und strengen Budgetverhandlungen reduzieren können.

2.3 Kostenbremse

Der Gemeinderat hat als Teil der Finanzstrategie 2018 - 2021 das Instrument der Kostenbremse beschlossen. Der reale (inflationbereinigte) jährliche Zuwachs von Sach- und Personalaufwand soll maximal die Hälfte des jährlichen Bevölkerungswachstums betragen. Die Kostenbremse gilt ab Jahresrechnung 2019 und wird bereits im Budgetprozess 2020 angewendet. Da sich die Gemeinde gleichzeitig in einer positiven Entwicklungsphase befindet, konnte die Zielvorgabe der Kostenbremse um CHF 160'000 nicht eingehalten werden. Erläuterungen zur Kostenbremse finden sich in der *Beilage 4*.

2.4 Notwendige Steuererhöhung 2020

Die grossen Investitionen in Schulbauten und Verkehrsinfrastruktur verursachen einen hohen Abschreibungsaufwand. Die Abschreibungen werden sich von aktuell (2019 = CHF 8,5 Mio.) bis 2024 auf CHF 16,4 Mio. verdoppeln. Infolge der tiefen Selbstfinanzierung werden die Schulden weiterhin stark ansteigen, so dass der Zinsaufwand trotz tiefen Zinsen ebenfalls ansteigen wird. Die Erfolgsrechnungen der kommenden Jahre werden dadurch zusätzlich stark belastet. Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Parlament eine moderate Steuererhöhung von 0,5 Steuerzehnteln. Die Gemeindesteueranlage soll von 1,49 auf 1,54 Einheiten erhöht werden. Dies führt zu einem Mehrertrag von jährlich über CHF 3 Mio. Um diesen Betrag verbessert sich damit in den kommenden Jahren der Jahresabschluss der Gemeinde Köniz und reduziert entsprechend die Schuldenzunahme.

3. Ergebnis Budget 2020

Die Rechnungen der letzten Jahre wiesen alle ein strukturelles Defizit aus. Das Defizit belief sich im Jahr 2017 auf CHF 2,1 Mio. und im Jahr 2018 auf CHF 2,8 Mio. Das Budget 2019 wurde vom Parlament mit einem Defizit von CHF 3,3 Mio. verabschiedet. Das Budget 2020 weist zurzeit, mit der Steuererhöhung, ein ausgeglichenes Ergebnis in der Erfolgsrechnung aus:

Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung	CHF	2'869'698
./. Einlage in Zinsschwankungsreserve	CHF	- 1'137'660
./. Einlage in finanzpolitische Reserve	CHF	- 1'732'038
Ausgewiesenes Ergebnis allg. Haushalt/Steuerhaushalt	CHF	0

Das Budget 2020 weist vor den vom Parlament und dem Kanton vorgegebenen Einlagen effektiv einen Ertragsüberschuss von CHF 2'869'698 aus. Es wird eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve von CHF 1'137'660 budgetiert, da auch im Jahr 2020 die Erträge aus dem Finanzvermögen höher als die Schuldzinsen sein werden. Dies geschieht gemäss dem vom Parlament am 22. Mai 2017 genehmigten Reglement. Weiter muss aufgrund der kantonalen Vorgaben der Ertragsüberschuss von CHF 1'732'038 in die finanzpolitische Reserve eingelegt werden, da der Selbstfinanzierungsgrad von Köniz unter 100 % liegt. Formal resultiert deshalb ein Ergebnis von 0 CHF.

4. Das Budget 2020 auf einen Blick

Das Budget weist im Vergleich zum Budget 2019 und der Rechnung 2018 folgende Werte aus:

Erfolgsrechnung	(in CHF)	GESAMT	STEUERN	SPEZ.FINANZ	GESAMT	GESAMT
		Budget 2020	Budget 2020	Budget 2020	Budget 2019	Rechnung 2018
Betrieblicher Aufwand						
30	Personalaufwand	5'741'850	4'663'550	6'078'300	5'292'030	5'285'527
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	28'233'108	22'515'338	5'717'770	28'458'908	27'163'984
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	8'933'000	8'285'000	648'000	8'487'100	7'489'469
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	5'325'500	0	5'325'500	6'626'050	5'055'255
36	Transferaufwand	121'595'716	115'733'206	5'862'510	123'793'214	119'132'487
39	Interne Verrechnungen	453'370	453'370	0	553'748	567'717
Total Betrieblicher Aufwand		219'282'544	195'650'464	23'632'080	220'848'050	212'259'438
Betrieblicher Ertrag						
40	Fiskalertrag	120'884'000	120'704'000	180'000	115'897'000	115'272'155
41	Regalien und Konzessionen	2'199'000	2'199'000	0	2'299'000	2'189'860
42	Entgelte	47'809'932	27'828'032	19'981'900	46'541'432	46'875'331
43	Verschiedene Erträge	2'999'000	2'499'000	500'000	4'189'000	3'920'318
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	2'136'700	150'000	1'986'700	1'830'542	1'543'329
46	Transferertrag	42'857'970	42'490'430	367'540	44'234'414	39'443'803
49	Interne Verrechnungen	453'370	345'270	108'100	553'748	567'717
Total Betrieblicher Ertrag		219'339'972	196'215'732	23'124'240	215'545'136	209'812'513
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		57'428	565'268	-507'840	-5'302'914	-2'446'925
Finanzierung						
34	Finanzaufwand	3'670'510	3'670'510	0	4'059'410	3'878'512
44	Finanzertrag	6'741'600	6'394'820	346'780	6'810'460	7'079'376
Ergebnis aus Finanzierung		3'071'090	2'724'310	346'780	2'751'050	3'200'864
Operatives Ergebnis		3'128'518	3'289'578	-161'060	-2'551'864	753'939
Ausserordentliches Ergebnis						
38	Ausserordentlicher Aufwand	3'869'978	3'869'978	0	3'214'040	3'130'916
48	Ausserordentlicher Ertrag	580'400	580'400	0	650'802	112'041
Ausserordentliches Ergebnis		-3'289'578	-3'289'578	0	-2'563'238	-3'018'875
Gesamtergebnis ERFOLGSRECHNUNG		-161'060	0	-161'060	-5'115'102	-2'264'937
SPEZIALFINANZIERUNGEN						
	SF Feuerwehr	102'889	0	102'889	231'874	290'260
	SF Abfallbewirtschaftung	-51'840	0	-51'840	-79'104	211'754
	SF KEGUL	-617'471	0	-617'471	-102'425	48'660
	SF Wasserversorgung	431'393	0	431'393	-59'857	-184'864
	SF Abwasserentsorgung	-26'031	0	-26'031	-1'831'240	196'581
Ergebnis ALLGEMEINER HAUSHALT / STEUERHAUSHALT		0	0	0	-3'274'350	-2'827'327

Details zu den Sacharten (allgemeiner Haushalt / Steuerhaushalt) siehe Budget 2020 Seiten 13-18.
Erläuterungen zu den wichtigen Begriffen des Finanzhaushaltes: www.koeniz.ch/iafp

5. Investitionen

Köniz ist in den letzten Jahren als Wohn- und Wirtschaftsstandort stetig gewachsen. Diese Entwicklung wird voraussichtlich so weitergehen und wurde durch diverse Entscheide des Parlaments und der Stimmbevölkerung bestätigt.

Um weiterhin allen Einwohnerinnen und Einwohnern Angebote in guter Qualität anbieten und auch den Investitions- und Sanierungsnachholbedarf decken zu können, sind Investitionen notwendig. Insbesondere Investitionen in den Neubau und in die Sanierung von Schulanlagen sind vorgesehen. Nur so wird die Gemeinde Köniz auch über genügend Schulraum für alle Schülerinnen und Schüler verfügen. So hat zum Beispiel die Stimmbevölkerung von Köniz im November 2017 der neuen Schul- und Sportanlage Ried in Niederwangen zugestimmt. Dieses Projekt ist zentral für die neue Überbauung, kostet die Gemeinde aber die beträchtliche Summe von 27,8 Mio. Franken.

Die grössten Investitionsvorhaben im Jahr 2020 sind:

• Neue Schul- und Sportanlage Ried	8,5 Mio. / 27,8 Mio.
• Gesamtsanierung Schulhaus Spiegel	5,7 Mio. / 20,7 Mio.
• Sanierung altes Schulhaus Schliern	2,5 Mio. / 3,3 Mio.
• Schulraumerweiterung Wabern Dorf	2,0 Mio. / 6,4 Mio.
• Strassenprojekte (Werterhalt, Haltenstrasse)	1,5 Mio. / 9,2 Mio.
• ÖV (Doppelspurausbau, Umgestaltung Haltestellen)	1,1 Mio. / 5,2 Mio.

Die gesamte Liste aller Investitionen ist im IAFP 2020 auf den Seiten 66–76 zu finden (www.koeniz.ch/iafp).

6. Auswirkungen der neuen FILAG-Zahlen (Stand Juli 2019) auf Budget 2020 und IAFP 2020

Zur Berechnung der FILAG-Zahlen stellt der Kanton den Gemeinden eine Finanzplanungshilfe zur Verfügung, welche jeweils im Juli mit den aktuellen Zahlen überarbeitet wird. Da der Budget- und IAFP-Prozess (Zahlenmaterial) für das Budget 2020 bereits im Juni abgeschlossen werden musste, basieren die aktuellen FILAG-Zahlen im Budget 2020 und IAFP 2020 noch auf den Grundlagen aus dem Vorjahr 2018. Inzwischen hat der Kanton die aktuellen FILAG-Zahlen zur Verfügung gestellt. Zu Beginn des Budgetprozesses 2020 wurde mit der Finanzkommission abgesprochen, die aktuellsten Werte den im Budget und IAFP verwendeten Zahlen gegenüberzustellen und dem Parlament zusammen mit dem Budgetantrag 2020 zur Kenntnis zu bringen. Eine grundlegende Überarbeitung des Budgets 2020 ist aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich. Die Ausführungen dazu finden sich in der *Beilage 5*.

7. Beschluss über das Budget 2020 – Entwurf Abstimmungsbotschaft

Wird eine Erhöhung der Steueranlage beantragt, liegt die Zuständigkeit zum Beschluss über Budget und Steueranlage bei den Stimmberechtigten. Der vorliegende Antrag soll am 17. November 2019 dem Volk vorgelegt werden.

Die Finanzkommission hat an einer ausserordentlichen Sitzung vom 8. Juli den Entwurf der Abstimmungsbotschaft bereits gesichtet und verschiedene Empfehlungen dazu abgegeben. Diese Empfehlungen sind in die vorliegende Botschaft eingeflossen.

8. Folgen bei der Ablehnung

Entscheidet sich das Parlament auf eine Steuererhöhung zu verzichten, beschliesst es Budget und Steueranlagen abschliessend. In diesem Fall wird die Vorlage am 17. November 2019 nicht den Stimmberechtigten unterbreitet.

Lehnt das Volk die Vorlage mit einer Steuererhöhung ab, so verfügt die Gemeinde Köniz über kein genehmigtes Budget 2020. Das bedeutet, dass die Gemeinde ab 01. Januar 2020 bis zum Vorliegen eines genehmigten Budgets nur noch unumgängliche Verpflichtungen, insbesondere für gesetzlich festgelegte Ausgaben, eingehen darf. Beschliesst das zuständige Organ der Gemeinde das Budget

für das laufende Jahr nicht bis zum 30. Juni des Rechnungsjahres, erarbeitet der Regierungsrat das Budget und die Steueranlage für die Gemeinde Köniz.

Bei einer Ablehnung der Steuererhöhung durch das Parlament würde das Budget 2020 mit einem Defizit von CHF 1,37 Mio. abschliessen, welche zu Lasten des Bilanzüberschusses geht. Der Bilanzüberschuss beläuft sich per 31. Dezember 2018 noch auf CHF 6,4 Mio. Sollte in den nächsten Jahren infolge weiterer Defizite ein Bilanzfehlbetrag entstehen, so muss dieser innert 8 Jahren zu Lasten der Erfolgsrechnung abgetragen werden.

9. Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP)

Dem Parlament wird – separat zu diesem offiziellen HRM-Budget – der IAFP 2020 vorgelegt. Die detaillierte Darstellung und Kommentierung des Finanz- und Lastenausgleich erfolgt grundsätzlich über dieses Dokument.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2020 zu Lasten Konto 1680.3893.10 eine Einlage von CHF 1'137'660 in die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“.
2. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass im Budget 2020 zu Lasten Konto 29400.0001 eine Einlage von CHF 1'732'038 in die finanzpolitische Reserve (zusätzliche Abschreibungen) enthalten ist.
3. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 3.1 Im Jahr 2020 sind folgende Steuern zu erheben:
 - a) die ordentlichen Steuern im 1,54-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze.
 - b) Die Liegenschaftssteuer von 1,2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
 - 3.2 Die Stimmberechtigten beschliessen das Budget der Erfolgsrechnung 2020, das bei einem Gesamtertrag von CHF 227'366'734 und einem Gesamtaufwand von CHF 227'366'734 ein ausgeglichenes Ergebnis von CHF 0 ausweist.
4. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut der Abstimmungsfrage.

Köniz, 07.08.2019

Der Gemeinderat

Beilagen

1. Budget 2020, 8-stellig
2. Entwurf Abstimmungsbotschaft
3. Beschreibung Aufgabenüberprüfung 2019– 2022 mit Liste der Ergebnisverbesserungen 2020 und Zusammenfassung beschlossene Aufgaben
4. Erläuterungen zur Kostenbremse
5. Auswirkungen der neuen FILAG-Zahlen auf Budget und IAFP 2020)

Diskussion

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ihr habt vergangene Woche eine Mail erhalten, in welcher ich euch dargelegt habe, wie ich heute Abend vorzugehen gedenke. So werden wir zuerst die Stellungnahme der Finanzkommission hören, dann folgen allfällige Ergänzungen des Gemeinderats.

Die Diskussion erfolgt in drei Teilen: Wir haben einen allgemeinen Diskussionsteil für das Parlament, in welcher ihr angehalten seid, Anträge allgemeiner Art zu deponieren. Dann kommen wir zur Detailberatung des Budgets und der Steueranlage. In der Detailberatung werden wir dann den achtstelligen Kontoplan ab Seite 43 des Budgetdokuments durchgehen. Hier könnt ihr eure Anträge zu den einzelnen Konten, zur Erfolgsrechnung, zur Steueranlage oder zur Botschaft machen. Der dritte Teil beinhaltet die Abstimmung. Diese teilen wir ebenfalls in zwei Teile, denn so wie es aussieht, werden wir Abänderungsanträge zu einzelnen Budgetkonten, zur Steueranlage und möglicherweise noch weitere haben. Zuerst stimmen wir über diese Abänderungsanträge ab und danach folgt dann die Schlussabstimmung gemäss Gemeinderatsantrag, je nachdem mit oder ohne Abänderungsanträge.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Redaktionskommission die Botschaftsseite mit Pro- und Kontraargumente verfassen wird. Ihr habt die Möglichkeit, bis Morgen die Anträge schriftlich beim Parlamentsbüro einzureichen, damit diese in der Botschaft auch so wiedergegeben werden können. Eventuell werden wir vor der Schlussabstimmung noch eine kurze Pause machen, damit die Finanzverwaltung auch aufgrund der Abänderungsanträge eine saubere Schlussabstimmung vorlegen kann.

Finanzkommission Casimir von Arx, glp: Das letzte Jahr war für den Gemeinderat und die Finanzabteilung intensiv. Auch die Finanzkommission hat viel Zeit in die Vorbereitung des heutigen Abends investiert.

Der Gemeinderat hat die Finanzkommission früh in die Erarbeitung der Aufgabenüberprüfung einbezogen, die erste Konsultation fand bereits im Januar statt. Die Finanzkommission die gesamte Massnahmenliste mehrmals diskutiert.

In Absprache mit dem Gemeinderat hat die Finanzkommission im März beschlossen, die Fraktionen zu den geplanten Massnahmen zu konsultieren. Aus den Fraktionen kamen insgesamt 60 Änderungsanträge. Die Finanzkommission hat am 1. April – es war halt der passendste Termin – über diese Anträge beraten und abgestimmt. 18 Änderungsanträge fanden in der Finanzkommission eine Mehrheit und wurden dem Gemeinderat zur Umsetzung beantragt.

Der Gemeinderat hat 5 der Anträge übernommen, 1 teilweise übernommen und 12 abgelehnt. Die 5 ganz und der 1 teilweise übernommene Antrag führten unter dem Strich zu einem um CHF 70'000 besseren Resultat für die Aufgabenüberprüfung, also zu einer weiteren Entlastung der Rechnung um CHF 70'000. Die Anträge der Fraktionen, die Anträge der Finanzkommission, die Stellungnahme des Gemeinderats zu den Anträgen der Finanzkommission und die bereinigte Massnahmenliste (die auch dem heutigen Parlamentsantrag beiliegt) unterliegen nicht dem Kommissionsgeheimnis.

Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat für den Einbezug bei der Erarbeitung der neusten Aufgabenüberprüfung, wie dies auch in der zugrundeliegenden Motion 1819 «Durchführung einer erneuten Aufgabenüberprüfung» gefordert war. Der Einbezug des Parlaments bei einer Aufgabenüberprüfung ist nicht so einfach: Einige hier erinnern sich an das letzte Mal, als der alte Gemeinderat im April 2016 bei der letzten Aufgabenüberprüfung dem Parlament 5, je nach Perspektive, eher willkürlich ausgewählte Massnahmen zur Kenntnisnahme vorlegte. Das Parlament lehnte dieses Vorgehen ab und nahm nur von der gesamten Aufgabenüberprüfung Kenntnis. Ich war damals wohl der einzige, welcher zustimmend Kenntnis genommen hat.

Das Instrument der Kenntnisnahme ist aber im Grunde nicht sehr gut geeignet, um dem Gemeinderat eine differenzierte Rückmeldung zu einer Aufgabenüberprüfung zu geben. Was soll der Gemeinderat aus einer teilweise zustimmenden Kenntnisnahme schliessen? Unter anderem aus diesem Grund wurde dieses Jahr ein anderes Vorgehen gewählt, nämlich die Konsultation. Die Finanzkommission ist der Überzeugung, dass sich der Prozess gelohnt hat.

Beim Einbezug des Parlaments wurde also ein Fortschritt erzielt. Es gab in dem Prozess aber auch Misstöne. Wie erwähnt, hat der Gemeinderat nur relativ wenige Anträge der Finanzkommission angenommen. Bei einzelnen vom Gemeinderat abgelehnten Anträgen steht dies im Widerspruch zu den Spielregeln, die das Detachement des Gemeinderates dem Präsidium der Finanzkommission in einer Vorbesprechung und anschliessend gemäss Finanzkommissionsprotokoll zugesichert hat.

Die Finanzkommission wird an einer ihrer nächsten Sitzungen das Vorgehen zur Erarbeitung der Aufgabenüberprüfung rückblickend analysieren und über Verbesserungsvorschläge für die Zukunft beraten.

Die Konsultation zur Aufgabenüberprüfung schränkt das Parlament rechtlich nicht ein. Es steht dem Parlament frei, heute Änderungsanträge zu Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung zu stellen. Es kann dies mittels Budgetänderungsanträgen tun, sofern die Massnahmen das Budget 2020 betreffen. Ich bitte die Gemeindepräsidentin, zuhanden des Parlaments zu erläutern, wie der Gemeinderat mit Änderungsanträgen umgeht. So viel zur Aufgabenüberprüfung.

Die Finanzkommission hat sich auch mit der Konkretisierung der Kostenbremse befasst. Bei der Kostenbremse geht es im Wesentlichen darum, dass der vom Gemeinderat direkt steuerbare Personal- und Sachaufwand teuerungsbereinigt höchstens halb so stark steigt wie die Bevölkerungszahl. Es gibt auch Personal- und Sachaufwände, die vom Gemeinderat kaum oder nicht beeinflusst werden können oder die durch Dritte finanziert sind. Diese sind von der Kostenbremse ausgenommen, insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe und Tagesschulen. Ebenfalls ausgenommen ist der Transferaufwand aus dem FILAG. Sonderkosten für die Pensionskasse im Zusammenhang mit dem Primatwechsel oder, wie zurzeit geplant, mit der Anpassung der technischen Grundlagen, werden ebenfalls nicht angerechnet.

Dem heutigen Parlamentsantrag liegt eine Beschreibung der Kostenbremse und ihrer Umsetzung bei. Die Finanzkommission hat anfangs Jahr ein detaillierteres Papier erhalten und dem Gemeinderat Empfehlungen dazu abgegeben, zum Beispiel:

- dass es keine weiteren Personal- oder Sachkosten von der Kostenbremse ausgenommen werden sollen,
- dass die gemäss Kostenbremse zulässige und die effektive Steigerung von Personal- und Sachaufwand für die ganze Gemeinde sowie pro Direktion, aber nicht detaillierter bekanntgegeben werden sollen,
- dass beim Personalaufwand die Teuerung nur angerechnet werden soll, wenn das Personal tatsächlich einen Teuerungsausgleich erhält, und dass beim Sachaufwand nicht nur die positive, sondern auch die negative Teuerung angerechnet werden soll.

Der Gemeinderat will den Empfehlungen der Finanzkommission grundsätzlich entsprechen, ausser bei den Empfehlungen zur Teuerung.

Das Parlament wird sich mit der Kostenbremse in der Finanzberichterstattung, insbesondere in der Jahresrechnung, befassen können sowie bei der Abschreibung der Motion 1825 „Umsetzung des Konzepts einer Kostenbremse“.

Für das Budget 2020 konnte die Kostenbremse um CHF 160'000 nicht ganz eingehalten werden. Ob die Kostenbremse definitiv eingehalten ist oder nicht, sieht man erst bei der Rechnung 2020.

Noch eine letzte Anmerkung zur Kostenbremse: Auf Seite 12 im Parlamentsantrag erläutert der Gemeinderat das Instrument. Im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der Kostenbremse weist er darauf hin, dass das Parlament durch den Beschluss des Verpflichtungskredits für «Fuss-Velo-Köniz» den Sachaufwand um CHF 300'000 erhöht habe. Die Aussage wirkt etwas wie eine Rechtfertigung. Deswegen ergänze ich: Das Parlament hat den Kredit für «Fuss-Velo-Köniz» auf Antrag des Gemeinderats angenommen. Zudem wurde es vom Gemeinderat nicht informiert, dass durch die Annahme des Kredits eine Überschreitung der Kostenbremse resultieren könnte.

In anderen Fällen kann die Hauptverantwortung für eine Überschreitung der Kostenbremse aber durchaus beim Parlament liegen. Der Gemeinderat ist nicht verpflichtet, die Kostenbremse einzuhalten, wenn das Parlament ihm einen Strich durch die Rechnung macht. Hält er hingegen die Kostenbremse selbst nicht ein, holt er dies im nächsten Budget nach.

Noch zwei Hinweise zum Budget 2020:

- Wie ich im IAFP-Votum erwähnte, dürften die höheren Einnahmen aus der Liegenschaftssteuer nächstes Jahr, anders als im Budget vorgesehen, noch nicht hereinkommen. Das sind ca. CHF 3 Mio. Es könnte also sein, dass es nächstes Jahr trotz Steuererhöhung ein Defizit gibt. Das budgetierte Rechnungsergebnis vor den Einlagen in die Zinsschwankungsreserve und die finanzpolitische Reserve würde von einem Plus von CHF 2.9 Mio. auf eine rote Null sinken. Sodann würde durch die Einlage in die Zinsschwankungsreserve, sofern das Parlament sie beschliesst, ein Defizit von gut CHF 1 Mio. entstehen.
- Wenn das Parlament in der Budgetdebatte Änderungsanträge beschliesst, passt der Gemeinderat das Budget an und arbeitet bei dieser Gelegenheit auch die Mehrkosten von CHF 28'000 ein, die sich durch die Verschiebung des Geschäfts „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland“ von Juni auf heute ergeben haben. Wenn das Parlament keine Änderungsanträge beschliesst, wird der Gemeinderat die CHF 28'000 hingegen als Nachkredit sprechen.

Ich komme zu den Empfehlungen der Finanzkommission:

- Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass die Einkommenssteuer jetzt erhöht werden sollte. Begründungen hierfür sind: der Investitionsstau, die nötigen Investitionen in Schulhäuser oder die Verhinderung weiterer Sparmassnahmen beim Service Public.
- Eine Minderheit stellt fest, dass nach wie vor kein Schuldenabbau stattfindet und das Geld stattdessen in die laufende Rechnung gehe. Eine Steuererhöhung würde den Druck für eine dauerhafte

Lösung reduzieren. Eine weitere Steuererhöhung sei angesichts der neuen FILAG-Zahlen absehbar.

- Die Meinungen darüber, wie weit die Motionen, die letzten Dezember überwiesen wurden, erfüllt sind, gehen in der Finanzkommission auseinander.
- Die Finanzkommission ist der Ansicht, dass generell oder zurzeit keine Änderung an der Liegenschaftssteuer vorgenommen werden soll.
- Die Finanzkommission empfiehlt Ziffer 3 des Parlamentsantrags mit 4 Ja zu 1 Nein bei 2 Enthaltungen zur Annahme.
- Der Gemeinderat beantragt gemäss dem einschlägigen Reglement in Ziffer 1 eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve. Das Parlament entscheidet, ob es dem Antrag folgen will. Die definitive Höhe der Einlage wird wie immer erst mit der Rechnung bekannt werden und kann dann nicht mehr vom Parlament beeinflusst werden. Die Finanzkommission empfiehlt Ziffer 1 mit 5 Ja zu 2 Nein zur Annahme. Einzelne Mitglieder machen die Einlage in die Zinsschwankungsreserve davon abhängig, dass auch bei der Steuererhöhung ein Ja herauskommt. Mit anderen Worten: sie erachteten es nicht als sinnvoll, eine Einlage in die Zinsschwankungsreserve zu tätigen, wenn die Steuern nicht hoch gehen und daher ein Verlust budgetiert würde.
- Ziffer 2 ist neu. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme durch das Parlament. Man könnte aber sagen, dass sich Ziffer 2 eigentlich an ein breiteres Publikum richtet: Man soll dem Parlamentsbeschluss ansehen, dass das budgetierte Ergebnis nur deswegen eine 0 ist, weil zuvor noch CHF 1.7 Mio. in die finanzpolitische Reserve eingelegt werden. Ich habe zudem die Vermutung, dass der Gemeinderat wenigstens eine Ziffer einbauen wollte, bei der sich alle im Parlament einig sind. Die Finanzkommission geht mit gutem Beispiel voran und nimmt Ziffer 2 einstimmig zustimmend zur Kenntnis.
- Zur Botschaft stellt die Finanzkommission drei Änderungsanträge. Unter Vorbehalt dieser Anträge empfiehlt sie die Botschaft einstimmig zur Annahme. Ich habe jetzt schon lange gesprochen und werde unsere Änderungsanträge daher in der Detailberatung vorstellen.
- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament, allfällige Änderungsanträge, die zu Mehrkosten oder Mindereinnahmen führen, durch weitere Anträge zu kompensieren.

Gemeindepräsidentin, Annemarie Berlinger: Obwohl der Präsident der Finanzkommission dies schon gesagt hat, möchte ich nochmals festhalten, dass die budgetierten Mehreinnahmen durch die Neubewertung der Liegenschaften im Moment noch in Frage stehen. Dies ist in den Unterlagen noch nicht so abgebildet, denn das hat sich seit den Sommerferien durch einen Bundesgerichtsentscheid so ergeben.

Parlamentspräsident Mathias Rickli hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Erica Kobel, FDP: Vorerst wollen wir ganz herzlich für diese von der Verwaltung und vom Gemeinderat getätigten Arbeiten in Bezug auf das Budget 2020 herzlich danken. Wir sind der Überzeugung, dass dies ein guter Prozess war und dass er allen gut getan hat. Lange wurde „gewebelt“, damit eine Aufgabenüberprüfung stattfinden konnte. Und jetzt haben wir immerhin einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mit Freude konnte ich einem Zeitungsbericht entnehmen, dass auch die SP dies inzwischen einsieht und zwar aufgrund eines Zitats in einem Artikel des Bundes, welches von unserer Gemeindepräsidentin stammt. Dadurch, dass die einzelnen Massnahmen schon in den Fraktionen vordiskutiert worden sind, konnten deren Hauptanliegen bereits aufgenommen werden. Und wir haben es in den Ausführungen des Finanzkommissions-Präsidenten gehört: So konnten zum Teil auch Änderungswünsche bereits eingearbeitet werden. Zwar nicht zur Zufriedenheit von allen, aber immerhin.

Die FDP hat sich immer dafür ausgesprochen, jene Massnahmen, welche vorbesprochen und in den Fraktionen diskutiert worden sind, als Paket zu überweisen und nicht an den einzelnen Massnahmen herum zu schrauben. Das erscheint uns auch heute noch grundsätzlich richtig. Beginnen wir herum zu schrauben, dann wird es extrem schwierig werden. Und muss herum geschraubt werden, dann nur, wenn man gleichzeitig auch eine Kompensation vorlegen kann, wie ein gestrichener Betrag kompensiert werden kann.

Wie ihr alle wisst, haben wir im Bereich der Wirtschaftsförderung an der letzten Parlamentssitzung eine Rückweisung verlangt, weil wir mehr Informationen wollten. Dadurch konnte die Beteiligung an der Teilkonferenz Wirtschaft nicht gekündigt werden. Im Budget sind dadurch CHF 28'000 Mehrausgaben entstanden. Wir schlagen hier eine Kompensation vor: Dadurch dass der Gemeinderat seine Aktivierungsgrenze wieder auf CHF 50'000 legt. Damit hätten wir diesen Betrag wieder um ein Mehr-

faches kompensiert. Wir erachten es als etwas engstirnig, wenn man heute behauptet, wir haben dies gemacht weil der Kanton Konstanz verlange. Wir hatten diese Konstanz früher und ich bin überzeugt, dass man mit dem Kanton reden könnte und dass auch dieser einsehen wird, dass das für das Budget grundsätzlich eine bessere Lösung für die Gemeinde Köniz wäre.

Bereits im Vorfeld wurde viel über dieses Budget gesprochen und es ist daher auch ein offenes Geheimnis, dass die FDP/Die Liberalen dieses Budget, welches eine Steuererhöhung beinhaltet, nicht annehmen und nicht unterstützen wird. Wir sind nach wie vor gegen eine Steuererhöhung und stellen hiermit den Antrag die Steuern nach wie vor auf dem Fuss von 1.49 zu behalten. Dieser Antrag wurde dem Büro schriftlich zugestellt und liegt auf der Tischvorlage vor.

Viele Argumente, weshalb wir gegen eine Steuererhöhung sind, wurden bereits in den Ausführungen zum IAFP dargelegt. Ich wiederhole diese hier daher nicht nochmals. Wir werden diese jedoch für die Botschaft ergänzen.

Wir sind im Weiteren der festen Überzeugung, dass es auch anders geht und dass es im Rahmen von internen Prozessoptimierungen noch weitere Möglichkeiten zu einer effizienteren Führung der Gemeinde gibt. Mit einer Steuererhöhung - da kann man sagen was man will - sinkt grundsätzlich der Druck, die Finanzen im Griff zu haben. Das wäre schade, denn die Gemeinde ist bedingt durch die Aufgabenüberprüfung in einem neuen, dynamischen Prozess, welcher sehr positiv ist und welcher es erlaubt, Aufgaben neu zu überdenken, alte Zöpfe hinter sich zu lassen und über neue Priorisierungen zu sprechen. Wenn man Innovationen will, dann muss man auch Exnovationen in Kauf nehmen. Das heisst, man muss wirklich alles von Grund auf neu überdenken. Und das täte der Gemeinde Köniz sehr gut.

Das Volk zu bitten, tiefer in die Tasche zu greifen, muss der allerletzte Schritt sein. Und es darf auch nicht so weit kommen, dass wenn der Druck wegfällt, eine Steuererhöhung der anderen folgt. Denn wenn man wirklich den Argumentationen jener folgt, welche eine Steuererhöhung mit gewissen finanziellen Folgen befürworten, dann reicht diese Steuererhöhung nicht. Dann folgt in zwei Jahren und vielleicht auch in vier Jahren erneut eine Steuererhöhung. Und diese Salamiaktik wollen wir nicht. So lange noch so viele Punkte offen sind, so lange ist es für eine Steuererhöhung noch nicht Zeit. Und dem Volk dann noch versteckt zu drohen, dass wenn es einer Steuererhöhung nicht zustimme, dann sei allenfalls die Frage nach einer Fusion wieder offen, das ist einfach nur peinlich.

Für das Budget 2020 heisst dies konkret von unserer Seite her, dass wir den Antrag stellen, den Steuerfuss auf 1.49 zu belassen. Dann werden wir das Massnahmenpaket, so wie es heute vorliegt, unterstützen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Danke Erica Kobel. Darf ich dich bitten noch zu präzisieren: Hat eure Fraktion den Antrag gestellt, dass sie die Aktivierungsgrenze verschieben will?

Fraktionssprecher Erica Kobel, FDP: Nein. Das wäre aber vielleicht eine gute Idee.

Fraktionssprecher Christian Roth, SP: Köniz ist attraktiv. Die Nähe zu den Ausgangsorten der Hauptstadt und die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten auf dem Land und in den Wäldern sind überzeugend. Köniz verfügt über viele Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche, hat boomende Tagesschulen, zahlreiche Kitaplätze – es könnten noch etwas mehr sein -, ein breites Schulsportangebot und Jugendarbeit in den Quartieren. Köniz wächst, das haben wir gehört. Im Jahr 2000 hatte Köniz ca. 37'000 Einwohnerinnen und Einwohner, Ende 2018 waren es über 42'000. Das zeigt: Die 13. grösste Schweizergemeinde ist zwar nicht sehr bekannt, doch sehr beliebt.

Köniz investiert. Aufgrund des leider immer noch vorhandenen Investitionsstaus, aber auch aufgrund der Attraktivität der Gemeinde Köniz für Familien, muss Köniz investieren. Wir müssen neue Schulhäuser bauen, wie beispielsweise im Ried für ca. CHF 28 Mio. Wir müssen Schulhäuser sanieren, wie der Spiegel mit CHF 21 Mio. dran ist. Und wir müssen Schulhäuser erweitern, so beispielsweise in Wabern mit dem alten Dorfschulhaus mit CHF 6.5 Mio. Aber auch der Strassenunterhalt und der Ausbau des Rad- und Fusswegnetzes, sowie die Investitionen in den Öffentlichen Verkehr verursacht Investitionen von insgesamt ca. CHF 40 Mio. pro Jahr. Das ist eine enorme Summe, welche aber auch richtig und gut ist. Denn endlich machen wir es.

Leider gibt es auf der Kehrseite dieser Medaille ein grosses Aber: Köniz ist nicht nachhaltig finanziert, das haben wir schon gehört. Der Selbstfinanzierungsgrad ist die Zahl, welche zeigt, wie viel von seinen Investitionen Köniz aus der eigenen Tasche bezahlen kann. Dieser Selbstfinanzierungsgrad bewegt sich seit Jahren auf einem sehr tiefen Niveau von 25% bis 40%. Das bedeutet, dass für CHF 100, welche wir investieren, CHF 60 bis CHF 75 fremd aufgenommen und nicht selber bezahlt werden können. Darum macht man Schulden, welche sich bis in fünf Jahren auf ca. CHF 452 Mio. erhöhen

werden. Das ist doch eine ordentliche Zunahme und niemand weiss, was dies mit der Abhängigkeit von den Zinsen bedeutet. Sollten diese ansteigen, dann haben wir ein echtes Problem.

Leider schreibt Köniz auch seit 2012 keine schwarzen Zahlen mehr, sondern nur noch rote. Dadurch schmilzt unser Eigenkapital wie Butter an der Sonne, was so nicht mehr weiter gehen kann. Man kann nicht sagen, dass der Gemeinderat kein Gegensteuer gegeben hat. Bereits 2016 und 2018 hat der Gemeinderat versucht, den Haushalt nachhaltiger zu finanzieren und zweimal hat das Könizer Parlament zur beantragten Steuererhöhung *nein* gesagt. Diese wurde als angeblich unnötig abgelehnt. Wir haben zwei Stabilisierungsprogramme hinter uns und jetzt haben wir ein Aufgabenüberprüfungsprogramm, welches Teil des Budgets 2020 ist.

Für die SP ist das vorliegende Budget 2020 wegen Teilen dieses Aufgabensenkungsprogramms ein echtes Dilemma. Es ist eine Zwickmühle – oder mit dem Bild einer anderen Partei auf nationaler Ebene gesprochen, ein saftiger Apfel mit Würmern. Denn es schmerzt die SP sehr, wenn man beim Schulsport spart, ein Angebot, für welches Köniz weit herum bekannt ist und welches dafür sorgt, dass Könizer Schülerinnen und Schüler an ein vielfältiges Sportsortiment herangeführt werden. Es tut der SP-Fraktion weh zu sehen, dass bei der Villa Bernau CHF 25'000 gespart werden sollen. Bei einem Angebot, welches in Wabern stark verankert ist und zum Gemeinwesen und Selbstverständnis von diesem grossen und stark wachsenden Ortsteil beiträgt. Der SP-Fraktion brennen die Augen, wenn bei der Energiefachstelle finanzielle Mittel gestrichen werden sollen. Bei einer Fachstelle, welche unbedingt dazu beitragen soll, dass Köniz seinen Verpflichtungen zum Klimaschutz nachkommt. Die SP-Vorfahren würden sich im Grab umdrehen, würden sie hören, dass der Gemeinderat unter anderem dem Badpersonal die Schichtzulagen streichen will und dass der Gemeinderat die Ferienregelung für das Könizer Personal als zu grosszügig tituliert und den Ferienetat kürzen möchte. Und das zu Zeiten des Fachkräftemangels, unter welchem auch Teile der Könizer Verwaltung leidet. Für die SP-Fraktion ist es nicht akzeptabel, dass beim Angebot MidnightSports gespart oder dieses vielleicht sogar gestrichen wird. Ein Angebot, welches den Könizer Jugendlichen ein alternatives Abendangebot schafft, welches präventiv wirkt und stets gut besucht ist. Das alles verursacht der SP-Fraktion echte Bauchschmerzen.

Aber es gibt auch hier ein grosses Aber: Die Könizer Finanzen müssen unbedingt besser und nachhaltiger finanziert werden. Wir haben dies schon mehrfach an dieser Stelle gefordert. Damit Köniz attraktiv bleibt und nicht weitere einschneidende Sparrunden folgen, braucht es nun endlich eine Erhöhung der Steuern in Köniz um mindestens ein halbes Steuerzehntel. Mindestens auf die Höhe der Steuern, welche die Stadtbernerinnen und –berner bezahlen. Und es braucht aus Sicht der SP auch eine Erhöhung der Liegenschaftssteuern, damit jene Könizerinnen und Könizer, welchen es etwas besser geht und welche Liegenschaften besitzen, einen grösseren Anteil am Service Public mitfinanzieren können.

Steuern zu erhöhen, das ist weder eine besonders lustige Angelegenheit, noch eine attraktive. Auch wenn gewisse Kreise in diesem Saal der Meinung sind, dass die SP nichts lieber macht, als Steuern zu erhöhen – da kann ich euch versichern, dass ihr euch da täuscht. Täuschen lassen dürfen wir uns aber auch nicht davon, dass eine Steuererhöhung leicht zu kommunizieren und leicht zu vermitteln ist. Hier braucht es nun alle vernünftigen Könizer Kräfte, welche gemeinsam hin stehen, um eine nachhaltige Finanzierung des Könizer Haushalts sicher zu stellen. Und damit das möglich ist, braucht es von Seiten der Mitte und insbesondere von der SVP Zugeständnisse. Denn das braucht es auch von Seiten der SP. Diese ist bereit, diesen Schritt zu machen. Die SP-Fraktion verzichtet heute auf eigene, eigentlich unbedingt angebrachte Änderungsanträge zum Budget 2020. Ihr könnt euch in etwa vorstellen, in welchen Bereichen diese gestellt worden wären. Wir werden auch grossmehrheitlich keine solchen Anträge unterstützen. Im Gegenzug erwartet die SP-Fraktion von der Mitte endlich ein klares *Ja* zu einer Könizer Steuererhöhung. Das haben wir in den letzten Jahren vermisst. Und von der SVP erwarten wir ebenfalls ein entschiedenes *Ja* zum Steuersatz 1.54.

Und da wir wissen, dass die Steuererhöhung letztendlich nicht im Parlament entschieden wird, sondern dass die Könizerinnen und Könizer darüber abstimmen werden, erwartet die SP insbesondere von der SVP ein öffentliches und klares Commitment zu dieser jetzt notwendig gewordenen Steuererhöhung. Sie soll klar hin stehen und ihren Wählerinnen und Wähler erklären, warum Köniz nun doch eine leichte und verträgliche Erhöhung des Steuerfusses benötigt. Denn dies ist für die SVP und Teile der Mitte sicherlich nicht einfach. Aber ich kann euch versichern, das ist es auch für die SP ganz sicher nicht, doch es muss jetzt einfach sein.

Fraktionssprecher Iris Widmer, Grüne: Köniz nimmt einen neuen Anlauf für eine Steuererhöhung. Im Jahr 2016 haben wir erfolglos einen ersten Anlauf genommen, dann im 2018 einen zweiten und heute Abend den dritten. Die Gründe, welche für eine Steuererhöhung sprechen, sind seit 2016 dieselben

geblieben und unsere Argumente für eine Steuererhöhung wiederholen sich darum entsprechend. Die Gemeinde schreibt seit Jahren Defizite. Seit 2010 entwickelt sich Aufwand und Ertrag nicht im Gleichschritt. Einerseits haben wir in Köniz einen Investitionsstau – zahlreiche Investitionen sind herausgeschoben und vernachlässigt worden, wir denken hier vor allem auch an die Schulhäuser - und diese Investitionen muss man jetzt tätigen. Diesem investierten Betrag steht später auch ein Wert im Verwaltungsvermögen gegenüber.

Andererseits befindet sich Köniz in einer Phase der Vorinvestitionen: Köniz hat in der Vergangenheit eine Wachstumsstrategie verfolgt und hat nun auch die Folgen zu tragen. Wir denken auch hier an die Investitionen in den Schulhäusern, aber auch an den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Aus unserer Sicht ist es richtig, dass im hervorragend erschlossenen Köniz verdichtet und entwickelt wird und der ländliche Raum nicht weiter zubetoniert und zersiedelt wird. Diese Vorinvestitionen kosten zwar, doch diesen stehen künftig auch Steuereinnahmen gegenüber.

Die Steuererhöhung betrachten wir insgesamt als massvoll. Wir liegen nicht höher als die Stadt Bern. Die Zahlen, was es die einzelnen Haushalte kostet, sind in der Botschaft ausgewiesen und gehen von CHF 5.75/Monat bis CHF 23/Monat. Das ist eine Spannweite, welche uns verkraftbar dünkt. Der Druck auf die Könizer Finanzen bleibt, auch wenn wir nun dieser Steuererhöhung zustimmen. Einer Steuererhöhung nicht zuzustimmen, weil es nicht ausreicht, wie dies die FDP-Sprecherin dargelegt hat, das ist keine überzeugende und überhaupt unlogische Argumentation.

Doch was ist jetzt bei dieser Steuererhöhung heute Abend anders als noch beim ersten Anlauf? Es wurde über die Bedingungen der Steuererhöhung hart verhandelt und der Gemeinderat ist den Bedingungen der Mitte-Rechts in unseren Augen nachgekommen. Es hat eine weitere, mittlerweile die dritte Aufgabenüberprüfung stattgefunden und es wurde eine Kostenbremse eingeführt. Wir möchten daran erinnern, dass die Aufgabenüberprüfung Ausgaben betrifft, welche die Gemeinde selber kurz oder mittelfristig beeinflussen kann. Dieser Anteil ist gering, nämlich tiefer als 20% des gesamten Gemeindebudgets. Dieser Aufgabenüberprüfung, wie sie heute vorliegt, ist ein intensiver Prozess zwischen Gemeinderat, Finanzkommission und Fraktionen vorausgegangen - der Sprecher der Finanzkommission hat dies erläutert. Die Grüne-Fraktion ist sich sehr bewusst, dass um die Aufgabenüberprüfung zäh verhandelt worden ist. Alle Parteien mussten einstecken und alle mussten einander entgegenkommen.

Es ist uns bewusst, dass das Aufschnüren dieses Pakets an diesem fragilen Konsens rüttelt. Dennoch erlauben wir uns, heute Abend Anträge zu stellen. Ihr seht dies auf der Tischvorlage. Ich möchte vorab kurz begründen, warum wir dies machen: Erstens ist ein Budget die ureigene Aufgabe des Parlaments, auch wenn in Köniz die Budgetdebatten in der Vergangenheit immer zahm verlaufen sind. Den Weg, welchen man jetzt ausprobiert, nämlich die Budgetposten der Aufgabenüberprüfung über Finanzkommission und Fraktion zu bereinigen, war nicht unumstritten und hat zu demokratischen Grundsatzfragen Anlass gegeben. Denn diese Diskussionen sind intransparent. Sie sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich und die Finanzkommission hat von Beginn an betont, dass wenn der Prozess dann einmal durch sei, man selbstverständlich auch am Abend, an welchem die Budgetdebatte geführt wird, noch Anträge nachschieben könne. Und es kam ja auch grundsätzlich zu Misstönen in der Zusammenarbeit, der Finanzkommissionssprecher hat dies erwähnt. Ohne diese Misstöne müssten wir einen Teil dieser Anträge nicht hier stellen. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass unsere Vorschläge auch eine Kompensation vorweisen.

Unsere Anträge betreffen die Energiefachstelle, die Villa Bernau und Easyvote. Kompensiert werden soll das Ganze mit der Erhöhung der Parkgebühren. Ich werde diese Anträge später noch erläutern. Ich möchte zusammenfassend festhalten, dass wir die Ziffer 1, die Einlage in die Zinsschwankungsreserve, ablehnen werden. Dies ist angesichts der finanzpolitischen Reserve völlig unnötig. Wir hatten dies in der politischen Debatte, als es um die Einführung dieses Instruments gegangen ist, auch schon so gesagt. Auch angesichts der finanziellen Situation, in welcher Köniz drin ist, ist es nicht angebracht. Man kann nicht investieren und gleichzeitig Geld für den Schuldenabbau bereitstellen und dann noch in ein „Kässeli“, aus welchem man das Geld kaum mehr herausnehmen kann. Von Ziffer 2 und 3 nehmen wir zustimmend Kenntnis und den Antrag der FDP lehnen wir ab. Ziffer 4, mit den Anträgen, welche der Finanzkommissionssprecher noch erläutern wird, werden wir ebenfalls zustimmen.

Fraktionssprecher Katrin Gilgen, SVP: An erster Stelle bedanken auch wir uns beim Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit für dieses Budget und die Aufgabenüberprüfung. Ich versuche emotionslos zu bleiben und sachlich unseren Standpunkt darzustellen: Seit Jahren kritisieren wir, dass zu wenig haushälterisch mit dem Geld umgegangen wird. Es wird einfach verkonsumiert. Das Gleichgewicht ist nicht mehr vorhanden, aber das Geld wird weiter mit vollen Händen ausgege-

ben. Will man dem Einhalt gebieten, dann wird sofort der Aufstand geprobt. Die Sparwilligen werden beschimpft und als unsozial abgestempelt.

Viele Unternehmungen und vor allem auch viele KMU's in Köniz fördern und stellen Arbeitsplätze bereit. Sie sorgen somit für Steuersubstrat und viele arbeitswillige Könizer Bürgerinnen und Bürger leisten einen grossen finanziellen Beitrag für diese Gemeinde. Köniz ist attraktiv, hat viel zu bieten und das kostet, das ist klar. Aber es kann nicht sein, dass der Bürger mit immer mehr Gebühren und Steuererhöhungen geschröpft wird, um jegliche, zum Teil nicht notwendige, Annehmlichkeiten zu finanzieren. Am liebsten möchte man diese Budgetposten jedes Jahr noch erhöhen.

Die SVP-Fraktion hat vor einem Jahr die geplante Steuererhöhung abgelehnt. Wir haben klar gemacht, dass wir ohne einen vorherigen Sparwillen zu spüren, einer solchen nicht zustimmen werden und eine solche vor dem Volk vehement bekämpfen werden. Wir haben aber auch angedeutet, dass wenn der Gemeinderat ein Zeichen setzt und endlich seinen Sparwillen signalisiert, mit uns über eine Steuererhöhung diskutiert werden kann. Unsere Forderungen mit der eingereichten Motion für eine Aufgabenüberprüfung und eine Kostenbremse ist zwar nicht ganz umgesetzt worden, aber der Gemeinderat hat gehandelt und uns ein Sparpaket, wie auch eine Kostenbremse präsentiert. Wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat, aber auch die Gemeindeangestellten, den Ernst der Lage erkannt haben und zukünftig sinngemäss jeden Franken zweimal umdrehen, bevor man ihn ausgibt. Dies besonders auch bei Investitionen in Sanierungs- und Neubauten, da braucht es lediglich eine zweckmässige Planung und kein Goldrand oder Statussymbol für den Architekten. Es muss einfach verhältnismässig und mit Augenmass geplant werden. Es liegt auch an uns Parlamentariern, solche Exzesse zu unterbinden.

Auf die einzelnen Zahlen in der Vorlage gehe ich bewusst nicht ein. Man kann diese nachschauen und sie wurden schon mehrfach erwähnt. Kurz ansprechen möchte ich aber die im Vorfeld verschickten Bettelbriefe, unter anderem zur Villa Bernau. Mit der vorgesehenen Kürzung von CHF 145'000 auf CHF 120'000, bekäme dieser Verein monatlich immer noch CHF 10'000. Es gibt in dieser Gemeinde bestimmt viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche für denselben Betrag 2 ½ Monate arbeiten müssen. Und diese bezahlen dann noch Steuern und Gebühren. Und noch so mancher anderer Verein wäre überglücklich, wenn er nur einen Zehntel davon erhalten würde. Dazu kommt, dass sich der Nettoaufwand für das Gemeinschaftszentrum Villa Bernau im Vergleich zum Budget 2019 nur um rund CHF 14'000 oder zur Rechnung 2018 sogar nur um CHF 11'000 verringert.

Beim Konto 3980.3151 „Unterhalt etc.“, hat sich der Betrag um sage und schreibe CHF 11'000 erhöht und leider auch jener bei den „Dienstleistungen an Dritte“. Dort haben keine Anpassungen zur Rechnung 2018 stattgefunden. Mit dieser Aussage möchte ich den Gemeinderat darauf aufmerksam machen, künftig doch vermehrt darauf zu achten, dass gewisse Budgetposten nach unten angepasst werden. Es darf nicht sein, dass über vier, fünf Jahre hinweg, als Beispiel hier dieser Posten „Dienstleistungen an Dritte“, welcher sich im Bereich von plus/minus CHF 2'500 befindet, dann Jahr für Jahr mit CHF 4'500 budgetiert wird. Klar sind es vergleichbar kleine Beträge, doch schlussendlich ergeben diese zusammen einen grossen Posten.

Es fehlt mir die Zeit, um noch mehr auf die Details einzugehen und schlussendlich interessiert ja vor allem unser Entscheid zur Steuererhöhung: Wir sind über eine mögliche Erhöhung des Steuersatzes nicht erfreut. Wir müssen aber auch festhalten und zugeben, dass die finanzielle Lage und vor allem die finanziellen Aussichten der Gemeinde Köniz wohl oder übel eine solche früher oder später nötig macht. Auch zu Gunsten der nachfolgenden Generationen ist es fair, dass die momentane konsumierende Generation ihren Beitrag dazu erhöht. Unsere Forderung ist die Aufgabenüberprüfung mit dem Sparpaket plus Kostenbremse. Das liegt zwar nicht ganz in gewünschter Form, doch aus Sicht der Vernunft akzeptabel vor. Also halten auch wir unser Wort. Die klare Bedingung ist aber, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Sparpaket ohne Wenn und Aber vom Parlament akzeptiert wird. Es ist moderat und vertretbar und es müssen alle Federn lassen. Wir akzeptieren keinen Abänderungsantrag. Das Paket darf nicht aufgeschnürt werden, sondern wird akzeptiert und verabschiedet. Ist dies der Fall, wird sich die SVP-Fraktion mit 8 zu 0 Ja zu einem Steuersatz von 1.54 durchringen. Wir lassen aber auch nicht mit uns diskutieren. Bei jeglicher Abweichung vom Paket, stimmen wir achtmal *nein*. Es müssen alle einen Beitrag leisten, nicht für Einzelne, sondern für Köniz. Ich habe nicht vor, für jeden Antrag nach vorne zu kommen und Stellung zu nehmen. Wir haben eine konsequente Forderung und werden auch gleich konsequent keine Abänderungsanträge unterstützen. Auch nicht solche, welche uns zusagen.

Die Einlage in die Zinsschwankungsreserve unterstützen wir und wir nehmen auch Kenntnis von der Einlage in die finanzpolitische Reserve. Die Liegenschaftssteuer ist so zu belassen, wie es der Gemeinderat verlangt. Ich bin froh und dankbar für die Haltung der SP. Es freut mich für die Zusammenarbeit, mit welcher wir hier nun hoffentlich etwas zustande bringen.

Fraktionssprecher Casimir von Arx, glp: Die Mühlen der Politik mahlen meistens langsam. Aber manchmal geht es auch schnell: So zum Beispiel in der Gemeindepolitik - also nur ein Jahr. Vor einem guten Jahr standen wir am selben Ort wie heute, nämlich vor dem Entscheid über eine Steuererhöhung. Doch heute ist einiges anders. Die Mitte-Fraktion hat vor einem Jahr zusammen mit der SVP und der FDP die Steuererhöhung abgelehnt und eine Extrarunde initiiert. Mit drei Motionen haben wir verlangt, dass verbindliche ausgabenseitige Massnahmen ergriffen werden. Wir haben eine Aufgabenüberprüfung, eine fertige Ausarbeitung des Instruments Kostenbremse und das Vorlegen einer Liste mit den freiwilligen Leistungen der Gemeinde Köniz verlangt.

Man ist aber noch bei keiner dieser Forderungen am Ziel: Die Aufgabenüberprüfung existiert bisher nur auf dem Papier und sie geht nicht ganz so weit, wie in der Motion gefordert. Die Kostenbremse ist ausgearbeitet, rechtlich aber noch nicht verankert. Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung haben wir uns zwar mit freiwilligen Leistungen befasst, doch die geforderte Liste liegt noch nicht vor. Fussnote: Als Erstunterzeichner erachte ich weder die vollständige Liste aus der Aufgabenüberprüfung noch die sogenannte BTN-Liste als die geforderte Liste der freiwilligen Leistungen, Ende Fussnote. Aber es ist im letzten Jahr einiges unternommen worden. Der Gemeinderat hat den Auftrag ernst genommen und hat wie vor einem Jahr gewünscht, für das Budget 2020 Ergebnisse vorgelegt. Die Extrarunde hat sich dank der ausgabenseitigen Massnahmen, welche nun aufgegleist sind, gelohnt. Wir stehen nun an einem Punkt, an welchem auch die aktuell wichtigste einnahmenseitige Massnahme, nämlich die Steuererhöhung, mehrheitsfähig ist - und zwar mit einer satten Mehrheit. Die Extrarunde hat zu einem breiten Schulterchluss geführt. Kurz vor der Ziellinie haben wir zumindest was die Steuererhöhung angeht, zwar die FDP verloren, aber wir haben dafür die SP gewonnen. Und vielleicht helfen auch die Grünen am Schluss der Debatte auch noch mit. Dann hätten wir einen „Links-rechts-grünen-mitte-Schulterchluss“, das ist doch auch einmal etwas Neues. Mich freut zwar die breite Einigung, doch es ist nun mal auch so, dass ausgabenseitige Massnahmen, sprich Sparen, nicht wirklich Freude machen.

Schon vor einem Jahr haben wir hier diskutiert, dass alle ihre Kröten werden schlucken müssen und meine Vorredner und Vorrednerinnen haben dies mit verschiedenen Formulierungen bereits angedeutet. Es müssen alle Kröten schlucken, damit wir ans Ziel kommen. Ich möchte nicht verhehlen, dass auch die Mitte-Fraktion mit einzelnen Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung ihre Mühe hat. Ich finde es unglücklich, dass der Gemeinderat die Unterstützung von Vereinen, namentlich von der Villa Bernau kürzt. Und dies obwohl gar keine Auslegeordnung zu diesem Thema vorliegt, wie sie in der Interpellation von der Mitte und von der FDP mit dem Titel „Wie unterstützt die Gemeinde Köniz Vereine“ verlangt wird. Ich hoffe, es geht bei dieser Interpellation nicht wieder sieben Monate, bis wir darüber sprechen können. Auch dürfen die Einsparungen bei der Energiefachstelle nicht dazu führen, dass beim Klimaschutz Massnahmen gekürzt werden. Dabei denke ich vor allem an das Thema Wärmenetz. Und dann finden wir es auch nicht ganz sauber, dass die Streichung der Mittel für „Hallo Velo“, welche wir im Parlament bereits für 2019 beschlossen haben, in der Aufgabenüberprüfung nochmals angerechnet werden. Zu Gunsten des Grossen und Ganzen schlucken wir aber unsere Kröten. Das Thema Wärmenetz nehmen wir zudem in einem Vorstoss zusammen mit den Grünen auf, welche heute Abend eingereicht wird. Wir hoffen auf diesem Weg eine Lösung zu finden, welche mit der Aufgabenüberprüfung kompatibel ist.

Den einen ist die Steuererhöhung, den anderen die Aufgabenüberprüfung ein Gräuel. Man muss das Gesamtpaket aus Steuererhöhung und Aufgabenüberprüfung nicht gut finden - es ist nicht alternativlos. Aber man sollte bedenken, um das jetzt vorliegende finanzpolitische Resultat ohne Steuererhöhung zu erreichen, müsste man noch einmal so viel sparen, wie in der Aufgabenüberprüfung. Und ohne Aufgabenüberprüfung müsste man die Steuern doppelt so stark erhöhen, als dies jetzt geplant ist. Ich finde keine dieser Optionen besser, als der Mittelweg, welchen wir hier eingeschlagen haben. Zudem hatte die ganze Übung auch unerwartet gute Seiten gehabt: Wie ich am Samstag in der Zeitung lesen durfte, hat die Aufgabenüberprüfung den Gemeinderat zusammengeschweisst und als Team gestärkt. Das hätte ich jetzt nicht so erwartet, doch das ist natürlich ein willkommener Nebeneffekt.

Ich komme zum Schluss: Die Mitte-Fraktion verzichtet auf Anträge zur Änderung der Aufgabenüberprüfung und lehnt alle solchen Anträge ab, sofern sich die anderen Fraktionen, wie sie dies angekündigt haben, auch daran halten. Wir stellen lediglich einen Ordnungsantrag zum Abstimmungsprozedere. Die Mitte-Fraktion hält zudem fest, dass der Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft Bestandteil der Aufgabenüberprüfung ist. Die Mitte-Fraktion nimmt die Steuererhöhung mehrheitlich an. Die Einlage in die Zinsschwankungsreserve nehmen wir auch an und von der Ziffer 2 nehmen wir natürlich zustimmend Kenntnis. Die Änderungsanträge der Finanzkommission nehmen wir ebenfalls an, ich komme hierfür anschliessend in der Detailberatung bei den Anträgen nochmals nach vorne.

Beat Biedermann, BDP: Nach wie vor ist die BDP überzeugt, dass das Sparpotential im vorliegenden Budget 2020 noch nicht vollständig ausgeschöpft ist. Bevorstehende Projekte und Investitionen sind selbstkritischer, konsequenter, koordinierter anzugehen und durchzuführen. Angedachte Investitionen sind zu überdenken und vielleicht, wie wir dies schon gehört haben, bescheidenere Lösungen und Ausführungen anzustreben. Die BDP lehnt das Budget 2020 und die damit verbundene Steuererhöhung ab.

Tanja Bauer, SP: Ich bin die VPOD-Präsidentin des Kantons Bern. Dies ist die Gewerkschaft im öffentlichen Dienst und in dieser Funktion möchte ich gerne etwas zum vorliegenden Geschäft sagen: Manchmal denke ich, dass die Mitarbeitenden für viele hier im Parlament unsichtbar sind. Denn auch wenn ihr zu Beginn eurer Voten immer schön für die guten Unterlagen dankt, wird dann trotzdem, wenn etwas nicht so läuft, wie ihr euch es vorstellt, die Verantwortung abgeschoben. Oder es wird erzählt und das habe ich auch schon gehört, in der Verwaltung hätte es noch *Luft drin* oder *noch Speck zum Abschneiden* oder man spricht über Effektivität oder darüber, dass man alles neu denken müsse. Das verschleiert jedoch, was wir als Parlament für eine Verantwortung haben: Nämlich für die Mitarbeitenden und ihre Arbeitsbedingungen. Es gehört sich, mit Wertschätzung, Verantwortungsbeusstsein und auch mit Weitblick hier zu sprechen und zu entscheiden.

Darum möchte ich drei Entscheide des Parlaments nochmals anschauen, welche heute in diesem Geschäft vorliegen und welche Konsequenzen diese für die Mitarbeitenden haben. Einerseits ist dies das Abbaupaket, über welches wir gerade sprechen. Erica Kobel, ich muss dich enttäuschen, denn ich finde es nicht gut, wie du dies suggeriert hast. Wie ihr alle wisst, gibt es hier keine linke Mehrheit und Christian Roth hat zuvor ausgeführt, was wir vom Inhalt halten. Es muss hier auch die Möglichkeit geben, ohne Drohgebärden Positionen und Meinungen zu vertreten, welche unterschiedlich sind. Ich habe genau hingeschaut und es sind rund 20 Abbaumassnahmen, welche das Personal direkt betreffen. Es könnten auch noch mehr sein. Es geht insbesondere um Stellenreduktionen, welche zum Teil happig sind. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Aufgaben weniger werden, sondern vielmehr, dass einfach weniger Leute mehr machen müssen. Dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass unsere Gemeinde auch noch wächst. Von daher ist hier ein gewisser Widerspruch enthalten. Und es ist auch eine gewisse Geringschätzung für das Personal. Andererseits gibt es natürlich auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, obwohl man hier probiert hat, diese in Grenzen zu halten. Das sind zum einen die Reduktion der Zeitzuschläge und andererseits die Anpassung der Ferienregelung.

Zweitens will ich kurz auf die Kostenbremse eingehen, denn diese ist auch etwas, was mir für das Personal in Zukunft Sorgen macht. Man koppelt dort den Personalaufwand mit dem Bevölkerungswachstum. Doch die Aufträge kommen ja einerseits aus dem Parlament und andererseits auch noch von anderen Stellen. Die gebundenen Aufträge, über welche wir hier reden, sind nicht nur an das Bevölkerungswachstum gekoppelt. Von daher ist diese Koppelung sehr schwierig und gerade in einer wachsenden Gemeinde könnte das gar noch zu zusätzlichen Aufgaben führen. Und es ist auch aus einem anderen Punkt falsch, denn ich kann aus eigener Erfahrung sagen – ich arbeite in einer anderen Verwaltung – dass es einfach auch unglaublich viel unnötige Bürokratie macht, wenn die Budgetprozesse so aufgebläht werden und man ständig die Quadratur des Kreises erreichen muss. Vielleicht kennen das einige von euch auch.

Drittens möchte ich etwas zur Pensionskasse sagen: Etwas das heute Abend auch schon mehrfach erwähnt worden ist und wozu sich der Gemeinderat noch äussern wird. Hier stimme ich mit dem Gemeinderat überein, dass die Vorsorgebedingungen für die Anstellungsbedingungen in der Gemeinde wichtig sind. Und das ist auch sehr wichtig für den Fachkräftemangel, damit wir hier attraktiv bleiben. Zusammengefasst bedeuten die drei verschiedenen Geschäfte, dass es einerseits eine gewisse Verschlechterung der Anstellungsbedingungen gibt (Zeitzuschläge, Ferienregelung), eine eventuelle Verschlechterung in der Pensionskasse und weniger Ressourcen für die gleiche oder weil Köniz ja wächst, sogar für tendenziell mehr Arbeit. Weiter entsteht durch die Kostenbremse ein starkes Korsett und fehlender Spielraum für Investitionen. Und wie wir wissen ist in gewissen Bereichen das Lohngefüge noch nicht in Ordnung. Ich denke hier insbesondere an die Tagesschule.

Wir müssen endlich auf der Einnahmenseite ansetzen. Die Steuererhöhung ist unbedingt notwendig, insbesondere auch für das Personal, die öffentlichen Dienstleistungen und damit auch für die Bevölkerung und unsere Volkswirtschaft. Denn Öffentliche Dienstleistungen sind nicht so, wie wenn man in einem KMU etwas produziert oder wie man Joghurt macht. Es geht hier darum, dass es der gesamten Bevölkerung zu Gute kommt. Es ist auch für unsere Volkswirtschaft massgebend.

Als Arbeitgeberin soll die Gemeinde deshalb auch exemplarisch sein und Sorge zum Personal tragen. Und das macht der Gemeinderat auch und er schreibt dies auch explizit, zum Beispiel in der Antwort

auf die Interpellation der SP Köniz „Fachkräftemangel und demografische Entwicklung in der Verwaltung“. Darin hat der Gemeinderat ausdrücklich auf seinen Legislaturplan verwiesen und sagt, dass die Attraktivität als Arbeitgeberin wichtig ist. Insbesondere auch gerade wegen des Fachkräftemangels. Für mich bedeutet das vorliegende Geschäft, dass ich mich der Stimme enthalten werde. Denn einerseits weiss ich genau, wie wichtig die Steuererhöhung für das Personal ist, denn wie Casimir von Arx zuvor richtig gesagt hat, droht sonst ein weiterer Abbau. Doch andererseits kommt es zu Abbaumassnahmen, welchen ich als VPOD-Präsidentin so nicht zustimmen kann.

Iris Widmer, Grüne: Die Grüne-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Aufschnürwille oder der Änderungswille an diesem Paket nicht vorhanden ist. Wir möchten hier aber nochmals festhalten, dass wir mit unseren Anträgen alles kompensieren, sollten diese so durchkommen. Und dass diese in diesem Sinne neutral sind. Denn es geht in den einzelnen Anträgen, welche wir hier stellen nicht einfach um eine Massnahme, sondern es geht um grundlegende Politikfelder.

Wenn ich an die Energiefachstelle denke, so gehört das Thema Energie zu den aktuellen politischen Kernthemen. Wir haben heute Abend den Klimanotstand ausgerufen. Man kann dem sagen wie man will, doch wir haben unserer Besorgnis ums Klima Ausdruck verliehen und das braucht finanzielle Mittel. Diese kann man nicht einfach herunterfahren. Wir beantragen lediglich CHF 45'000 von den gesamten CHF 75'000 nicht zu kürzen. Dies betrifft nämlich die Wärmeversorgung. Indem dieser Posten nicht gestrichen wird, können Wärmeversorgungsplanungen und andere externe Studien gemacht werden. Es handelt sich dabei nicht einfach um eine koordinative Aufgabe, sondern um ganz konkrete Abklärungen und Studien, welche man machen muss, damit ein Wärmeverbund errichtet werden kann. Wo wir ja zustimmen, ist bei der Zusammenlegung der Umweltschutz- und Energiefachstelle. Das stellen wir nicht in Frage. Wir wollen aber, dass wenn diese Stellen schon zusammengelegt werden, dass weiterhin 100 Stellenprozente unbefristet zur Verfügung stehen. Aktuell sind ein Teil dieser Stellen, nämlich 60% nur befristet besetzt. Wir verstehen dies nicht und wir erwarten vom Gemeinderat, dass er diese Stelle in eine unbefristete Stelle umwandeln wird.

Dann zum Beitrag an die Villa Bernau: Das ist nicht einfach ein Ort, wo man es lustig hat, obwohl dies auch sein darf. Sondern es ist so, dass lebendige Quartierzentren eine Gemeinde lebenswert machen und zur Vernetzung und zum Austausch der Bevölkerung beitragen. Und mit ihrem vielfältigen Angebot sind sie ein Teil, der zu unserem funktionierenden politischen Gemeinwesen einen wichtigen Beitrag leistet. Ausserdem gab es eine Petition, welche von über 2'000 Menschen unterschrieben worden ist und welche die Bedeutung dieses Zentrums für die Bevölkerung aufzeigt.

Dann der Beitrag an Easyvote, welchen wir auch beantragen: Wenn wir es mit diesen CHF 14'000 schaffen, Jugendliche zur Abstimmung und zu den Wahlen zu bewegen - und das ist bei Easyvote nachweislich der Fall - dann ist uns das CHF 14'000 wert. Wir brauchen diesen politischen Nachwuchs. Unserem Milizsystem gehen die Leute aus, das konnten wir auch heute wieder in der Zeitung lesen. Es ist schwierig, Leute für ein langfristiges Engagement zu gewinnen. Wenn dies ein Beitrag für dieses Problem ist, dann sind diese CHF 14'000 gut investiert.

Mit der Erhöhung der Parkgebühren auf öffentlichem Grund wollen wir diese Ausgaben kompensieren. Wir finden, der öffentliche Grund wird zu günstig vergeben. Eine Parkkarte kostet CHF 30 pro Monat. Das ist doch eigentlich sehr wenig, wenn man es mit einer Einstellhalle vergleicht, welche in der Regel ab CHF 100 erhältlich ist. Unseres Erachtens darf man den öffentlichen Grund nicht so billig vergeben und wir erachten den vorgeschlagenen Aufschlag als verkräftbar.

Es geht nicht einfach nur um ein grundsätzliches Aufschnüren eines Pakets - wir kommen ja in Vielem entgegen. Die SP hat zuvor aufgezählt, was es noch alles für Punkte gibt, welche die Gemeinde Köniz attraktiv und lebenswert machen und für welche wir jetzt schmerzhaft Einsparungen entgegen nehmen müssen. Ich bitte euch daher, nochmals zu überlegen und danke für die Unterstützung.

Erica Kobel, FDP: Gewisse Sachen kann ich von Tanja Bauer natürlich nicht unbeantwortet lassen: Ich habe schon einmal gesagt, dass du auf einer rosaroten Wolke tanzst, nun hast du diesen Tanz wieder aufgeführt. Es ist mir klar, dass du als Präsidentin der VPOD nicht anders kannst, als hier ein solches Votum zu halten.

Ich möchte nur zwei Sachen dazu ergänzen: Die Personalreduktionen, welche du angesprochen hast, die sind passiert. Eine Delegation der Finanzkommission hat mit dem Personalverantwortlichen das Gespräch gesucht und dabei wurde klar, dass diese Reduktionen ohne Kündigungen vor sich gegangen sind. Sondern die Reduktionen wurden gemeinsam mit dem Personal beschlossen. Es war also kein Schreckensszenario, wie du es dargestellt hast.

Und weiter hat man den Vergleich zwischen den Gemeinden gemacht. Man hat geschaut, wie die Angestellten der Gemeinde Köniz angestellt sind und hat dies mit anderen Gemeinden verglichen.

Man kann sagen, dass wir immer noch im oberen Drittel mit unseren Anstellungen liegen. Wir laufen also hier ganz gut und die Kritik ist nicht angebracht.

Was wir bei der Pensionskasse hauptsächlich angesprochen haben waren CHF 2 Mio., welche ab dem Budget 2021 noch enthalten sind. Diese CHF 2 Mio. sind unserer Meinung nach nicht mehr nötig. Dies würde die Rechnung ab 2021 um CHF 2 Mio. verbessern. Das mit der paritätischen Aufteilung der 55% bis 45%, ist eine sehr gute Regelung der Gemeinde. Dies ist so und es muss erlaubt sein, dies zu überdenken. Wir haben keine Anspielung darauf gemacht, dass man es kürzen soll, doch man muss es überdenken. Solche Fragen muss man sich stellen.

Was Easyvote angeht, so erachten auch wird dies als eine sehr gute Institution, doch dann muss man sich halt auch überlegen, ob es nicht eine andere Art der Finanzierung gibt. Ich wäre garantiert bereit, von mir aus selber etwas zu bezahlen, denn dies ist eine gute Sache.

Tanja Bauer, SP: Nur ganz kurz als Erwiderung. Erstens: Ja, es sind zum Teil kleine Reduktionen bei den Stellen, doch es summiert sich und nur weil man niemandem kündigen muss, bedeutet dies nicht, dass es nicht trotzdem einschneidend ist. Insbesondere bei der Kinder- und Jugendarbeit. Das wissen wir alle.

Zweitens: Bei diesen guten Regelungen, welche du angesprochen hast, gibt es natürlich auch Punkte, welche man zusammen vereinbart hat. Gerade bei der Ferienregelung hat man damals vereinbart, wie viele Wochenarbeitszeit oder wie viele Ferien man wollte – und man hat sich für die Ferien entschieden. Und wenn man jetzt dort einseitig einen Teil des Kompromisses kündigt, ist dies zumindest nicht schön.

Und das Dritte ist, dass wir natürlich in Konkurrenz stehen, wenn wir vom Fachkräftemangel sprechen. Vor allem auch mit dem Standort Bern und mit der Stadt Bern. Da muss man auch einmal schauen, wie die Arbeitsbedingungen dort sind. Wir müssen schon darauf achten, dass wir insgesamt fair sind und fair arbeiten. Ich habe aber das Gefühl, dass der Wille des Gemeinderats hierzu da ist und dass man eine gewisse Verlässlichkeit hat.

Und das meine ich: Als Parlament können wir darüber bestimmen, wie die Arbeitsbedingungen aussehen und das muss man verantwortungsbewusst machen.

Simon Stocker, Junge Grüne: Da sind sie wieder, die grünen Teufel, welche immer nur ausgeben wollen und nie sparen wollen. Den Grünen ist es sicherlich bewusst, dass wir uns keine Freunde machen, gerade bei dem Antrag, welcher Easyvote betrifft. Wenn Erica Kobel tatsächlich bereit wäre, ein Crowdfunding zu organisieren oder dies gleich selber übernimmt, dann ziehen wir dieses natürlich zurück.

Doch ich möchte hier trotzdem noch mein Votum dazu abgeben: Ich persönlich war bei der Budgetdebatte nicht mit dabei. Es scheint ein hin- und herschieben dieser Massnahmen gewesen zu sein. Schlussendlich hatte es für alle etwas mit dabei, ein Goodie für Links, ein Goodie für Rechts und niemandem passt es so richtig. Der Konsens hier ist im Grunde, dass man es nicht mehr sehen und hören kann und man mag es nicht mehr aufschneiden, auch wenn es eigentlich am Schluss wieder aufgehen würde oder sogar noch positiv wäre. Ich hoffe, dass ich als Neuer euch nochmals die Augen öffnen kann. Wir lagern CHF 1.1 Mio. ein, um Zinsschwankungen abzufangen. Die Gemeindeverwaltung wächst und die Bürokratie auch, wie dies zuvor bemängelt worden ist. Und dann sparen wir vergleichsweise läppische CHF 14'000 ein und streichen den Beitrag, für ein enorm wichtiges und grunddemokratisches Mittel.

Die Schweiz wird weltweit als Vorbild und Paradebeispiel für eine gute Demokratie angeschaut. Und viele Leute hierzulande sind darauf stolz und preisen dieses hoch an. Ich kann es nicht nachvollziehen und finde es abstrus, dass die Gemeinde Köniz als fortschrittliche Schweizer Gemeinde, genau bei dieser Demokratie einsparen will. Easyvote ist ein simples und einfaches Mittel, welches Jugendliche politisch bildet. Die komplizierten Vorlagen werden vereinfacht und die Pro und Kontras neutral präsentiert. Ja, man kann sagen, dass die heutigen Jungen alles nur noch auf dem Handy anschauen und es vielleicht gar keinen Sinn macht, ausgedruckte Easyvote-Blätter zu verschicken. Ich hoffe aber, dass es viele Junge gibt, welche sich interessieren und dies herunterladen und die Easyvote-App auch lesen. Dort kann man nämlich auch Filme anschauen. Jene, welche Easyvote aber nicht kennen und auch nicht so politisch interessiert sind, die machen das aber nicht. Genau da hilft ein Easyvote-Blatt, welches zu Hause auf dem Küchentisch liegt. Übrigens profitieren auch sehr viele Mütter und Väter von diesem Angebot. Meiner Meinung nach sollte dies im Grunde in jeden Schweizer Haushalt verschickt werden.

Ich komme auf den Punkt: Ich bitte euch, diese undemokratischen Sparmassnahme nochmals genau zu überdenken und möchte, dass die Gemeinde Köniz auch weiterhin Easyvote verschickt, welches

die Jungen politisch bildet und aufklärt. Das Ganze ist ein Spottpreis. Wie ihr zuvor gehört habt, würde eine kleine Erhöhung bei den Parkgebühren locker ausreichen, um dies zu kompensieren.

Christian Roth, SP: Ein Nachtrag noch zur Zinsschwankungsreserve: Die SP stimmt dem Antrag für die Zinsschwankungsreserve mehrheitlich nicht zu. Die SP-Fraktion will nicht riskieren, dass Gelder aus dem Eigenkapital in diese Zinsschwankungsreserve verschoben werden, welche dann zweckgebunden sind.

Es freut mich zu hören, dass die SVP zustimmt. Im Moment sieht es so aus, als könnten wir diesen Deal so abschliessen und zur Volksabstimmung führen.

Noch zur Villa Bernau: Die Gemeindepräsidentin wird es sicherlich noch sagen, dass diese CHF 11'000 nicht der Villa Bernau angelastet werden. Meines Wissens handelt es sich um ein öffentliches WC, für welches der Unterhalt hier zugeschlagen wird.

Zur FDP noch ganz kurz: Ich muss schon sagen, ein Stellenabbau ist nicht einfach nur Luft herausnehmen. Mit den Finanzkommissionsbesuchen habe ich festgestellt, dass es auch Bereiche gibt, wo wir aufpassen müssen, dass wir Aufgaben noch erfüllen können. Nimmt man Prozente raus und die Leute werden einfach noch mehr gedrückt, obwohl es knapp wird, dann habe ich schon Bedenken, ob es überall geht. Die SP ist auch der Meinung, dass man effizient arbeiten und Synergien nutzen soll. Es macht Sinn, dass Umweltfachstelle und Fachstelle Energie zusammengelegt werden, damit man diese Synergien nutzen kann, das überzeugt die SP. Doch gleichzeitig ist es Auftrag des Gemeinderats - und ich bin überzeugt, dass er diesen auch wahrnimmt - hinzuschauen und zwar auch dort, wo es eben keine Luft mehr drin hat und man trotzdem versucht 10 oder 20% raus zu nehmen. Dann müssen wir aufpassen, dass unsere Aufgaben noch erfüllt werden können. Denn Leute, welche krank werden, helfen uns auch nicht weiter.

Annemarie Berlinger, Gemeindepräsidentin: Ein Jahr später sind wir an einem anderen Ort, als wir es im August 2018 waren. Der Weg zu dieser Diskussion war durchaus steinig. Wir haben heftige Diskussionen geführt. Ihr habt zwar aus der Zeitung zitiert, es habe den Gemeinderat zusammengebracht, das hätte ich mir auch anders vorstellen können, aber es war intensiv. Die Finanzkommission hat viel gearbeitet in dieser Aufgabenüberprüfung, ihr habt in den Fraktionen viel gearbeitet und wir haben heute etwas vorliegend, zu welchem ich zum Teil ein grosses *Aber* gehört habe. Doch ich glaube, es geht heute wirklich darum, längerfristig zu denken und die Weichen zu stellen. Wer den Finanzplan anschaut – und da muss ich schnell zur FDP schauen – der sieht, dass es selbst mit Steuererhöhung noch nicht rosig aussieht. Ich würde sagen, wir haben ein Etappenziel erreicht, so wie wir heute dastehen. Doch diese Reise geht weiter und hier das Gefühl zu haben, dass mit der Steuererhöhung Druck wegfallt, das ist ein Fehlschluss. Mit einer Steuererhöhung kann man die Ausgangslage verbessern, Goldränder gibt es mit dieser aber nicht. Und es sind wirklich viele Investitionen, welche anstehen und über welche ich heute viel gehört habe, dass man diese anpacken sollte und diese nicht bestritten sind. Über Standards kann man sich noch unterhalten. Doch es ist nötig, dass wir heute in die Zukunft der Gemeinde Köniz investieren.

Zur Aufgabenüberprüfung: Ja, ich gehe mit euch einig, dass ein Teil dieser Massnahmen bitter für jene sind, welche es direkt betrifft. Und diese sind bitter für jene, welche sich für diese Anliegen seit Jahren einsetzen. Und doch – und das möchte ich hier betonen – was als Massnahme in dieser Aufgabenüberprüfung heute steht, ist nicht im Sinne einer Wertigkeit oder Nichtwertigkeit zu verstehen. Es ist nicht so, dass diese Projekte oder Organisationen in Frage gestellt werden. Es wird grosse Arbeit geleistet – und da muss ich wirklich die Villa Bernau erwähnen - und doch, damit man ein Paket schnüren kann, braucht es eine Verteilung auf alle unterschiedlichen Aufgaben. Denn der Auftrag, welcher das Parlament und wir uns selber gegeben haben, heisst klar: Sparen. Und dann muss man einfach überall hinschauen, was wir gemacht haben. Der Gemeinderat hat mit dieser Aufgabenüberprüfung seine Verantwortung wahrgenommen. Und so wie ich es höre, tragt ihr dieses Paket heute Abend.

Eine Frage wurde noch durch den Finanzkommissionspräsidenten gestellt. Nämlich wie der Gemeinderat mit zusätzlichen Änderungen am Paket umgehen würde: Das Parlament entscheidet abschliessend über das Budget und wenn in diesem Budget etwas geändert wird, dann ist es Aufgabe des Gemeinderates mit dieser Änderung, sprich mit einer Kürzung oder einer Aufstockung so umzugehen, wie dies die Meinung des Parlaments war, sofern dies möglich ist.

Und doch ist es wichtig, dass das Paket so belassen wird, wie es ist. Ich habe es zuvor betont, es hat für alle „Aber's“ darin. Doch irgendwann einmal hat jemand Kluges gesagt, dass wenn man eine Änderung sehen will, man diese auch selber machen muss. Und das, wieder im Vergleich zum Vorjahr, ist zu grossen Teilen passiert. Es wurde von Rechts einen Schritt zur Mitte und von Links ein Schritt in

die Mitte gemacht und selbst die Mitte in der Mitte hat sich bewegt. So schaffen wir es gemeinsam mit den einzelnen Unstimmigkeiten, die Gemeinde auf eine finanziell solidere Grundlage zu stellen. Doch die Reise ist noch nicht fertig. Wir werden auch in Zukunft noch über Finanzen diskutieren. Doch wenn ihr heute den Baum pflanzt, dann werden die kommenden Generationen sich doch hin und wieder in dessen Schatten ausruhen können und nicht konstant der prallen Sonne zukünftiger Sparpakete ausgesetzt sein.

Nachdem man zuvor schon in die Detailberatung ausgerutscht ist, erlaube ich mir zwei, drei Details zu erwähnen: Die CHF 11'000, welche im Zusammenhang mit der Villa Bernau erwähnt worden sind, betreffen die Reinigung der neuen öffentlichen Toilette. Dieser Betrag geht nicht direkt in die Kasse des Vereins, sondern das ist eine neue Aufgabe, welche die Gemeinde dort macht. Die Toilette wurde zusammen mit dem Umbau des Spielplatzes realisiert.

Alles was das Personal in den Massnahmen betrifft, ist im Parlament beantwortet worden. Hier ist es mir wichtig zu sagen, dass wir für die Massnahmenreduktion Zeitzuschläge und Ferienregelungen CHF 100'000 eingestellt haben. Wir sprechen von einem Personalbudget von CHF 53 Mio., also das ist kein Kahlschlag für irgendjemanden, sondern das sind kleine Anpassungen, welche vertretbar sind. Im Stellenabbau sind keine Kündigungen ausgesprochen worden und wir sprechen hier durchaus auch von Aufgaben, welche nicht mehr gemacht werden. Es war also nicht die Meinung des Gemeinderats, dass die gleichen Aufgaben von weniger Leuten ausgeführt werden sollen, sondern dort ist durchaus auch eine Reduktion der Aufgaben geplant.

Detailberatung

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Damit kommen wir jetzt zur Detailberatung. Ich möchte folgendermassen vorgehen: Zuerst gehen wir das Budget durch, also den achtstelligen Kontoplan ab Seite 43. Wenn ihr dort Abänderungsanträge machen wollt, dann stellt diese doch bitte direkt bei den entsprechenden Direktionen. Danach frage ich, ob es Abänderungsanträge zur Steuervorlage gibt - einen haben wir bereits gehört, Erica Kobel von der FDP hat diesen bereits deponiert. Dann stellt sich die Frage, ob es Änderungsanträge zur Einlage in die Zinsschwankungsreserve gibt und am Schluss werde ich nach Änderungen zur Botschaft fragen.

Direktion Bildung und Soziales

Iris Widmer, Grüne: Ich stelle hiermit unsere Anträge nochmals formell:

Der Beitrag von CHF 14'000 an Easyvote (Nr.31 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist im Budget 2020 aufzunehmen. Und der Beitrag von CHF 25'000 an die Villa Bernau (Nr. 42 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist im Budget 2020 ebenfalls aufzunehmen.

Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Iris Widmer, Grüne: Der Beitrag von CHF 160'000 aus Erhöhung Parkgebühren auf öffentlichem Grund (Nr. 54 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist zusätzlich um den Betrag von CHF 96'000 (Richtwert zusätzlich 15%) zu erhöhen.

Direktion Umwelt und Betriebe

Iris Widmer, Grüne: Der Beitrag von CHF 45'000 an die Energiefachstelle (Nr. 59a auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung; Konto 5150.3132.56) ist im Budget 2020 aufzunehmen

David Müller, Junge Grüne: Ich möchte noch etwas zum Antrag Energiefachstelle sagen. Auf die anderen Anträge gehe ich nicht mehr ein. Wir haben heute Abend den Klimanotstand ausgerufen und ich finde, wer A sagt, also den Notstand ausruft, muss auch B sagen und das Budget sprechen. Es wurde heute Abend bereits genannt: Die Fachstelle Energie ist zentral in der Umsetzung der Massnahmen. Wir brauchen eine kompetente Fachstelle Energie, welche die Fragen rund um die Energie koordiniert, aber eben auch Ressourcen hat, sich mit mehr als nur mit akuten Problemen zu beschäftigen. Sondern sie soll die Strategie weiter entwickeln und dann auch umsetzen. Bei diesem Betrag, welchen wir hier fordern geht es im Speziellen um den Bereich Wärmeversorgung. Durch die Einspa-

rungen könnte man den Umbau der Wärmeversorgung nicht mehr so vorantreiben, wie dies dringend nötig wäre. Wir hinken bereits heute meilenweit hinterher, um bei Umbauten weg von fossilen Energieträgern zu kommen. Und genau deshalb sind wir auf diese Ressourcen angewiesen. Wie Iris Widmer bereits erwähnt hat, ist die schwarze Null nicht gefährdet, wir haben diese Kompensationsmassnahme auch schon mitberücksichtigt. Übrigens ist auch das eine Massnahme, welche helfen würde, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität zu gehen. Darum appelliere ich an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche vorgängig diese Motion unterstützt haben, nun auch wieder mit zu ziehen.

Steueranlage

Casimir von Arx, glp: Ich habe keinen Antrag, sondern ein Votum, welches hier hin passt. Zum FDP-Antrag betreffend die Nichterhöhung der Steuern. Wie im IAFP-Votum angedeutet: Die aktuellen Planzahlen sind bei weitem nicht gut genug, als dass jetzt mit einer Steuererhöhung ein finanzpolitischer Schlendrian Einzug halten könnte. Die Zahlen könnten aber vielleicht in einigen Jahren wieder besser aussehen. Schliesslich erhöhen wir die Steuern aufgrund wachstumsbedingten Investitionen und irgendeinmal kommen dann hoffentlich auch die wachstumsbedingten Einnahmen. Hätte man für diesen Fall Vorkehrungen treffen sollen, dann hätte man letztes Jahr die befristete Steuererhöhung annehmen müssen. Aber auch ohne dieses Instrument können die Steuern später wieder gesenkt werden, wenn es die Finanzlage dereinst wieder erlaubt. Wir sind ja hier in Köniz und nicht im Berner Stadtrat, wo dies aus ideologischen Gründen nicht möglich ist.

Botschaftstext

Casimir von Arx, glp: Ich rede zuerst als Finanzkommissionspräsident: Die Finanzkommission konnte die Botschaft schon vor den Sommerferien im Entwurf einsehen und hat damals einige Änderungsanträge gestellt, die der Gemeinderat umgesetzt hat. Sie stellt nun drei weitere Änderungsanträge aufgrund neuer Informationen respektive aufgrund einer neuen Formulierung, die seit Juli hinzugekommen ist.

- Auf Seite 3 steht: „Ende 2018 hat der Gemeinderat eine weitere Aufgabenüberprüfung angestossen“. Die Finanzkommission beantragt, „der Gemeinderat“ durch „das Parlament“ zu ersetzen. Den Anstoss zur Aufgabenüberprüfung gab das Parlament durch die Ablehnung der Steuererhöhung und die Überweisung der dringlichen Motion.
- Auf Seite 9 steht: „Mit der Steuererhöhung kann das Budget um jährlich über 3 Mio. Franken verbessert werden und Defizite lassen sich nach heutigem Stand bis und mit 2023 vermeiden.“ Die Finanzkommission ist der Ansicht, dass die Formulierung „nach heutigem Stand“ angesichts der neuen, heute vorliegenden FILAG-Zahlen nicht verwendet werden sollte. Stattdessen soll die nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt bezugnehmende Formulierung „voraussichtlich“ stehen.
- Auf Seite 13 steht: „Aus diesem Grund muss davon ausgegangen werden, dass auch die Budgetwerte 2019 eher hoch sind.“ Gemeint sind die budgetierten Steuereinnahmen. Die Finanzkommission beantragt, diesen Satz zu streichen. Die erste Hochrechnung für 2019 liegt vor. Aufgrund dieser Hochrechnung gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die Steuereinnahmen 2019 zu hoch budgetiert sind.

Jetzt wechsele ich noch schnell den Hut: Als Mitte-Fraktionssprecher noch zu zwei Sachen, welche bisher nirgends genau reingepasst haben. Die Mitte-Fraktion stellt einen Ordnungsantrag zu den Abstimmungen. Aufgrund der bisherigen Voten gehen wir davon aus, dass an der Aufgabenüberprüfung nichts mehr geändert wird. Da aber trotzdem Änderungsanträge im Raum stehen, beantragen wir dem Parlament, dass es diese in einer bestimmten Reihenfolge zur Abstimmung bringt. Namentlich wollen wir, dass zuerst über jene Anträge abgestimmt wird, welche zu einer Verbesserung des Rechnungsergebnisses vor Einlage in die finanzpolitische Reserve führen. Und danach erst jene, welche zu einer Verschlechterung führen. So ist gewährleistet, dass das Parlament nicht einer Verschlechterung zustimmen kann, ohne zu wissen, ob dies nicht durch eine mindestens gleich hohe Verbesserung kompensiert ist.

Dann hat die FDP noch den Antrag zur Absenkung der Aktivierungsgrenze gestellt ...

Parlamentspräsident Matthias Rickli: Nein, das war kein Antrag gewesen. Dieser wurde nicht gestellt.

Casimir von Arx, glp: ... okay, dann war dies kein Antrag. Dann halte ich einfach fest, dass das aus Sicht der Mitte eine Scheinkompensation wäre, da man damit nur Kosten in künftige Erfolgsrechnungen verschieben würde, jedoch nichts sparen könnte.

Annemarie Berlinger, Gemeindepräsidentin: Gerne nochmals kurz: Es geht nun konkret um die gestellten Anträge. Da wird es nicht erstaunen, dass der Gemeinderat an seinen Anträgen festhält. Und zwar einerseits dass man die Gemeindesteuern auf 1.54 erhöht und andererseits die Einlage in die Zinsschwankungsreserve vornimmt. Das haben wir so beantragt.

Dann die Anträge aus der Detailberatung: Diese lehnen wir ab, da haben wir gesagt, dass die Aufgabenüberprüfung als Paket so zu beschliessen ist, was wir als logische Folge der Diskussion erachten. Ich möchte aber auch noch wiederholen, dass dies keine Wertung der einzelnen Tätigkeiten oder Organisationen ist, wenn an einem Ort nun etwas eingespart werden soll.

Vielleicht noch kurz zum Kompensationsantrag: Ich muss diesen Kompensationsantrag bezüglich der Erhöhung der Parkgebühren in Anführungszeichen setzen. In meinen Augen ist dies nicht ganz korrekt, denn dies ist eine zusätzliche Gebühr. Eine echte Kompensation wäre gewesen, wenn man an einem anderen Ort Gelder eingespart und nicht noch zusätzlich Gelder eingeholt hätte.

Die von der Finanzkommission beantragten Änderungen in der Botschaft sind nachvollziehbar, hier habe ich keine Ergänzungen. Als Nebenbemerkung muss ich sagen, dass es wertvoll war, bereits im Entwurf von der Finanzkommission Rückmeldungen zu erhalten, so konnten wir bereits im Vorfeld zu dieser Debatte einiges klären und auch verbessern.

Abschliessend danke ich für die Diskussion. Es geht heute darum, für die Zukunft Weichen zu stellen und ja, es müssen sich alle bewegen und wenn ihr dies macht, dann danke ich dafür.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Wir nehmen zur Kenntnis, dass es Cathrine Liechti nicht möglich ist, an dieser Abstimmung teilzunehmen, da sie zur Arbeit muss. Dies bedeutet, wir sind nun noch 37 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend.

Beschluss

Das Parlament stimmt folgendem Ordnungsantrag der Mitte-Fraktion zu:

Von den aus der Detailberatung stammenden Änderungsanträgen wird zuerst über jene abgestimmt, die das Ergebnis des Budgets 2019 verbessern, danach über jene, die es verschlechtern. (Gemeint ist das Ergebnis vor einer allfälligen Einlage in die finanzpolitische Reserve.)

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 1 dagegen)

Beschlüsse Abänderungsanträge

Abänderungsanträge Konten Erfolgsrechnung

1. Das Parlament lehnt folgenden Antrag der Grünen-Fraktion ab:
Der Beitrag von CHF 160'000 aus Erhöhung Parkgebühren auf öffentlichem Grund (Nr. 54 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist zusätzlich um den Betrag von CHF 96'000 (Richtwert zusätzlich 15%) zu erhöhen.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich).
2. Das Parlament lehnt folgenden Antrag der Grünen-Fraktion ab:
Der Beitrag von CHF 14'000 an Easyvote (Nr.31 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist im Budget 2020 aufzunehmen.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)
3. Das Parlament lehnt folgenden Antrag der Grünen-Fraktion ab:
Der Beitrag von CHF 45'000 an die Energiefachstelle (Nr. 59a auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung; Konto 5150.3132.56) ist im Budget 2020 aufzunehmen.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)
4. Das Parlament lehnt folgenden Antrag der Grünen-Fraktion ab:
Der Beitrag von CHF 25'000 an die Villa Bernau (Nr. 42 auf der Liste der beschlossenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung) ist im Budget 2020 aufzunehmen.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Abänderungsanträge Steueranlage

Das Parlament lehnt folgenden Antrag der FDP ab:

Im Jahr 2020 sind die ordentlichen Steuern im 1,49-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze zu erheben.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Abänderungsanträge Botschaft

1. Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Finanzkommission zu:
Anstelle „Ende 2018 hat der Gemeinderat eine weitere Aufgabenüberprüfung angestossen ...“ soll es heissen: „Ende 2018 hat *das Parlament* eine weitere Aufgabenüberprüfung angestossen ...“ (S. 3)
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)
2. Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Finanzkommission zu:
Anstelle „... und Defizite lassen sich nach heutigem Stand bis und mit 2023 vermeiden.“ soll es heissen: „... und Defizite lassen sich *voraussichtlich* bis und mit 2023 vermeiden.“ (S. 9)
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)
3. Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Finanzkommission zu:
Der folgende Satz ist zu streichen: „Aus diesem Grund muss davon ausgegangen werden, dass auch die Budgetwerte 2019 eher hoch sind.“ (S. 13)
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss

1. Das Parlament beschliesst im Budget 2020 zu Lasten Konto 1680.3893.10 eine Einlage von CHF 1'137'660 in die Spezialfinanzierung „Zinsschwankungsreserve“.
(Abstimmungsergebnis: 25 dafür, 11 dagegen)
2. Mit 28 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1 Im Jahr 2020 sind folgende Steuern zu erheben:
 - c) die ordentlichen Steuern im 1,54-fachen Betrag der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze.
 - d) Die Liegenschaftssteuer von 1,2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft.
 - 2.2 Die Stimmberechtigten beschliessen das Budget der Erfolgsrechnung 2020, das bei einem Gesamtertrag von CHF 227'366'734 und einem Gesamtaufwand von CHF 227'366'734 ein ausgeglichenes Ergebnis von CHF 0 ausweist.
3. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass im Budget 2020 zu Lasten Konto 29400.0001 eine Einlage von CHF 1'732'038 in die finanzpolitische Reserve (zusätzliche Abschreibungen) enthalten ist.
(Abstimmungsergebnis: grossmehrheitlich zustimmend)
4. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut der Abstimmungsfrage, beinhaltend die zuvor genehmigten Abänderungsanträge zur Botschaft.
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2019/83

Verschiedenes

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Es ist nun 23.00 Uhr. Die November-Sitzung hat zum heutigen Zeitpunkt noch nicht so viele Traktanden. Zwar ist noch nicht absehbar, was noch alles hinzukommt, doch es hat sicherlich noch etwas Luft. Ich habe daher folgende Vorschläge zur Abstimmung:

1. Wir brechen hier ab.
2. Wir arbeiten noch das Traktandum „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“ ab
3. Wir arbeiten noch das Traktandum „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“ und das Traktandum „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.

Ich schlage vor, wir stellen diese Varianten einander gegenüber und jenen Vorschlag, welcher am meisten Stimmen erhält, nehmen wir an. Ich sehe, es gibt zu diesem Prozedere Wortmeldungen.

Sandra Röthlisberger, glp: Ich beantrage, dass nur noch die Teilkonferenz Wirtschaft beraten wird, denn dies gehört noch integral zu diesem Paket.

Vizepräsident Thomas Brönnimann, glp: Ich möchte das Parlament darauf hinweisen, dass die Traktandenliste auch eine gewisse Logik der Priorisierung hat. Zuerst kommt das Budget, dann kommen die Kreditgeschäfte und dann die Vorstösse. Die Vorstösse können meist gut verschoben werden. Ihr wisst genau, wie die Situation in Schliern ist: Es drängt zeitlich schon sehr dort. Und ihr habt auch Kenntnis davon, dass es verschiedene Rückweisungsanträge gibt und solange diese nicht behandelt sind, weiss meine Direktion und der Gemeinderat nicht, wie wir weiterfahren sollen und es vergeht wertvolle Zeit, welche zu Lasten der Tagesschüler und zu Lasten des Personals in dieser Tagesschule geht. Darum bitte ich das Parlament, nachdem ein Traktandum, ich sage es etwas provokativ, für die Galerie vorgezogen wurde, nun noch Überzeit zu machen. Bitte behandelt das Geschäft „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“ noch.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Ich muss ehrlich sagen, ich finde das Argument von Thomas Brönnimann stichhaltig und ich möchte darum, meinen ersten Antrag, jetzt aufzuhören, zurückziehen. Das heisst, es gibt nun die folgenden Möglichkeiten:

1. Wir behandeln nur noch das Traktandum „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“.
2. Wir behandeln noch die Traktanden „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“ und „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.
3. Wir behandeln nur noch das Traktandum „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.

Christian Roth, SP: Da der Parlamentspräsident seinen Antrag zurückzieht, stelle ich diesen Antrag: Ich stelle den Antrag auf Sitzungsschluss. Das gibt dem zuständigen Gemeinderat Thomas Brönnimann so auch Gelegenheit, das Geschäft, welches er heute unbedingt noch durchpauken will, vielleicht nochmals ganz genau anzuschauen und mit den Fraktionspräsidien darüber zu sprechen, wie die Stimmung ist und allenfalls das Geschäft nochmals zu bringen. Dann hat er nämlich mehr Möglichkeiten, als wenn wir es heute zurückweisen würden.

Vizepräsident Thomas Brönnimann, glp: Es wurde ja verschiedentlich auf mich und auf den Gemeinderat Druck gemacht, dieses Geschäft zurück zu ziehen. Wie nun auch schon wieder. Ich muss euch enttäuschen, ich werde diesem Druck nicht nachgeben, denn es gibt einfach gewisse Geschäfte, welche eine zeitliche Dringlichkeit haben. Ich erinnere hier das Parlament: Wir haben damals die Verlängerung diskutiert und das Parlament hat damals gewünscht, dass wir dies möglichst bald diskutieren können. Dieses „möglichst bald“ ist nun heute und es war traktandiert. Das Parlament hat sich eine Stunde Verspätung selber heraus gehandelt. Ich muss wissen, warum ihr das Geschäft zurückweisen wollt, sonst bleibt dieses einfach zwei Monate lang eingefroren und dann muss ich im Namen der Gemeindebauten und der BSS die Verantwortung für die Verzögerung zurückweisen.

Parlamentspräsident Mathias Rickli: Wir machen dies wie folgt: Wir haben vier Anträge und stellen diese einander gegenüber. Jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin hat eine Stimme. Ich nenne die vier Anträge nochmals:

1. Die Sitzung wird jetzt hier beendet.
2. Wir behandeln nur noch das Traktandum 5 „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“.
3. Wir behandeln nur noch die Traktanden 5 „Schliern, Sanierung altes Schulhaus“ und 6 „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.
4. Wir behandeln nur noch das Traktandum 6 „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.

Kein Antrag erreicht in der ersten Abstimmung das absolute Mehr. Der Antrag 2 vereinigt am wenigsten Stimmen, weshalb dieser wegfällt. Zur erneuten Abstimmung gelangen in der Folge diese drei Anträge:

1. Die Sitzung wird jetzt hier beendet.
3. Wir behandeln nur noch die Traktanden 5 „Schliern“ und 6 „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.
4. Wir behandeln nur noch das Traktandum 6 „Austritt aus der Teilkonferenz Wirtschaft“.

In der zweiten Abstimmung erreicht der Antrag 1 das absolute Mehr. Die Sitzung wird daher nach dem Traktandum Verschiedenes beendet und die verbleibenden Geschäfte kommen in der November-Sitzung zur Behandlung.

Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

- 1928 Postulat (Mitte-Fraktion, BDP, CVP, EVP, glp, Grüne) „Ausgliederung der Gemeindebetriebe“
 1929 Motion (Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp) „Die Gemeinde Köniz erstellt ein Gemeinschaftsgrab für Erdbestattungen“
 1930 Interpellation (Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp, Grüne, SP) „(Verzicht auf) Bewilligung von E-Trottinett-Verleihsystemen in Köniz“

Diskussion

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger, SP: Ich habe noch eine Antwort auf die Frage von Casimir von Arx bezüglich HIV-Rating. Casimir von Arx, willst du diese Antwort jetzt oder an der nächsten Sitzung? Dann werde ich diese an der nächsten Sitzung erläutern.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ich kann es ebenfalls relativ kurz machen: Ich habe an der vorletzten Sitzung über Spurenstoffe und über das Chlorothalonil im Trinkwasser informiert. Wir haben heute eine Medienmitteilung verschickt, in welcher im Wesentlichen steht, dass eine kleinere Quelle Überschreitungen verzeichnete. Und zwar betraf dies die Gummersloch-Quelle. Diese wurde nun abgeschaltet, womit das Trinkwasser in Köniz wieder einwandfrei ist.

Parlamentspräsident Mathias Rickli, Grüne: Von meiner Seite her habe ich keine weiteren Mitteilungen, die Sitzung ist daher jetzt geschlossen.

Im Namen des Parlaments

Mathias Rickli
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament